blätter des iz3w

# Kultur der Identitäten



# Inhalt

## Editorial



## Süd-Nord



## Kultur der Abschreckung

### Identität und Illegalisierung in Europa



## Nord-Süd





# Faszinierend

## Die 'blätter' auf dem Weg in unbekannte Galaxien

Bordlogbuch der *blätter des iz3w*, Weltzeit 1031996, Eintragung der Redaktion: *„Einige Monate nach dem Start unserer Rettungsmission erreicht uns immer noch viel Lob. Die Aufrufe zur Fortsetzung der transkontinentalen Expeditionen, die uns inzwischen seit mehr als 20 Zeiteinheiten durch die Weltsysteme führen, ermutigen die Besatzung. 30.000 Spendeneinheiten und fast 200 neue Freunde unseres Raum- und Zeitmagazins sichern im nächsten Jahr die Weiterführung der Reise. Die Stimmung an Bord ist gut."*

Soweit der Eintrag des 'blätter'-Kollektivs zur Situation des iz3w im Frühjahr 1996. Tatsächlich hat die im Herbst begonnene Spenden- und Abokampagne die Existenz von Verein, Archiv und Zeitschrift für dieses Jahr erhalten. Um allerdings unsere Mission langfristig zu sichern und damit wir nicht mit dem nächsten Wurmloch wieder mit einer aufwendigen Kampagne nerven und die für viele kritische Zeitschriften schon obligatorischen Bettelbriefe verschicken müssen, brauchen wir mehr – vor allem mehr AbonentInnen. Das ist der einfachste und sicherste Weg, auf lange Sicht eine kritische Zeitschrift zu den raum-, zeit- und weltbewegenden Veränderungen präsentieren zu können.

Aber ganz so einfach ist das eben nicht. Deshalb sollen uns auch diejenigen weiterhelfen, für die wir ja die Zeitschrift machen und die unser Archiv mit ihren Materialanfragen bombardieren. Gefragt sind also alle, die Lust haben einen kleinen Beitrag zum Erhalt der 'blätter' zu leisten – der Zeitschrift, die international zwischen Solidarität und Bewegung, zwischen Information, Ideologiekritik und Praxis zu vermitteln sucht. Der Möglichkeiten, uns, denen nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen, dabei unter die Arme zu greifen, sind viele.

Zunächst müßten also eins, zwei, drei... ganz viele neue AbonentInnen entdeckt werden. Eigentlich dürfte das kein gar so großes Problem sein – sicher sind mehr als ein paar tausend Menschen in Deutschland, Österreich und in der Schweiz an unseren Themen interessiert. Unendliche Weiten könnten sich auftun, denn wer kennt nicht einen, der eine kennt, die ... Wenn nur ein Viertel unser LeserInnen, deren Zahl wohl noch deutlich über der der AbonentInnen liegt, je einen neuen Abonenten finden kann, wäre das nur ein kleiner Schritt für ihn oder sie, aber ein Riesenschritt für uns (und die Menschheit). Neben Österreich und der Schweiz sind es übrigens die neuen Bundesländer, in denen die 'blätter' noch kaum bekannt sind – zu schließen jedenfalls nach den Abozahlen für Dresden, Leipzig, Magdeburg...

Unendliche Weiten und unbekannte Galaxien also für alle, die – aufgemerkt – an unserem großen Abowerbewettbewerb teilnehmen sollen. Zwar veranstalten wir keine LeserInnenreisen nach Vulkan, aber wir werden Spitzenpreise für diejenigen verlosen, die neue AbonentInnen werben (z. B. ein Wochenende für zwei Personen in Freiburg zu den Ethno-Filmtagen im Kommunalen Kino). Die genauen Teilnahmebedingungen, Durchführungsbestimmungen und die Gewinne stellen wir im nächsten Heft vor. Bis dahin gilt es, sich schon mal einen Vorsprung zu sichern, zum Beispiel in den östlichen Galaxien.

Einen Sonderpreis gibt es auch für diejenige Person, die uns einen neuen Namen zuflüstert. Nach zwanzig Jahren hat jedenfalls 'blätter des iz3w' ausgedient. Wer weiß schon noch, was iz3w eigentlich heißen soll? Wer kann es lesen, wer aussprechen (izdrww)? Ein neuer Name muß her, einer der Programm sein kann oder auch nicht; etwas zwischen Hinterhaus und Vorderhuf, zwischen Rubicon und Unikum. Auch für Rezensionen, Themenvorschläge und Fotomaterial sind wir immer dankbar und aufgeschlossen.

Vielleicht könnten uns auch die Ex-AbonenntInnen, die uns schreiben, wie wichtig und „klasse" sie die 'blätter' finden, sie aber trotzdem nicht mehr lesen wollen, mal verraten, was wir tun können, damit sie auch weiterhin lesen, was sie so wichtig finden.

Ein Raumschiff, das sich im luftleeren Raum der unendlichen Weiten des Weltraums bewegt, benötigt den Kontakt sowie die Kritik und Mitarbeit der bodenständigen Erdeinheiten. Beam them up, Scottie!

**Die Redaktion**

# Unter dem Regenbogen



## Der ANC wagt keine Experimente

Foto: H.G. Schiele/Zero

**So schnell wie auf sportlichem Gebiet – Südafrika wurde in den letzten Monaten enthusiastisch gefeierter Rugbywelt- und Fußballafrikameister – ist das Erbe der Apardheid politisch und vor allem ökonomisch nicht zu überwinden. Vielmehr könnte die Versöhnungsstrategie des ANC, der Umverteilungen ablehnt und allein auf Wirtschaftswachstum setzt, von der rassistischen in die soziale Apartheid führen.**

Der oberflächliche Blick in den Weltentwicklungsbericht 1995 kann trügen. Laut 'Tabelle 1' der offiziellen Weltbankstatistik gehört Südafrika mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von knapp 3.000 US$ noch vor der Türkei und der Tschechischen Republik zu dem Drittel der reichsten Staaten der Erde. Erst 'Tabelle 30' desselben Berichts, die die Verteilung des gesellschaftlichen Einkommens darstellt, vermittelt ein angemesseneres Bild. Danach konzentriert sich fast 50% des gesellschaftlichen Wohlstands auf die reichsten 10% der Bevölkerung.

Das immense Einkommensgefälle, welches Südafrika kennzeichnet, verläuft auch nach dem Ende der Apartheid entlang den Hautfarben. Umfangreiche Untersuchungen der Universität Cape Town, die kurz nach den ersten freien Wahlen im April 1994 durchgeführt wurden, ergaben, daß das durchschnittliche Monatseinkommen der weißen Südafrikaner zehnmal höher ist als das der Schwarzen – an dieser Verteilung hat sich seitdem kaum etwas geändert. Die landesweite Arbeitslosenquote, die je nach statistischer Grundlage zwischen 30% und 50% rangiert, geht fast vollständig zu Lasten der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Besonders von der Armut betroffen sind Frauen. Schätzungen des 'Human Sciences Research Council' gehen davon aus, daß gegenwärtig über 60% der Frauen in ländlichen Gebieten Südafrikas unterhalb der Armutsgrenze leben.

Anders als die bundesdeutsche Gesellschaft, die häufig als eine Zweidrittel-Gesellschaft klassifiziert wird, kann das derzeitige Südafrika als die Einzehntel-Gesellschaft charakterisiert werden. Ihre ökonomischen Ressourcen und Machtstrukturen sind weiterhin auf die städtische weiße Bevölkerungsminderheit konzentriert.

## RDP: Eine Zauberformel ...

In seinen wirtschaftspolitischen Erklärungen bekennt sich der ANC zu einem Abbau des extremen Wohlstandsgefälles, ohne aber die Grundsätze einer marktgesteuerten Wirtschaftsordnung anzutasten. Während einer fundamentalen Umverteilung der Besitzverhältnisse durch eine Nationalisierung des Minenkapitals bereits 1992 eine klare Absage erteilt wurde, sollen zukünftig gezielte Investitions- und Subventionsprogramme in die Schlüsselsektoren Infrastruktur sowie in Erziehungs- und Wohnungwesen eine allmähliche Annäherung der Lebensbedingungen bewirken, ohne die internationale Konkurrenzfähigkeit des Privatsektors zu gefährden.

Die einzelnen Maßnahmen dieses umfangreichen Pakets sind in dem 1994 veröffentlichten und seitdem vielzitierten *'Reconstruction and Development Programme'* (RDP) nachzulesen. Das RDP ist das Quasi-Wahlmanifest des ANC. Bei diesem zentra-

len Konzept zum Aufbau Südafrikas nach der Apartheid handelt es sich um ein grundbedürfnisorientiertes Modernisierungskonzept. Es formuliert vor allem die folgenden Ziele: den Bau einer Million Wohnungen bis 1999; die Sicherstellung der Wasserversorgung für 12 Millionen Menschen; die Elektrifizierung von 2,5 Millionen Wohneinheiten und die Verbesserung des Gesundheits- und Bildungwesens.

So wenig das RDP als sozialpolitische Vision kritisierbar ist, so sehr ist die Umsetzung dieses Maßnahmenbündels – zumindest in den geplanten Zeiträumen – anzuzweifeln. Jüngste Analysen gehen davon aus, daß die für 1995 angestrebten Vorhaben nur graduell verwirklicht werden konnten: Dem Ziel, innerhalb von nur fünf Jahren eine Million *„low-cost houses"* für die unteren Einkommensklassen erstellen zu wollen, stehen in den ersten 18 Monaten nach dem Machtwechsel nur 10.163 tatsächlich fertiggestellte Wohneinheiten gegenüber. Wesentlich besser sieht es in den Bereichen Elektrizitäts- und Wassserversorgung aus, in denen die Planvorgaben teilweise erfüllt werden konnten. Nach anfänglichen Problemen verläuft derzeitig auch das *„feeding-scheme"*-Programm erfolgreich, welches die Verteilung eines täglichen Erdnußbrots an über 12.000 südafrikanischen Schulen vorsieht, um die Ernährungssituation zu verbessern. Pressemitteilungen zufolge werden allein durch dieses Programm mehr als 4,5 Millionen notleidende Kinder erreicht.

Trotz der erzielten Erfolge bleiben die durch das RDP bisher verwirklichten Schritte weit hinter den hohen Erwartungen der Bevölkerung zurück, die auf eine baldige und vor allem weitergehende Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse hofft. Ein Indikator für die allgemeine Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen stellen Streiks und öffentliche Protestbewegungen dar, die seit einiger Zeit wieder stark ansteigen.

## ... bleibt geheim

Die Ursachen für den zum Teil schleppenden Prozeß der Umsetzung der staatlichen Entwicklungsvorhaben sind vielschichtig. Mangelnde Logistik- und Managementfähigkeiten auf Provinzebene werden ebenso genannt wie Kapazitäts- und Planungsdefizite in den unteren Etagen der stark zentralistisch strukturierten Bürokratie. Ein tiefergehendes und eher strukturelles Problem besteht in der angestrebten Partizipation der Bevölkerung. Im Verständnis des ANC soll das RDP kein staatliches Versorgungsprogramm darstellen, das nach dem Gießkannenprinzip funktioniert, sondern basiert auf der Eigeninitiative der Bevölkerung in sämtlichen Planungs- und Durchführungsprozessen. Ein derartiges Prozedere erscheint angesichts des geringen Organisationsgrades an der Basis, des hohen Analphabetenanteils und der von vielen empfundenen Distanz zu den staatlichen Planungsbehörden als sehr schwierig. Partizipative Planungsvorhaben im Sinne des RDP setzen im Kern eine demokratische Mitbestimmungskultur voraus – Erfahrungen also, die weder in der traditionellen Gesellschaft noch während der Apartheidsjahre gesammelt werden konnten.

Faßt man den gegenwärtigen Stand des RDP zusammen, so verlaufen diejenigen Programme erfolgreich, in denen der Staat als öffentlicher Wohlfahrtsträger auftritt und Entwicklungsprogramme zentral steuert. Das umfangreiche Wohnungsbauprogramm, wie auch Infrastrukturprogramme, also diejenigen Bestandteile des RDP, die ein hohes Maß an Partizipation erfordern, scheitern hingegen an der offensichtlichen Diskrepanz zwischen staatlichen Planungsinstanzen und einer wenig organisierten und gebildeten Basis.

„Der RDP-Prozeß wird von den Leuten auf der Straße nicht verstanden", betonte der zuständige Minister Jay Naidoo Mitte April des vergangenen Jahres in einem Zeitungsinterview, „das Planungskonzept ist so komplex, daß es auf der grassroot-Ebene nicht so leicht zu verstehen ist, und die Abgeordneten machen zu wenig, diesem Bedürfnis nachzukommen."

## Das Erbe der Apartheid

Die Misere, in der die Umsetzung des RDP steckt, hat jedoch ihre eigentlichen Ursachen in dem Erbe einer durch Rassentrennung, Entmündigung und Stagnation gekennzeichneten Gesellschaft. Die spezifische Ausprägung dieser Misere für die neue Regierung besteht in dem enormen Handlungsdruck, unter dem in Südafrika derzeitig Politik gemacht werden muß. Schnelle Anfangserfolge zählen mehr als langfristige Konzepte – eine politische Realität, an der der ANC angesichts überzogener Versprechungen während des Wahlkampfes nicht ganz unschuldig ist.

Außerdem erscheint es angesichts der gegenwärtigen Orientierung der ANC-Politik fraglich, ob das tieferliegende Problem des Apartheiderbes – die extrem ungerechten Besitzverhältnisse – mittelfristig lösbar sind: Eine überaus starke Betonung des Versöhnungsgedankens nach dem Machtwechsel und eine anfänglich starke Nachgiebigkeit gegenüber allen gesellschaftlichen Anspruchsgruppen (Volkstaatsdiskussion), verbunden mit halbherzigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen (z.B. in der Landfrage), lassen solche Zweifel am ANC-Kurs aufkommen. Vor dem Hintergrund einer wirtschaftspolitischen Orientierung, die auf den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft beruht, ist der gegenwärtige Handlungsspielraum der neuen Regierung äußerst gering. Die starke internationale Verflechtung der Privatwirtschaft, die traditionelle Exportorientierung der südafrikanischen Wirtschaftsstruktur und die zunehmende Konkurrenz auf den Weltmärkten lassen wenig Raum für Experimente und zwängen Südafrika eine wirtschaftsliberale Grundhaltung auf, in der wenig gegen die Interessen der privaten Großindustrie unternommen werden kann.

## Zu wenig Wachstum?

Was aber wird mit den Armen und was wird mit der angestrebten Umverteilung? In einer Transformationsphase, in der es laut Programm nur Gewinner aber keine Verlierer geben darf, gibt es nichts umzuverteilen, es sei denn, es kann ein generelles Wirtschaftswachstum erzielt werden, welches Arbeitsplätze schafft und dem Staat ein zusätzliches Steuereinkommen beschert. Genau hierauf basieren die wirtschaftspolitischen Überlegungen des ANC: „Wir sind ein Land der Dritten Welt mit Erst-Welt-Träumen" heißt es in einem kürzlich erstellten Bericht. „Der einzige Weg, diese Träume zu erfüllen, ist zu wachsen. Die Zukunft Südafrikas wird verdient und nicht ererbt sein."

Eine wirklich nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen setzt nach Einschätzungen von Experten ein langfristiges Wirtschaftswachstum von mindestens 5 % oder 6 % voraus. Erfahrungen in anderen afrikanischen Ländern haben gezeigt, daß ein Wachstum in dieser Größenordnung – wenn überhaupt – nur im industriellen Sektor erzielt werden kann. Die wirtschaftspolitischen Rezepte, die zu einer Belebung der Wirtschaft und zu einer Genesung des angeschlagenen Industriesektors in Südafrika herangezogen werden, zielen auf die Wiederherstellung der internationalen Konkurrenzfähigkeit ab.

Jedoch scheint es um diese zur Zeit schlecht bestellt zu sein. Angesichts der fehlenden Investitionsbereitschaft während der letzten Jahre der Apartheid und den Sanktionen auf den internationalen Kapitalmärkten verfügt Südafrika zwar über einen diversifizierten, gleichzeitig jedoch technisch überalterten Industriepark. Laut Angaben des 'African Business' liegt die Konkurrenzfähigkeit der südafrikanischen Wirtschaft verglichen mit 41 industrialisierten Staaten weltweit auf Platz 34. Halbfertigerzeugnisse *„Made in South Africa"* kosten trotz niedriger Lohnkosten dreimal so viel wie vergleichbare Konkurrenzangebote aus Südostasien.

Die Wiederbelebung der Wirtschaft und die Wiedererlangung der internationalen Konkurrenzfähigkeit erfordern umfangreiche Investitionen aus dem Ausland. Die Attraktion Südafrikas als Produktionsstandort ergibt sich dabei aus dem niedrigen Lohnniveau, einem umfangreichen Binnenmarkt, reichen Rohstoffvorkommen und einer für Afrika einmaligen Infrastruktur einschließlich des Banken- und Finanzsektors. Investitionen setzen aber zudem stabile gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen voraus und sind nur dann zu erwarten, wenn es der neuen Regierung gelingt, die Hauptproblemfelder der südafrikanischen Gesellschaft (extreme Kriminalitäts- und Ge-




Nach dem Umsturz trennen sich die Wege

waltbereitschaft, ansteigende Arbeitslosigkeit, hohe Streikbereitschaft) ansatzweise zu lösen. Ob dies mit einem Wirtschaftswachstum von weniger als 3% (1995) gelingen kann, bleibt ungewiß.

## Ein Zweckbündnis zeigt Risse

Um die sozialen Vorhaben der Zukunft bewältigen zu können, braucht der ANC vor allem eines – Geld. Theoretisch gibt es drei Möglichkeiten, die staatlichen Entwicklungsbemühungen finanziell abzusichern, ohne die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu gefährden: erstens die Kreditaufnahme bei nationalen oder internationalen Banken; zweitens eine Erhöhung des inländischen Steueraufkommens und drittens die Veräußerung öffentlicher Besitzstände, sprich eine forcierte Privatisierung.

Da die neue Regierung eine durch Schulden fremdfinanzierte Sozialpolitik ausschließt und die Steuersätze schon jetzt relativ hoch sind, zeichnet sich eine ernsthafte Finanzierungslücke des RDP-Programms ab. Um diese zu schließen, erwägt die neue Regierung eine Privatisierung staatlicher Schlüsselbetriebe. Auf der Liste stehen u.a. der Energieversorgungskonzern ESCOM, der Telekommunikationskonzern TELKOM und die staatliche Fluggesellschaft SAA. „Die Regierung erwägt auch die vollständige oder teilweise Privatisierung staatlichen Eigentums, um ihre Schulden zu reduzieren und die RDP-Mittel aufzustocken" ließ Deputy Minister Thabo Mbeki Ende 1994 verlauten – und löste damit eine Welle von Kritik seitens der 'South African Communist Party' (SACP) und des Gewerkschaftsdachverbands COSATU aus.

Die beiden Organisationen lehnen eine Veräußerung öffentlicher Besitzstände mit dem Verweis auf drohende Rationalisierungsmaßnahmen kategorisch ab. Neben einer Zunahme der Massenarbeitslosigkeit wird auch eine weitere Konzentrierung des Aktienkapitals befürchtet, denn schon jetzt ist kaum eine wirtschaftspolitische Weichenstellung gegen die Lobby der vier Großagglomorate (unter ihnen der Minenkonzern De Beers) durchsetzbar, die mit einer Teilhabe von fast 90 % das Johannesburger Aktienkapital dominieren.

Maßgeblich herbeigeführt durch die gegenwärtig sehr emotional geführte Privatisierungdebatte, zeigen sich erste Risse innerhalb der traditionellen Allianz von ANC, COSATU und der SACP. Vorläufiger Höhepunkt dieser Auseinandersetzung bestand in einem Streikaufruf seitens der COSATU zum 16. Januar, dessen Ziel es war, weitere Privatisierungsmaßnahmen zu verhindern. Tatsächlich kann man die Wirtschaftpolitik des ANC drehen und wenden wie man will: Die Analyse zeigt den Abschied von einschneidenden Reformvorhaben, wie sie nicht nur seitens der SACP und der COSATU, sondern auch vom ANC selbst vor fünf Jahren noch gefordert worden waren. Zwei Jahre nach dem Machtwechsel wird klar, daß Südafrika keinen afrikanischen Sonderweg gehen wird, sondern wie die meisten Entwicklungsländer auf Wirtschaftswachstum und Weltmarktintegration setzt.

In seiner Antrittsrede vor knapp zwei Jahren brachte Nelson Mandela die zwei zentralen Herausforderungen der Zukunft in der folgenden Reihenfolge auf den Punkt: Aussöhnung innerhalb der Gesellschaft und eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Armen der Bevölkerung. Die Reihenfolge, mit der die beiden Aspekte genannt wurden, schien nicht zufällig gewählt und entspricht knapp zwei Jahre nach dem Machtwechsel der gegenwärtigen Bilanz der neuen Regierung.

## Einheit unter dem Regenbogen

Auf der einen Seite konnte die politische Dimension der Apartheid mit den ersten freien Wahlen und der Demokratisierung der politischen Strukturen ansatzweise überwunden werden. Auf der anderen Seite lebt jedoch mit der ökonomischen Spaltung der Gesellschaft das tieferliegende Problem des Apartheiderbes in Form der unangetasteten und veränderten Besitzverhältnisse praktisch weiter. So zeigt sich der ANC unter Nelson Mandela trotz der krassen sozialen Unterschiede bemüht, das neue Südafrika als eine solidarische Nation entstehen zu lassen. Die gesellschaftliche Utopie des neuen Südafrikas wird dabei von dem Bild der Rainbow-Nation geleitet, einem Ideal, welches das friedliche und gleichberechtigte Miteinander von Menschen jeglicher Hautfarbe und sozialer Herkunft postuliert. Die jüngsten Erfolge der Sportler in den Regenbogentrikots gaben dann auch der Staatsführung, insbesondere Nelson Mandela, die Gelegenheit zu symbolträchtigen Auftritten für die Einheit der Nation.

Ein wirklich gleichberechtigtes und vor allem friedliches Miteinander kann jedoch nur Realität werden, wenn es gelingt, die Einkommensunterschiede langsam auszugleichen. Das extreme Wohlstandsgefälle innerhalb der Gesellschaft entlang der Hautfarbe aufzuheben, würde das eigentliche Ende der Apartheid bedeuten und muß daher die zentrale politische Herausforderung an jede fortschrittliche Partei des neuen Südafrika darstellen.

Über die Schritte hin zu diesem Ziel mag man unterschiedlicher Meinung sein. Die wirtschaftspolitische Weichenstellung jedoch, die der ANC gewählt hat, birgt die Gefahr in sich, daß ähnlich wie in Zimbabwe mit dem Ausbleiben einer nachhaltigen Wirtschaftsbelebung die Umbaupläne der Gesellschaft im Ansatz steckenbleiben – gehen doch die neuesten Prognosen für das Jahr 1996 erneut von einem Wirtschaftswachstum von nur 3 % aus.

**Bernhard von der Haar**

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Entwicklungssoziologie am Institut für Soziologie der FU Berlin.

# Das Fernsehteam zieht ab

## Entwicklungsprogramme in den Townships greifen nicht

**In den Townships der Metropole Kapstadt scheint eine befriedigende Umsetzung des Umbau- und Entwicklungsprogramms (RDP) angesichts der zahlreichen Konfliktfelder in den neu entstandenen gesellschaftlichen Strukturen nach der Apartheidverwaltung noch in weiter Ferne zu liegen.**

Noch im Jahr 1996 werden wir den Durchbruch schaffen! Dann werden wir die Phase von 'delivery'[1] erreichen, in der die Leute all das zu sehen bekommen, was wir bis heute nur in der Pipeline[2] haben". So tröstet sich Joe Skweyiya, wenn er eigentlich mal wieder die Nase voll hat. Skweyiya ist Vorsitzender des Langa Development Forum (LDF), einer Dachorganisation zur Entwicklungsplanung in Langa, dem kleinsten und ältesten Township bei Kapstadt. Und Frust überkommt ihn in letzter Zeit bei seiner ehrenamtlichen Arbeit immer häufiger.

Nach vielen Jahren der Apartheidverwaltung erwarten die Menschen in den Townships jetzt ein Ende der Misere – das Ende von unerträglichen Wohnverhältnissen, von nicht geleerten Eimer-Latrinen und all den anderen Zuständen, die ein Township üblicherweise kennzeichnen. Schließlich ist die Apartheid beendet und der ANC selbst in der Regierung.

Das Ziel heißt: „Vom Township zum Suburb". Mit viel Engagement der Bevölkerung und den Geldern, die durch das Entwicklungsprogramm „Reconstruction and Development Programme" (RDP) für die bisher benachteiligte Bevölkerung umgelenkt werden sollen, müßte das auch zu erreichen sein. Sanierungsprojekte für die Wanderarbeiterheime, ein neues Bildungszentrum, Einkaufsmöglichkeiten vor Ort – Ideen haben die Menschen in Langa viele. Wird sich Langa in ein paar Jahren bereits soweit entwickelt haben, daß es eigenständig neue Arbeitsplätze schaffen kann – beispielsweise im boomenden Tourismus am Kap?

Damit die Projekte nicht wie zu Zeiten der Apartheid gänzlich an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbeigehen, sieht das RDP ausdrücklich eine breite Beteiligung der bisher benachteiligten Gemeinden in allen Phasen der Planung vor. Die Bewohner sollen ihre Prioritäten selbst festlegen und komplette Entwicklungspläne für ihre Stadtviertel erstellen. Dazu müssen sich die Menschen natürlich organisieren.

Vor allem in den Städten hatten sich in den Zeiten des Widerstandes gegen die Apartheidverwaltung zahlreiche Organisationen gebildet: Wohlfahrtsaufgaben wurden in Selbsthilfe geleistet und die Bevölkerung schloß sich gegenüber der Townshipverwaltung in Interessengruppen zusammen. Auch die Befreiungsbewegungen, einige Gewerkschaften und die Kirchen mobilisierten in örtlichen Gruppen gegen das Regime.

### Das Projekt Bürgerbeteiligung

Seit 1995 werden nun in allen Stadtbezirken sogenannte RDP-Foren gebildet. Sie sollen alle größeren vor Ort aktiven Organisationen integrieren. Dazu gehören neben den politischen und sozialen Gruppen aus der Zeit des Widerstandes, den sogenannten „community-based organisations", auch regionale Nichtregierungsorganisationen, sofern sie an Entwicklungsprojekten in der Gemeinde beteiligt sind. Die Delegierten dieser Organisationen werden gemeinsam mit allen interessierten Bürgern regelmäßig in offenen Foren diskutieren und über die wichtigsten Entwicklungsziele entscheiden. Die gemeinsamen Planungen sollen dann bei den zuständigen Stellen eingereicht werden. Die RDP-Foren sollen also zwischen der staatlichen und kommunalen Verwaltung und den Menschen mit ihren verschiedenen Bedürfnissen vermitteln – und so für akzeptierte und bedarfsgerechte Entwicklungsprojekte sorgen.

Doch noch in keinem Township der Metropole konnte dieses Konzept umgesetzt werden. Selbst in Langa nicht, obwohl hier bereits lange vor dem Aufruf der neuen Regierung zur Bildung von RDP-Foren eine Struktur bestand, die jetzt nur noch offiziell anerkannt werden müßte.

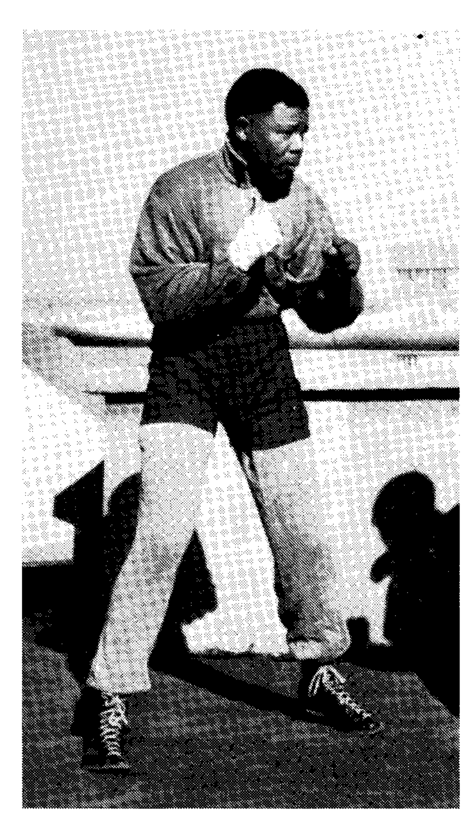
Die Probleme, mit denen sich die Leute des RDP-Forums in Langa tagtäglich konfrontiert sehen, sind vielgestaltig. Da sind zunächst die schwierigen äußeren Bedingungen, unter denen das Sekretariat und der Vorstand die Arbeit des Forums zu koordinieren versuchen. Die nötigsten Mittel dazu fehlen. Joe Skweyiya gibt uns ein Beispiel: „So wie bisher von Zuhause aus ist das alles eigentlich gar nicht zu machen, also ohne Büro und eigenen Telephonanschluß – von einem Computer ganz zu schweigen."

### Träume sind Schäume

Aber nicht nur auf materielle Schwierigkeiten stößt das Forum. Zum einen ist die Umorientierung der Aktiven vom Widerstand zur gemeinsamen Entwicklungsplanung und die entsprechende Transformation der Organisationen langwierig und schwierig. Zum anderen sind die verschiedenen Akteure der Entwicklungsdebatte sehr unterschiedlich organisiert und stehen oftmals sogar in Konkurrenzverhältnissen und teilweise in ausdrücklicher Gegnerschaft zueinander.

Politisch spaltet sich die Bevölkerung von Langa in mindestens drei Lager: Eine große Mehrheit von Bewohnern unterstützt den ANC und seine gemäßigte Demokratisierungspolitik. Eine zweite Gruppe befürchtet eine Art Einparteienherrschaft der überwältigenden Mehrheit. Sie betrachtet beispielsweise die Zugeständnisse des ANC an Gegner der Umverteilung und Bewahrer alter Strukturen als zu weitgehend und bekennen sich meist zum „Pan African Congress" (PAC). Ebenfalls gegen das „Establishment" des ANC arbeitet eine dritte Gruppe von unterschiedlicher Parteizugehörigkeit, die befürchtet, durch die neuen Verhältnisse und die Vormachtstellung der ANC-Fraktion Rechte und Privilegien einzubüßen.

Dominiert ist das LDF natürlich von Leuten der ersten Gruppe. Aber auch einige Anhänger des PAC sehen im Forum ein gutes Instrument, die lebensunwürdigen und



Schattenboxen im Township

ungerechten Verhältnisse im Township endlich abzuschaffen. Die unorganisierten Gruppen jedoch fühlen sich häufig außen vor gelassen – und das manchmal sicher nicht zu Unrecht. Die satte Mehrheit von ANC-Anhängern nimmt auf Andersdenkende kaum Rücksicht, da diese ohnehin nur die ganzen Entwicklungsinitiativen blockieren wollten.

Das, was in Entwicklungsprogrammen wie dem RDP gerne als die „community" bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit also durchzogen von einer Vielzahl von Konfliktlinien. Diese verlaufen zwischen Parteien, aber auch zwischen Generationen, Geschlechtern oder „Dazugezogenen" verschiedenster Herkunft und „Alteingesessenen". Letztere betrachten den Machtzuwachs des ANC durch den massiven Zuzug von armen Hüttenbewohnern in die bisherigen Pufferstreifen rund um Langa (nun als squattercamp „Joe Slovo" bekannt) mit Argwohn. Aber auch von den Bewohnern der überfüllten Arbeiterwohnheime (hostels) und den Neureichen von „Settler's Park" halten sie nicht viel.

## Ungeklärte Zuständigkeiten

Tiefe Gräben zeigen sich auch zwischen jenen Menschen in Langa, die in keiner Organisation aktiv sind und den „Funktionären" des Forums: Obwohl im LDF nur Ehrenamtliche arbeiten – Leute, die von ihren Basisorganisationen dafür delegiert wurden – wird manchen von ihnen Arroganz und Unzugänglichkeit vorgeworfen. Obwohl monatlich öffentliche Treffen stattfinden, erscheint die Arbeit des Forums vielen undurchsichtig und dubios: Oft werden Treffen in letzter Minute noch abgesagt oder sie finden an einem anderen Ort statt. Über die Ergebnisse der Diskussionen sind oft nur Gerüchte im Umlauf. Das „management committee" soll deshalb schon lange durch Sitzungsprotokolle für mehr Transparenz sorgen, und in einem Verhaltenskodex sollen die Zuständigkeiten und Pflichten der Funktionäre festgeschrieben werden. Eine solche Transparenz müßte trotz der fehlenden Mittel möglich sein, meinen die, die von der gegenwärtigen Arbeitsweise des „management committee" enttäuscht sind.

Was die Arbeit zusätzlich erschwert und für viel Frustration sorgt, ist die herrschende Konfusion bezüglich des Entwicklungsprogrammes RDP. Unklar ist zum Beispiel, an wen sich das Forum mit seinen finanziellen Plänen wenden soll – an das RDP-Büro, eine Abteilung des Wirtschaftsministeriums der Provinz, an die für die jeweiligen Bereiche zuständigen Ministerien (Gesundheit, Bildung, usw.), an die Kommune oder zuerst an Geldgeber aus der Privatwirtschaft? Auch wie ein solcher Aktions- und Finanzplan (business plan) der Foren genau auszusehen hat, ist selbst nach einem Blitzkurs durch das RDP-Büro niemandem so ganz klar. Vorauszusehen ist auch, daß es zwischen den Entwicklungsforen und den in Kapstadt noch zu wählenden Gemeinderäten und Kommunalverwaltungen zu Spannungen und Kompetenzgerangel kommen wird. Soviel auch über das RDP geredet wird – von Langa bis Pretoria ist kaum jemand zu finden, der sich zutraut, zu solchen Fragen etwas Konkretes zu sagen.

All diese unterschiedlichen Faktoren führen gegenwärtig dazu, daß in den Townships weiterhin unveränderter Notstand herrscht. Durch die seit dem politischen Wandel verstärkte Zuwanderung in die Städte hat sich mancherorts die Lage seither sogar verschlechtert. Bei aller politischer Freiheit und gesetzlicher Gleichstellung fehlt den meisten Menschen im Township noch immer ein fester Arbeitsplatz, menschenwürdiger Wohnraum, ausreichende medizinische Versorgung und Schulbildung. Manche dieser Notstände, z. B. die katastrophalen sanitären Verhältnisse, wären ohne großen Aufwand und ohne daß die Notwendigkeit dazu in Frage gestellt werden könnte zu beseitigen.

Zudem zeigen mehrere Projektruinen auch in Langa, daß die Verbesserung der Verhältnisse in den Townships ein höchst kompliziertes und konfliktträchtiges Unternehmen ist. So wurde ein Jugendzentrum nach Auseinandersetzungen um Unterschlagungen und wegen Kritik am Management durch Jugendliche, die fast ausschließlich einer Partei angehörten, mehrfach ausgeplündert. Mittlerweile wird es, fast ohne Mobiliar und Materialien, von einem Wächter bewacht. Ein weiteres Zeichen der Schwierigkeiten mit solchen Projekten: Im Juli letzten Jahres wurden 24 Mio. Rand (rund 10 Mio. DM) an Entwicklungshilfegeldern zurück nach Schweden geschickt, weil nicht genügend fortgeschrittene und erfolgversprechende RDP-Projekte identifiziert werden konnten[3].

Auch die südafrikanischen Nichtregierungsorganisationen sind bezüglich der Durchführbarkeit von Projekten sehr ernüchtert. Viele ihrer eigenen Versuche, Projekte in den Townships durchzuführen, sind gescheitert. Nun sehen sie ihre Aufgabe zunehmend darin, die aktiven Menschen vor Ort derart zu unterstützen, daß diese selbst die Bedingungen der Geldgeber erfüllen können, die auf langfristige Planung, genaue Buchführung und Zuverlässigkeit der lokalen Organisation pochen müssen. Doch der Weg zu diesem Ziel ist weit und mit Stolpersteinen und Konflikten übersät, die niemand einfach umgehen kann.

## Die Uhr tickt...

Angesichts solcher Niederlagen und Verzögerungen schlägt die Ernüchterung bisweilen in Frustration um – bei den Betroffenen im Township genauso wie bei Entwicklungsplanern und PolitikerInnen. Inzwischen wagen es Einzelne aus diesen Reihen zu fragen, ob man in Südafrika die Sache mit der Partizipation nicht etwas übertrieben habe. Schließlich könne es den Menschen doch egal sein, ob sie an der besseren Wasserversorgung mitplanen dürften – Hauptsache sei doch gegenwärtig, daß diese schnell installiert wird. Eine Einstellung, die im Einzelfall sogar gerechtfertigt sein mag und zumindest im Sinne der Betroffenen, besonders aber der Regierung wäre, der schnelle Erfolge und „delivery' natürlich sehr gelegen kämen. Noch erscheint es ausgeschlossen, daß die Regierung von ihrem partizipativen Demokratieverständnis abweicht, doch die Zeit läuft.

Das Entwicklungsprogramm RDP, der Testfall für die neue Regierung Südafrikas, könnte so auch zu einem Testfall der Entwicklungsdiskussion überhaupt werden: Je nachdem, wie sich das Projekt Bürgerbeteiligung hier weiterhin entwickelt, könnten Selbsthilfeförderung und Partizipation auch andernorts in einem neuen Licht gesehen werden.

Es gibt also viele Gründe zu hoffen, daß Joe Skweyiya's Stoßseufzer in Erfüllung gehen und daß tatsächlich noch in diesem Jahr der gordische Knoten platzt.

**Philipp Späth**

**Anmerkungen:**

1) „Delivery" ist eines der unübersetzbaren Schlüsselwörter der Diskussion in Südafrika. Mit dieser Formel wird von der Regierung und insbesondere den Kommunalverwaltungen die Bereitstellung von Infrastruktur und Dienstleistungen gefördert – zum Beispiel durch die Umsetzung des RDP.
2) Ein Bild für den Vorlauf von Projekten, d.h. die häufig konfliktträchtige Planungsphase.
3) Weekend Argus (Cape Town), 30. Sept. 1995.

**Philipp Späth** ist ASA-Stipendiat und Student der Geographie und Politik in Freiburg.

# Im Schatten der Marktwirtschaft

## Der informelle Sektor als Hoffnungsträger?

**Survivalists heißen sie und sind ein Produkt der Apartheidära in Südafrika: Frauen, die im informellen Sektor tätig sind und auf der sozialen Leiter auch heute noch ganz unten stehen. Sie entwickeln jetzt Strategien, die diesen Status überwinden sollen. Der Staat hofft derweil durch die Förderung des Dienstleistungs- und Kleingewerbesektors Arbeitsplätze zu schaffen ...**

Langsam schiebt ein junger Schwarzer eine Eis-Box auf Rädern über die Strandpromenade am Indischen Ozean in der südafrikanischen Hafenstadt Durban. Wochenlang ist er von Hotel zu Hotel gelaufen, um einen Gelegenheitsjob zu finden – aber es gibt keine mehr. Jetzt versucht er, mit 20 bis 25 Mark am Tag seine fünfköpfige Familie zu ernähren. Die Händlerinnen an der Straße bieten Perlenschmuck, Körbe, Dekken, verzierte Puppen an – alles Handarbeit. Ein exotisches Bild für die zahlreichen Touristen, die an den Auslagen vorbeischlendern. Den Frauen indes steht Unmut und Resignation in die Gesichter geschrieben – abends haben sie gerade mal 20, 30, selten einmal 100 Mark verdient.

Hier treffe ich auf Jabulisiswe Manqele, „Gogo", wie die Zulus ihre Großmütter nennen. Sie ist 74 Jahre alt und seit 25 Jahren Straßenverkäuferin. Gogo beschwert sich über die Arbeitsbedingungen. „Wir sind jedem Wetter schutzlos ausgeliefert. Immer wieder haben wir uns beim Stadtrat beklagt. Aber die kennen unsere Probleme gar nicht!"

Und Probleme gibt es viele: Es fehlen Toiletten, Wasserstellen und Lagerräume, kaufmännisches Wissen und geschäftliches Know How. Am schlimmsten aber ist die chronische Armut. Gogo hat niemals sparen können: sie habe das Geld nie länger als eine Nacht aufbewahren können. Dann mußte sie es wieder für das Nötigste ausgeben.

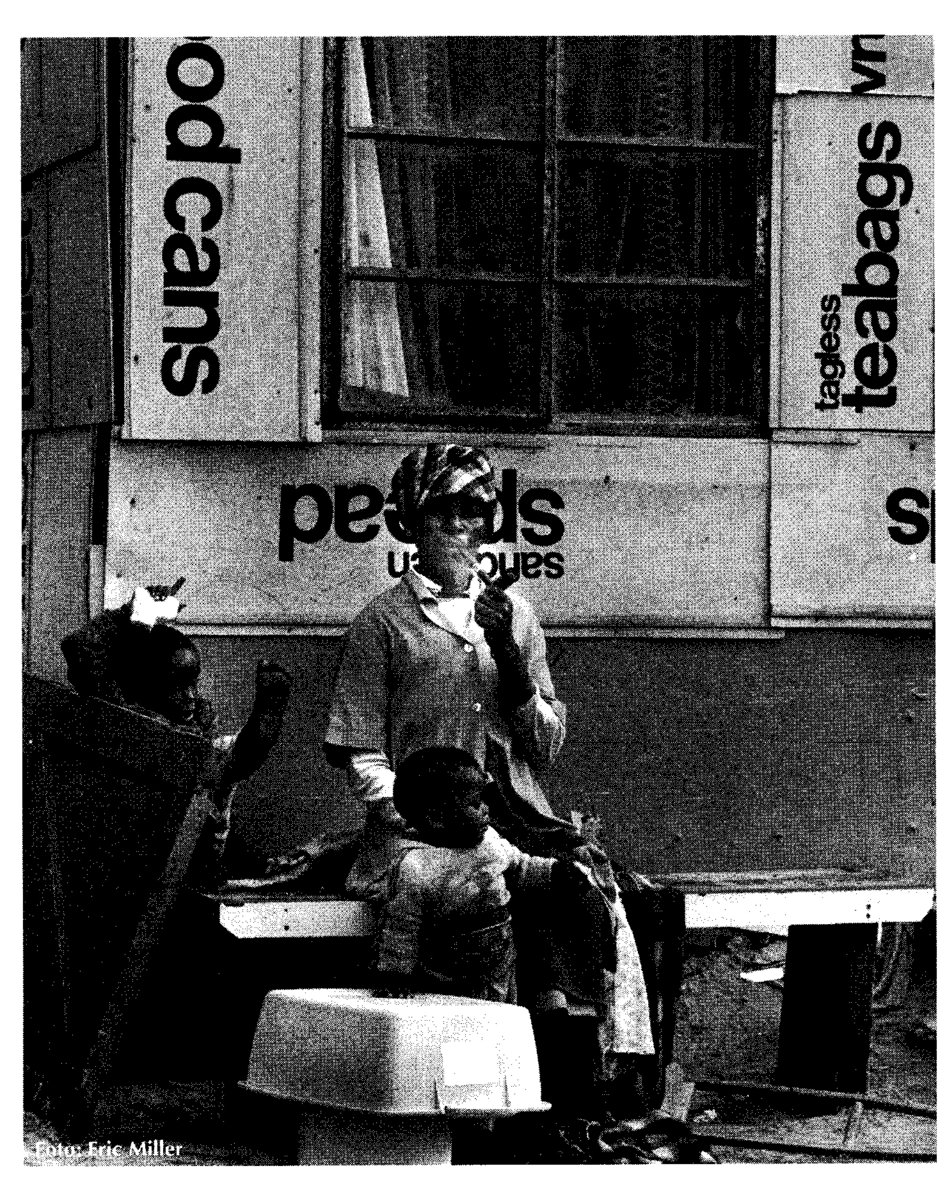



Foto: Eric Miller

**Wo weißer Rauch aufsteigt, fällt nicht für alle etwas ab**

Den anderen Frauen geht es ähnlich. In ihrer Not haben sie einen rotierenden gemeinsamen Sparfond eingerichtet, den sie „Lotterie" nennen: Zehn Frauen zahlen jeden Morgen zehn Rand in einen Fond, den jedes Mitglied der Reihe nach erhält. „So hat jede wenigstens alle zehn Tage ein Mal einen größeren Betrag zur Verfügung."

„Survivalists" heißen die Straßenhändlerinnen. Sie und viele andere, die sich im informellen Sektor durchschlagen müssen, sind noch ein Produkt der gezielten Diskriminierung während der Apartheid. Für die südafrikanische Frauenwissenschaftlerin Neva Makgetla, die die ökonomische Rolle der Frauen anhand des Arbeitsmarktes be-

schreibt, gehören dem informellen Sektor auch die selbstbeschäftigten Frauen in der Landwirtschaft oder unbezahlte Familienmitglieder in der kommerziellen Landwirtschaft an. Insgesamt sollen sie 15 bis 20 Prozent der potentiell Erwerbsfähigen ausmachen. Sie haben keinerlei rechtlichen Schutz, ihre Ausbildung ist informell, die Arbeitslosenrate sehr hoch und eine gewerkschaftliche Organisation so gut wie nicht vorhanden. Die meisten Frauen in diesem Sektor sind schwarz. An diesen Fakten hat sich seit den Wahlen im April 1994 nichts wesentlich geändert. Relativ neu sind allerdings die vielen kleinen und größeren Initiativen, in denen Betroffene ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen.

Auf Eigeninitiative entstand in diesem Jahr auch die „National Association for Women Empowerment“, NAWE, eine kleine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Empangeni/ Kwa Zulu Natal. „NAWE“ bedeutet in Zulu: „AUCH DU“ (kannst bei uns mitmachen). Die Frauenorganisation erhält Gelder von kanadischen Hilfsorganisationen, und die Finanzierung ist bis 1998 gesichert. Nellie Mgenge zum Beispiel betreut ehrenamtlich die Gruppen in Inanda, einem Dorf in der Nähe von Durban. Sie betont die Emanzipation der Frauen durch finanzielle Eigenständigkeit. „Die Hauptsache ist 'empowerment', den Frauen Macht zu geben,“ meint sie.

## Kreditgenossenschaft und Lotterie

Die Frauen sollen sich eigene Einkünfte verschaffen. NAWE hilft bei der Erschließung lokaler und auch internationaler Märkte für die zahlreichen Produkte ihrer Frauen – und sei es nur dadurch, daß Unterwäsche, Blusen, oder Korbwaren aus Inanda am Stand einer Frau an der Strandpromenade von Durban Käuferinnen finden. Deshalb kooperiert NAWE mit einer anderen, erst 1994 entstandenen Basisgruppe, der „Self-Employed Women's Union“ (SEWU). Die 1.500 Mitgliedsfrauen der SEWU kommen mehrheitlich aus den Townships.

Gogo erinnert sich daran, wie die SEWU-Werberinnen 1993 zum ersten Mal am Strand auftauchten. „Die von der SEWU haben nichts versprochen, sondern wollten von uns hören, was wir nötig hätten!“ Die Frauen berichteten von ihrem chronischen Geldmangel, und wenige Wochen später hatte SEWU eine Institution für sie gefunden. Zum ersten Mal in ihrem Leben erhielten die Frauen ein Darlehen von 500 Rand, 250 Mark, rückzahlbar innerhalb eines Jahres. Seitdem hat die SEWU allein an der Beachfront 300 Frauen organisiert. Sie sind sozusagen die Urzelle der Gewerkschaft und der größte SEWU-Ortsverband.

Im Oktober letzten Jahres beschritt SEWU noch einen weiteren Weg zum „empowerment“: Die Gewerkschaft brachte eine eigene SEWU-Bank auf den Weg. Eine „Saving and Credit Cooperation“, SACO, von denen es bislang drei in Südafrika gibt. Jede Frau muß zehn Rand in die Spar- und Kreditgenossenschaft einzahlen und kann überdies Anteile kaufen. Jährlich werden weitere zehn Rand fällig. Davon gehen fünf Rand an den Dachverband, die „Saving and Credit Corporation League“, in Kapstadt. Fünf Rand bleiben für die Verwaltung.

Beauty Mahlaba, die Schatzmeisterin der SEWU, erklärt: „Die Mitglieder müssen SACO selbst am laufen halten. Bis April 1996, wenn wir SACO offiziell gründen, werden wir keine Darlehen ausgeben. Erst dann werden die Mitglieder über die Geschäftsbedingungen entscheiden und die Gremien wählen.“ Gogo bringt die Vorteile der Bank auf den Punkt: „In SACO ist der ganze Zins dein Geld. Du selbst bist SACO. Diese Bank ist deine, und ihr Geld ist dein Geld!“ Die SEWU-Frauen werden bislang von Gewerkschaften aus Holland, Belgien und Skandinavien unterstützt, aber ihr erklärtes Ziel ist es, sich bis Ende 1997 selbst finanzieren zu können. Ehrgeizig, aber zu schaffen, wie Generalsekretärin Pat Horn meint.

In Durban ist Pat Horns Anlaufstelle in der Stadtverwaltung Dean Botha von der Abteilung für informelle Geschäfte. Er verweist auf die zusätzlich aufgestellten Laternen und Toiletten an der Beachfront und auf die versprochenen Lagerräume. Es werde wahrscheinlich notwendig, den Handel auf die Straßenabschnitte mit diesen Einrichtungen zu beschränken. Der Beamte spricht damit ein heikles Problem an, das auch in der Gewerkschaft SEWU umstritten ist: Seit der Abschaffung der Apartheid ist Straßenhandel überall erlaubt. Seitdem kommen immer mehr Menschen aus den ländlichen Gebieten Südafrikas und der Nachbarländer in die Städte, weil sie glauben, dort besser überleben zu können. Die Konkurrenz unter den Ärmsten der Armen wächst.

Die alteingesessenen Händlerinnen wünschen sich die alten Zeiten zurück, als der Zugang zu den Märkten noch durch Lizenzen geregelt wurde. Kritisch beargwöhnen sie die Einwanderer. Gogo beschwert sich, weil die Fremden ihre Waren billiger verkaufen. Ihr Vorschlag ist ein Großhandel, „bei dem wir ihre Sachen kaufen können, um sie am Strand weiterzuverkaufen.“ Im Klartext heißt das: Die Straßenhändlerinnen wollen Privilegien. Um unter den Gesetzen der Marktwirtschaft zu bestehen, bleibt ihnen nur der Weg „nach oben“.

## „S“ und „M“ statt „XXL“

Die südafrikanische Regierung hofft derweil, daß gesicherte Arbeitsplätze im Kleingewerbe zu einem großen Teil aus der wirtschaftlichen Dynamik selbst erwachsen. Zur Förderung der „Small, Medium & Micro Enterprises“ (SMME) hat das nationale Handels- und Industrieministerium einen politischen und administrativen Apparat geplant. Dem Kleingewerbe und Mittelstand, heißt es da, gehöre die Zukunft – auch im informellen Sektor. Hier liege der Keim für Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand für alle Schichten der Bevölkerung.

Daß das nur zu schaffen ist, wenn der Staat Hilfe leistet und das Big Business auf Profite verzichtet, wird dabei nicht verschwiegen. Finanzielle Förderung, Ausbildungsprogramme und neue lokale Service-Zentren sollen den kleinen Unternehmungen auf die Beine helfen und in einem nationalen Rat sowie in Provinzräten die Kleinunternehmer eine politische Stimme erhalten. Frauen als besondere Zielgruppe werden allerdings nicht erwähnt.

Dieser Apparat soll, mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen, die Hauptprobleme aus dem Weg räumen, denen die kleinen Geschäftsleute meist hilflos gegenüberstehen: zu wenig Kapital, schlechte Ausbildung, keine Märkte. Die großen Unbekannten in der projektierten Erfolgsstory des SMME-Sektors sind und bleiben somit zunächst die Absatzmärkte und die Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Kleinstunternehmen. Trotzdem erwartet die Regierung bereits bis zur Jahreshälfte erste Erfolge.

Schon jetzt sind aber auch kritische Stimmen zu hören. Pat Horn von der Frauengewerkschaft SEWU ist skeptisch. Man setze sich nicht damit auseinander, daß möglicherweise sowohl der formale als auch der informelle Sektor nur ein geringes Beschäftigungspotential aufwiesen. „Ich glaube, man hat zwar kapiert, daß das Big Business nicht so viele Arbeitsplätze bereitstellt, wie man erwartet hat. Aber jeder hofft nun, daß der SMME-Sektor, den ja keiner wirklich kennt, Millionen von Jobs schafft. Aber überall in der Welt hat sich gezeigt, daß das nicht so ist.“

Schließlich sei zu fragen, welche Art von Arbeitsplätzen geschaffen würde. Jegliche Standards für Arbeitsbedingungen fehlten. „Gerade durch Aufträge an Subunternehmer, die ja jetzt eine modische Idee sind, können Arbeitsplätze in den Großunternehmen überflüssig werden“, meint sie. „Und dann hat man keine Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern eine Verschiebung von einem Wirtschaftsbereich mit guten Löhnen und sozialer Sicherheit in einen anderen, wo das Gegenteil der Fall ist. Deshalb sind wir nicht für die jetzt absehbare Entwicklung, daß Schwarze und Frauen in den Bereich der Kleinunternehmen abgeschoben werden sollen und die weißen Männer weiter die wichtigen Zweige der Wirtschaft dominieren“ sagt Pat Horn. Kleinstunternehmen dürften nicht zu einem „Ghetto“ werden. „Wir ziehen die Formalisierung von Arbeitsverhältnissen der Informalisierung vor.“

**Birgit Morgenrath**

**Birgit Morgenrath** ist Zeitschriften- und Rundfunkjournalistin. Seit einigen Jahren ist sie Mitarbeiterin im Rheinischen Journalistenbüro.

# Vom Dino zum karibischen Tiger

## „Erster Sozialismus auf amerikanischem Boden" im Aufwind?



Mit Rad im Bus schneller zum Erfolg — Foto: Udo Rzadkowski

**Auf der krisengeschüttelten Karibikinsel macht sich Optimismus breit. Die Nationalversammlung verkündete zum Jahresausklang ein Wirtschaftswachstum von 2,5 %, und die Regierung prognostizierte für 1996 gleich eine Verdoppelung dieser Quote. Wohin diese Reise gehen könnte, deutete Fidel Castro bei seinem ersten Chinaaufenthalt im Dezember an: Er erklärte die Entwicklung Chinas zum Vorbild für Kuba. Eine Kombination aus Liberalisierung und staatlicher Lenkung könnte auch in Kuba die Zukunft prägen.**

Anlaß für solche Vergleiche geben Kubas Erfolge im mittlerweile boomenden Exportsektor. Die wirtschaftliche Öffnung, die die Weltmarktintegration der Insel vorantreiben soll, beginnt zu greifen. Inzwischen sind mehr als 200 ausländische Unternehmen im Land tätig; sie haben über 2 Mrd. US-Dollar investiert. Spitzenreiter ist dabei immer noch der Tourismus, der dem Zucker schon 1994 die Rolle des wichtigsten Devisenbeschaffers streitig machte. Nach Regierungsangaben kamen im letzten Jahr 750.000 Urlauber nach Kuba und zur Jahrtausendwende wird mit 2,5 Mio. Feriengästen gerechnet. Doch der Fremdenverkehr ist längst nicht mehr das einzige Anlageziel für ausländische Investoren. Als Anfang November die 13. Industrie- und Handelsmesse ihre Pforten in Havanna öffnete, reisten über 1400 Firmenvertreter aus 52 Ländern an. Auch Mercedes-Benz bekundete mit dem größten Stand auf der Messe deutlich sein Interesse am kubanischen Markt – nicht verwunderlich, daß der kubanische Wirtschaftsminister Jose Luis Rodriguez für 1996 beim Außenhandel eine Steigerungsrate von 20% erwartet.

Kubas Anschluß an die Weltwirtschaft wird von einer ebenso erfolgreichen Außenpolitik begleitet. Im letzten Oktober besuchte eine russische Delegation Havanna und garantierte den Kubanern, bis 1998 fast die Hälfte ihrer Zuckerproduktion abzunehmen. Fidel Castro stellte 1995 einen Reiserekord auf und besuchte zehn Länder in Asien, Amerika und Europa. Bei seiner Rede zu den Feiern zum 50. Geburtstag der UNO trat er seit 1979 zum ersten Mal wieder vor dieses Gremium. Es gelang ihm gleichzeitig, die peinlichen Ausgrenzungsbemühungen der New-Yorker Administration in ein medienwirksames Spektakel umzumünzen und sich vor der Weltöffentlichkeit als Sympathieträger zu profilieren. Auch die nordamerikanische Blockadepolitik, deren Verschärfung im Oktober nur mit einer Einstimmenmehrheit im US-Senat verzögert werden konnte, stößt international auf immer mehr Ablehnung: Sie wurde zuerst auf dem 5. iberoamerikanischen Gipfel in Argentinien, dann auf dem 11. Gipfeltreffen der Bewegung Blockfreier Staaten in Cartagena und schließlich mit der bislang deutlichsten Mehrheit und zum vierten Mal auf der UN-Vollversammlung in New York verurteilt.

Dafür, daß noch im Herbst 1994 über den baldigen Umsturz in Kuba spekuliert wurde und trotz der völkerrechtswidrigen Politik der USA hat sich die Insel erstaunlich rasch stabilisiert. So fragte schon der *Economist* im Oktober anläßlich einer Konferenz in Havanna, ob in Kuba jetzt ein 'karibischer Tiger'entstehen würde. Godfred Kindras, bekannter Marketing-Professor an der Universität von Montreal, wagte einen Monat später die Prognose, daß sich Kuba in fünf bis zehn Jahren tatsächlich zu einem karibischen Tiger mausern könnte. Sozialismus also doch als Hoffnungsträger für die „Dritte Welt"?

### Schlußverkauf

Letzter Ausgangspunkt dieser Entwicklung ist das neue Investitionsgesetz, das vor seiner Verabschiedung im September 1995 kontroverse Debatten inner- und außerhalb Kubas ausgelöst hat. Das Gesetz erlaubt außer im Gesundheits-, Bildungs- und Militärsektor ausländische Investitionen in allen wirtschaftlichen Bereichen, billigt erstmals ausländische Kapitalübernahmen von 100% und eröffnet auch Kubanern im Exil die Möglich-

keit von Anlagen auf der Insel. Gerade dieser letzter Punkt wurde in der kubanischen Nationalversammlung heftig diskutiert. Befürchtungen, daß den Exilkubanern jetzt die Übernahme der Insel ökonomisch gelingen könnte, nachdem sie politisch scheiterten, konnten zwar nicht völlig zerstreut werden, fanden aber auch keine Mehrheit.

Auch hierzulande waren die Reaktionen gemischt. Während die FAZ einen *„Durchbruch in der wirtschaftlichen Öffnung des Landes"* feierte, sprachen Kritiker vom Ausverkauf des Sozialismus. Bei genauerer Betrachtung der Gesetzesvorlage greifen beide Interpretationen zu kurz: Alle größeren Investitionen werden auch in Zukunft nur von der Regierungsspitze selbst genehmigt; für 100%igen Eigentumserwerb ist außerdem die positive Stellungnahme einer Staatsfirma der gleichen Branche nötig; die freie Anwerbung von Arbeitskräften ist nicht möglich, diese werden nur über eine staatliche Leihfirma vermittelt. Allein diese drei Aspekte weisen darauf hin, daß auch bei den neuen Investitionsrichtlinien der Staat sein zentrales Gestaltungspotential bewahrt hat. Eine andere Kritik an dem Gesetz wurde von dem kubanischen Volksdeputierten und bekannten Komponisten Frank Fernandez formuliert, der im Rahmen der Debatte fragte: *„Werden wir nicht mehr sozialistisch sein, wenn auch die Kubaner Kubas in ihr Land investieren?"* Denn was Exilkubanern seit letztem September erlaubt ist, bleibt Inselkubanern immer noch verboten. Durch das neue Investitionsgesetz wurde die Kluft zwischen der florierenden Devisenwirtschaft und der brachliegenden Binnenwirtschaft nicht verringert, sondern weiter vertieft. Das wichtigste Signal, das von dieser Entscheidung ausgeht, ist darum nicht die vermeintliche Kapitalisierung der Wirtschaft, sondern der erklärte Wille, auch in Zukunft über eine Außenorientierung die Binnenöffnung zu verzögern.

## Außen- und Binnenwirtschaft im Duell

Kubas Stabilisierung wird hauptsächlich vom Außenhandel getragen; von hier kommen die Impulse des neuen Wachstums. Damit bleibt die Insel auch in naher Zukunft nicht nur von der sensiblen Nachfrage des Tourismus und den Schwankungen der Zukkerrohrpreise abhängig. Viel gravierender ist es, daß sich sowohl die produktiven als auch die monetären Sphären der Wirtschaft gespalten haben, was eine gesellschaftliche Polarisierung zur Folge haben könnte: Die soziale Ungleichheit steigert sich in bisher unbekanntem Maße, da sich im Devisensektor neben Gewinnen und Produktivitätszuwächsen auch die besten Einkommenschancen konzentrieren. So mancher Arzt muß mittlerweile mit Verbitterung feststellen, daß er als Taxifahrer sein Monatseinkommen an einem Tag verdienen könnte, Kellnerjobs in Touristenhotels gehören längst zu den lukrativsten Berufszielen für Akademiker. Was als monatliche Altersversorgung für mehr als 1 Mio. Rentner auf den neuen Märkten gerade für zwei Kilo Fleisch reicht, bekommt ein Kofferträger täglich als Trinkgeld.

Die Binnenwirtschaft liegt immer noch am Boden: Die Zuckerernte sank im letzten Jahr um ein weiteres Viertel und die Landwirtschaft ist noch weit davon entfernt, die Bevölkerung auch nur halbwegs versorgen zu können. Die staatlichen Löhne machen die Arbeit nur wenig attraktiv, für ein durchschnittliches Monatsgehalt in Nationalwährung können heute gerade acht Dollar getauscht werden.

Während diese Ungleichgewichte meistens als Folgekosten der Weltmarktintegration interpretiert werden, sind sie vielmehr das Ergebnis der eigenen Wirtschaftspolitik Kubas. Ein genereller Strukturwandel wurde auf der Insel abgelehnt: Die Regierung hat von Anfang an auf eine Strategie der Machterhaltung durch sektorale Öffnung gesetzt, die es ihr erlaubt, die verlorenen Außenhandelsbeziehungen wieder aufzubauen, ohne die Kontrolle über die Gesamtwirtschaft zu verlieren. Das duale Wirtschaftssystem ist nicht nur entstanden, weil Auslandskapital ins Land gelassen wurde, sondern primär, weil die Binnenwirtschaft dem bisher *nicht* entsprechend angepaßt wurde.

Einige Beispiele verdeutlichen dies: Seit 1990 gibt der Staat jährlich mehr als ein Drittel seines Budgets zur reinen Alimentierung seiner zumeist unrentablen Betriebe aus, ohne daß ernsthafte Anstrengungen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit unternommen wurden. Seit fünf Jahren beträgt Kubas Importanteil von Lebensmitteln jährlich rund 40%. In einer überfälligen Strukturreform wurde zwar die zentralisierte Landwirtschaft 1993 an Kooperativen übergeben – doch die erhielten noch im Folgejahr weniger staatliche Hilfe als die Sportförderung. Die Aufrechterhaltung des Lohn- und Preisniveaus führte durch das sinkende Warenangebot zu einem Geldüberhang, der einen gigantischen Schwarzmarkt nährte. Spekulationen und illegale Geschäfte blühten und alle Versuche, eine gerechte Verteilung zu erhalten, wurden zunehmend konterkariert. Nach offiziellen Quellen kontrollieren heute weniger als 15% der kubanischen Familien 70% aller Sparguthaben und des zirkulierenden Geldes. Obwohl diese extrem ungleiche Verteilung dem Regierungsziel sozialer Gerechtigkeit wenig entgegenkommt, wurden bisher alle Forderungen nach einer Währungsreform ignoriert. Da den Kubanern Privatinvestitionen weiterhin verwehrt sind, werden sie angespartes Kapital auch in Zukunft lieber in krisensichere Dollars anlegen.

Kommt es nicht bald zu Einkommensverbesserungen im Staatssektor – in dem immerhin 80% der Erwerbstätigen beschäftigt sind – kann der Regierung genau das zerbrechen, was bis jetzt das Überleben des kubanischen Sozialismus gesichert hat: die politische Stabilität des Systems. Der frühere Wirtschaftsminister Osvaldo Martinez beantwortete vor kurzem eine Kritik an der kubanischen Reformträgheit mit der Überzeugung, daß *„der gesellschaftliche Konsens der Kubaner"* die Schnelligkeit des Prozesses bestimme. Schon jetzt bedrohen die ökonomischen Ungleichgewichte das Wachstum des Exportsektors: Allein um die Kredite zu bedienen, die Kuba für die laufende Zuckerernte aufgenommen hat, müßte in diesem Jahr rund 30% mehr Zucker produziert werden. Dies ist bei der geringen Arbeitsproduktivität auf den Plantagen aber wenig wahrscheinlich. Mehr als 20% der Arbeiter erschienen schon im letzten Jahr nicht oder unregelmäßig am Arbeitsplatz. Die berühmten „macheteros", die ein Drittel des kubanischen Zuckerrohrs noch mit der Hand schlagen, verdienen im Monat weniger als ein Friseur. Solange ihnen kein angemessenes Einkommen geboten wird, werden sie sich weiterhin auf die Suche nach lukrativeren Tätigkeiten machen.

Die Anstrengungen der Reformer müßten sich in Zukunft nicht auf die weitere Ausweitung des Außenhandels, sondern auf eine spürbare Produktivitätssteigerung des Binnenraums konzentrieren. Die Grundlage der Wachstumsraten Chinas und der ostasiatischen Tiger war eine Landwirtschaftsreform, die die Versorgung der Bevölkerung sicherte. Die – häufig als neoliberales Erfolgsrezept verkaufte – Entwicklungsstrategie der NIC-Staaten wurde in Wirklichkeit erst durch eine protektionistische Politik möglich, die die Binnenindustrie zur globalen Wettbewerbsfähigkeit heranreifen ließ. Sollte sich Kuba an diesem Entwicklungsmodell orientieren wollen, ist mit der momentanen Stabilisierungsphase die Zeit angebrochen, ähnliche Agrar- und Unternehmensreformen umzusetzen.

## Kooperative Perspektiven?

Da vor allem im Agrarsektor Produktivitätssteigerungen durch strukturellen Wandel und ohne große Investitionen erzielt werden können, müßte der Landwirtschaft in Zukunft eine besondere Priorität eingeräumt werden. Mit der Kooperativierung des Agrarsektors wurde schon 1993 ein wichtiger Schritt in diese Richtung vollzogen. Die neuen Kooperativen könnten zum Träger des wirtschaftlichen Aufschwungs werden: Ein Produktionsschub im Agrarsektor würde zur Importsubstitution führen, Devisen freisetzen, Arbeitsplätze schaffen und Signalwirkung für neue Wachstumspotentiale haben. Doch dafür ist eine größere Autonomie der Produzenten nötig. Experten beklagen das Überwiegen einer paternalistischen Gängelei des Staates, die die kooperative Selbstverwaltung bevormundet. Die Kooperativen müssen den größten Teil ihrer Produktion zu festgelegten Niedrigstpreisen abgeben. Wegen fehlender Hilfen bei Transport und Ver-

marktung sind sie auf den seit 1994 legalisierten Bauernmärkten kaum präsent. Damit bleibt ihnen nicht nur eine wichtige Einkommensquelle verschlossen; die fehlende Konkurrenz sichert den Privatbauern eine Quasi-Monopolstellung, die sich in einem überhöhten Preisniveau niederschlägt. Die ökonomische Integration der landwirtschaftlichen Kooperativen müßte deshalb an erster Stelle der Reformenbemühungen stehen.

Dies gilt auch für die politische Integration: Von der Kooperativierung profitierten rund 20% aller Erwerbstätigen, also eine breite Bevölkerungsschicht. Eine gesteigerte kollektive Partizipation, die durch kooperativ verfaßte Besitzverhältnisse gefördert werden könnte, setzt allerdings einen höheren ökonomischen Stellenwert der Kooperativen voraus. Dies wird nur mittels ihrer Ankoppelung an die neuen Bauernmärkte möglich. Zusätzlich sollte das private Klein- und Dienstleistungsgewerbe, das seit 1993 als einziger Sektor der Binnenwirtschaft floriert, stärker gefördert werden. Wo früher knapp 1% der Arbeitnehmer ihr Auskommen suchten, sind heute schon 5% aller Erwerbstätigen beschäftigt. Die Regierung will diesen Anteil im Jahresverlauf mehr als verdoppeln. Nötig wäre dazu eine Art Mittelstandsförderung.

Als weiterer Schritt zur ökonomischen Neuordnung werden Produktivitätssteigerungen in den Staatsbetrieben immer dringlicher. Solange Kubas Investitionspotentiale gleich Null sind, kann eine größere Produktivität nur durch einen Arbeitsplatzabbau geschaffen werden. Dies wurde durch hohe Subventionen bisher verhindert, selbst wenn nur noch wenig oder gar keine Arbeit mehr vorhanden war. Sogar auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise konnte Kuba dadurch eine Arbeitslosenquote von nur drei Prozent vermelden. Soll die Wirtschaft jetzt wieder ins Gleichgewicht gerückt werden, kann sich auch in Kuba niemand mehr vor Entlassungen drücken. Die Regierung steht vor dem

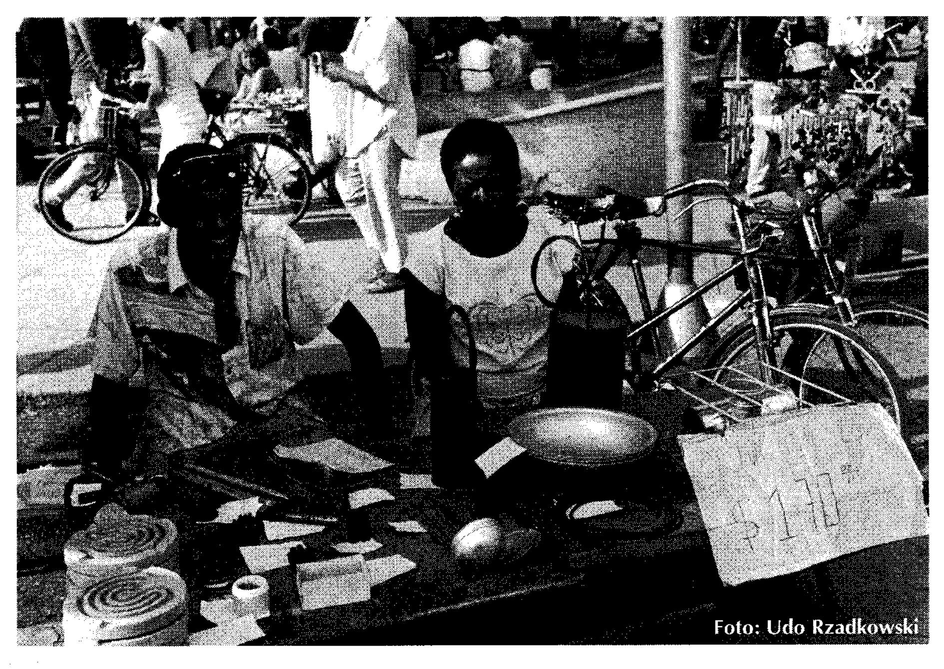


Foto: Udo Rzadkowski

**Dollars für Dosen – Deviseneinnahmen bestimmen den Status**

paradoxen Dilemma, Ungleichheit schaffen zu müssen, um vorhandene – sektoral bedingte – Ungleichheit zu bekämpfen.

Schätzungen beziffern den Anteil von unterbeschäftigten Arbeitern auf bis zu 30%; Pessimisten prophezeien schon für 1997 eine Million Entlassungen. Doch auch in Kuba ist Arbeitslosigkeit vor allem eine Verteilungsfrage. Wäre die Förderung der Landwirtschaft und des Kleingewerbes integrativer Bestandteil einer zukünftigen Beschäftigungspolitik, könnte ein erheblicher Arbeitskräftebedarf geweckt werden. Außerdem müssen Entlassungen nicht automatisch zu sozialem Abstieg führen. An Stelle von betriebsgebundenen Subventionen kann über direkte Beihilfen ein bestimmtes Einkommensniveau gehalten werden. Notwendig ist hierfür die Entwicklung eines Sozialsystems, das die Arbeitslosenversicherung von einer rein betrieblichen Ebene ablöst und zur volkswirtschaftlichen Gesamtaufgabe macht.

Die Umsetzung von solchen komplexen wirtschaftspolitischen Herausforderungen erfordert auch in Zukunft einen Staat, der in der Lage ist, ökonomische Ziele zu formulieren und zu verfolgen sowie die dabei ausgelösten sozialen Prozesse gesellschaftlich zu integrieren. Die Entwicklungen der ostasiatischen Tigerstaaten haben gezeigt, daß die Funktion des Staates als Entwicklungsagent nicht an Bedeutung verloren hat. Auch in Osteuropa wurde sichtbar, daß die postsozialistischen Transformationen einer starken Regulierung bedürfen. Eine zentrale Herausforderung der kubanischen Reformen ist darum nicht die Demontage des Zentralstaates, sondern seine funktionale Anpassung an neue dezentrale, partizipative und indirekte Regulierungsmechanismen.

Der kubanische Staatsapparat befindet sich jetzt in dem existenziellen Konflikt, seinen Einfluß beschneiden zu müssen, um mehr Autonomie zu gewähren, und gleichzeitig seine Macht zu wahren, um die Transformation steuern und die sozialen Komponenten sichern zu können. Auch bei einer Entkoppelung der politischen Entscheidungsstrukturen von der ökonomischen Verfügungsgewalt könnten soziale Errungenschaften und egalitäre Grundversorgung erhalten bleiben: Eine primär kollektive Organisation der Besitzverhältnisse könnte dabei die Wahrung breiter sozialer Interessen gewährleisten und verhindern, daß ökonomischer Einfluß die Politik dominiert. Ein konsistenter Strukturwandel in der Binnenwirtschaft könnte langfristig ein kompensatorisches Korrektiv für die Weltmarktöffnung sein, das eigenständigen Entwicklungszielen folgt. Sollte es Kuba gelingen, wirtschaftliche Effizienz mit Sozialstaatlichkeit und kollektive Eigentumsverhältnisse mit politischer Mitbestimmung zu verknüpfen, würde es allen Strukturelementen des unterentwickelten Kapitalismus widersprechen.

Die Insel wäre so in Zukunft ein Entwicklungsmodell für die Länder der sogenannten „Dritten Welt", was beweist, daß eine egalitäre Distribution, eine regulierte Allokation und eine darüber ausgebaute Infrastruktur der sozialen Sektoren Voraussetzungen sind, um die Bedingungen ökonomischer Entwicklung zu erfüllen. Kuba steht damit nicht am „Ende der Geschichte", sondern an einem neuen Anfang. Die größte Herausforderung steht der Revolution noch bevor...

**Hans-Jürgen Burchardt**

Der Autor ist Sozialwissenschaftler und hat lange in Havanna studiert. Im Frühjahr erscheint von ihm im Schmetterling-Verlag eine Analyse der neueren Entwicklung Kubas unter dem Titel **„Kuba – Der lange Abschied von einem Mythos"**.




-Die Zeitschrift des BUKO-

*201 (März 96)*, 48 S., 6 DM
**Feministische Kritik an der Nachhaltigkeit**

*202/203 (April 96)*, ca. 90 S., 9 DM
**Herrschende Nachhaltigkeit - nachhaltige Herrschaft**
Vorbereitungsreader zum Buko 20 (in Heidelberg 16.-19. Mai 96)

Bei Einzelbestellung plus je 1,50 Porto

FORUM, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen
Tel. 0421-32 51 56, Fax 33 78 177

# Bumm – Boom – Burma

## Rangun vor dem Take-Off in die ASEAN

**1995 versuchte die Militärregierung Burmas nach Jahren ökonomischer Stagnation, anhaltendem Bürgerkrieg, Unterdrückung der Opposition und außenpolitischer Isolierung, neue Akzente zu setzen. Die Militärs versuchen nun ihren „Willen zur Demokratie" zu demonstrieren. Gleichzeitig strebt Burma politisch und wirtschaftlich nach Anschluß an die ASEAN-Staaten.**

Die Armee des State Law and Order Restauration Council (SLORC), in dem die Militärs seit 1988 organisiert sind, nahm am 27. 1. 1995 das Hauptquartier der Karen National Union (KNU) in Manerplaw und zum Jahreswechsel 1995/96 das der Mong Tai Army in Ho Mong an der thailändisch-burmesischen Grenze ein. Beide Gruppen zählten zu den wichtigsten militärischen und politischen Widerstandsorganisationen der ethnischen Minderheiten Burmas.[1] Dies markiert den größten „Erfolg" einer burmesischen Zentralregierung im über 40jährigen Bürgerkrieg gegen die Streitkräfte ethnischer Gruppen in den peripheren Landesteilen.[2]

Nach fast sechs Jahren hob das Regime am 10. Juli 1995 den Hausarrest der Friedensnobelpreisträgerin von 1991, Daw Aung San Suu Kyi, auf. Aung San Suu Kyi ist seit 1988 die Führerin der National League for Democracy (NLD) und wurde im Oktober 1995 von den in Rangun verbliebenen Mitgliedern der NLD in dieser Position bestätigt. Mit ihr verbinden viele Einwohner Burmas die Hoffnung auf eine Alternative zur Herrschaft der Militärs.

Seit Januar 1993 schließlich sind die Militärs bemüht, ihre Machtstellung im Rahmen einer neuen Verfassung legitimieren zu lassen. Das höchste Staatsamt soll einer „militärisch erfahrenen Person" – also einem Militär – vorbehalten bleiben, um die „nationale Einheit" zu gewährleisten. Doch auch die letzten Versuche von SLORC im Oktober und November 1995 scheiterten, weil die wenigen Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung, die entweder die Interessen der Demokratiebewegung des Jahres 1988 oder die davon abweichenden Partikularinteressen ethnischer Minderheiten vertreten, sich aus dem National Convent zurückzogen.

Es gibt nach wie vor nur wenige Indizien für einen umfassenden Demokratisierungsprozeß. Die SLORC verhindert weiterhin jede Entwicklung in Richtung einer pluralen Gesellschaft. Die Freilassung Aung San Suu Kyis aus dem Hausarrest bedeutet noch lange nicht die Aufgabe des Machtanspruchs der Militärs. Sie dient lediglich als Zeichen an die Bevölkerung, daß SLORC es sich sogar „leisten" kann, das Symbol der Demokratiebewegung des Jahres 1988 freizulassen. Nach außen wollen die Militärs mit der Aufhebung des Hausarrests vielleicht andeuten, daß Burma sich nicht nur an die VR China anbinden will, sondern die Bemühungen zur Aufnahme in die Association of South East Asian Nations (ASEAN) mit politischen Zugeständnissen verstärken möchte.

### Die Regionalisierung der ethnischen Konflikte

Die Konflikte Burmas sind vorwiegend ethnisch-kulturell bestimmt und entwickelten sich seit der vorkolonialen Zeit in unterschiedlichen Phasen. Der Konflikt zwischen der ethnischen Gruppe der Karen und den Burmesen steht exemplarisch für die anderen ethnischen Konflikte im heutigen Burma.

Die burmesische Bevölkerungsmehrheit blieb bis in die 20er Jahre unseres Jahrhunderts von der sozialen und ökonomischen Entwicklung Burmas ausgeschlossen. Nur Inder und die ethnische Gruppe der Karen gehörten zum relativ schwach entwickelten Mittelstand.[3] Die Burmesen äußerten deshalb ihren Unabhängigkeitsanspruch schon während der ersten beiden Dekaden des 20. Jahrhunderts auch ethnozentristisch.[4] Die Karen-Elite reagierte reziprok, weil sie ihre von der Kolonialmacht England garantierten Besitzstände gefährdet sah. Dr. San C. Po formulierte im Jahr 1928 zum ersten Mal das politische Hauptziel der Karen National Assoziation (KNA): den Anspruch auf einen eigenen Karen-Staat im Rahmen der britischen Kronkolonie Indien.

Die Antwort der burmesischen Unabhängigkeitsbewegung erfolgte während der Invasion der Japaner im 2. Weltkrieg. Als sich die Engländer aus dem größten Teil Burmas zurückzogen, wurden tausende Inder und Karen von Angehörigen der bis 1944 mit den Japanern verbündeten und von Burmesen dominierten Burma Independence Army (BIA) umgebracht oder vertrieben. Sie waren die ersten Opfer eines ethnisch ideologisierten Bürgerkrieges, dessen Beginn mit der japanischen Invasion und der Kollaboration der BIA zusammenfällt. Das änderte sich auch nicht, als die aus der BIA hervorgegangene Burma National Army (BNA) die Waffen nunmehr gegen die Japaner erhob.

Die schon in den vorangegangenen Jahrhunderten aufgebauten Konflikte bekamen nach Ende des 2. Weltkrieges eine regionale Komponente, die mit der Ablösung der britischen Kolonialmacht in Indien und dem Sieg der Kommunisten in der VR China eng verbunden war. Beide Staaten entwickelten sich zu regionalen Machtzentren, die neben dem globalen Ost-West-Konflikt ihre Partikularinteressen in Burma verfolgten. Nach dem Ende des Vietnamkrieges und mit der Etablierung des Wirtschaftsbündnisses ASEAN kam Thailand als regionaler Faktor hinzu. Burma war traditionell zu isoliert sowie wirtschaftlich und politisch zu schwach, um über den eigenen Staat hinaus regionale Machtansprüche formulieren zu können. Die Dekolonialisierung Burmas war mit der



**Flüchtlingslager in der thailändischen Tak-Provinz (Foto: L. Liepe)**

Neuformierung der präkolonialen ethnischen Konflikte verbunden.

Die stärksten Opponenten der burmesischen Unionsgründung waren die Vertreter der Shan und Karen. Den Shan wurde in den Pinlon-Konferenzen[5] ein Sonderstatus mit einer zehnjährigen Austrittsoption zugesichert. Als sie diese Option wahrnehmen wollten, nutzte General Ne Win die damit entstandene Krise im Jahr 1962 zum Putsch und annullierte die Austrittsoption. Es folgte der Aufbau der „konstitutionellen Diktatur" im Rahmen eines Einparteiensystems unter der Burmese Socialist Programme Party (BSPP). Die Vertreter der Karen unterzeichneten erst gar nicht die Pinlon-Dokumente. Im Jahr 1949[6] griffen mehrere separatistische Formationen, darunter die KNU, an der Seite maoistisch und leninistisch orientierter Gruppen zu den Waffen. Die Rebellen standen kurz vor der Eroberung der Hauptstadt Rangun, bevor sie von der burmesischen Armee zurückgeschlagen wurden.

Fast alle Widerstandsgruppen erhielten Hilfe von außen. China unterstützte jahrelang die im Norden operierende Kachin Independence Organisation (KIO) und die Streitkräfte der Kommunistischen Partei Burmas (CPB). Der Mong Tai Army wurde während des Vietnamkrieges enge Verbindungen zur CIA nachgesagt. Die Allianzen wechselten häufig. So wurde auch die KNU von verschiedenen Seiten unterstützt. Bis zu Beginn der 70er Jahre arbeitete sie mit der VR China zusammen. Danach kooperierte sie im Zuge des Vietnamkrieges mit der CIA und Thailand, die die KNU zum antikommunistischen Puffer zwischen Burma und Thailand umfunktionierten. Die indische Regierung benutzte die im burmesisch-indischen Grenzgebiet operierenden Naga-Rebellen zur Sicherung ihres Territoriums vor dem Zugriff der aus der VR China unterstützten Gruppen. Die VR China und die burmesische Regierung versuchten wiederum, die in Indien lebenden Naga gegen die Regierung in Neu Dheli zu instrumentalisieren.

Die Isolation Burmas hatte also einen doppelten Effekt: Sie schützte das burmesische Militär vor dem Einfluß der aus ihrer Perspektive übermächtigen Nachbarstaaten Indien und China. Diese Nachbarstaaten benutzten wiederum die ethnischen Widerstandsgruppen zur Absicherung der Peripherien ihrer Machtbereiche. Das burmesische Staatsgebiet wurde im unausgesprochenen Einvernehmen der regionalen Mächte neutralisiert.

## Zwischen China und ASEAN

Die Einbindung Burmas in die südostasiatischen Wirtschaftsstrukturen begann mit der Aufhebung des Ost-West-Konfliktes. Gleichzeitig veränderte die Entwicklung der VR China zur politischen und wirtschaftlichen Supermacht ihren politischen Anspruch in der südostasiatischen Region. Nachdem die burmesischen Kommunisten die Demokratiebewegung des Jahres 1988 unterstützten, entzog die VR China der CPB jede Hilfe. Die Partei verschwand von der Bildfläche, obwohl sie erst Mitte der 70er Jahre mit chinesischer Hilfe reorganisiert worden war. Im Oktober 1993 mußte die KIO einen Waffenstillstand mit der SLORC-Administration schließen. Die KIO war eine der 13 Widerstandsgruppen, die seit 1992 zu diesem Schritt gezwungen wurden.

Die Pekinger Führung versucht durch den Interessenausgleich mit der Ranguner Führung ihren strategischen Einfluß in der indopazifischen Region auszubauen. Burmas geographische Lage ist dafür prädestiniert. Die Ausweitung des geostrategischen Interesses der VR China wird vor allem von den ASEAN-Staaten, insbesondere von Thailand, mißtrauisch beobachtet. Burma gewinnt in diesem Kräftespiel eine größere Bedeutung. Daher unternimmt die thailändische Regierung im Rahmen der ASEAN-Politik des „constructive engagement" erhebliche Anstrengungen, ihre Beziehungen zum Ranguner Regime zu verbessern.

Die ersten Opfer der Politik des „constructive engagement" waren burmesische Studenten, die nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung in Thailand Schutz suchten. Seit 1991 wurden immer mehr von ihnen zwangsinterniert und zwangsrepatriiert. Seit 1992 werden auch Flüchtlinge ethnischer Gruppen nach Burma ausgewiesen. Nachdem Thailand der KNU die Unterstützung entzog, war es nur noch eine Frage der Zeit bis die SLORC-Armee die KNU und die Mong Tai Army militärisch besiegen konnte.

Die burmesische Regierung versteht es relativ geschickt, die unterschiedlichen Interessen der Regionalmächte für die Stabilisierung der eigenen Positionen zu nutzen. Zu Beginn der 90er Jahre schien es, als ob die SLORC-Administration ausschließlich auf die „chinesische Karte" setzen würde. Aufgrund seiner politischen und wirtschaftlichen Isolation mußte Burma seinen gesam-

# Don't visit SLORC

Wieder einmal wurde in Südostasien ein Tourismusjahr angekündigt. In den letzten Jahren waren es die Regierungen von Thailand, Indonesien und Malaysia, die damit den Tourismus ankurbeln wollten, um die Deviseneinnahmen zu steigern. Dies ist ihnen in vollem Umfang gelungen. Nun hat die burmesische Regierung das „Visit Myanmar Year" für 1996 ausgerufen.

Burma war jahrzehntelang abgeschottet und nur unter schikanösen Einreisebedingungen zu besuchen. Jetzt wird überall gebaut. Eine halbe Million Touristen sollen nach Burma strömen und die Staatskasse des korrupten Regimes füllen. Gleichzeitig hoffen die Militärmachthaber, aus den negativen Schlagzeilen zu kommen, in die sie wegen ihrer ununterbrochenen Menschenrechtsverletzungen und der Nichtanerkennung der Wahlen geraten sind. „Touristen, die das wahre Land sehen, werden helfen, daß die ausländische Kritik an der Regierung verstummen wird", so die Hoffnung des 1. Sekretärs des SLORC, des Staatsrats zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung, General Khin Nyant.

Im Gegensatz zum erleichterten Grenzübertritt für Touristen stehen Informationen über Zwangsarbeit und Vertreibung der Bevölkerung durch SLORC, die in die internationalen Medien durchgesickert sind. Allein über 30.000 Menschen mußten die veraltete Eisenbahnstrecke von Rangun nach Mandalay ausbauen. Sie bekamen dafür nichts bezahlt, kein Essen und keine Unterkunft gestellt. Wer sich wehrt, muß bezahlen, wird mißhandelt oder verhaftet. Soldaten haben ganze Dörfer geplündert oder abgebrannt, um die widerständige Bevölkerung zur Raison zu bringen.

Als Attraktion für das „Visit Myanmar Year" baut die Regierung in der Nähe von Rangun ein touristisches Musterdorf, in dem ethnische Minderheiten wohnen und besucht werden sollen. Die BewohnerInnen von 200 Dörfern im Norden des Karengebietes wurden bereits angewiesen, noch im November 1995 umzuziehen. Besonders vermarktet werden die Frauen der Padaung, die als „Giraffen-Frauen" begehrte Fotoobjekte der Touristen sind. Die Opposition hat dieses Musterdorf als Menschenzoo heftig kritisiert.

Die Reisebranche glaubt nicht, daß die burmesischen Herrscher ihre angepeilten Touristenzahlen erreichen werden. Die Preise seien überteuert, der Service schlecht, die Verkehrsverbindungen unzureichend, so die häufigsten Klagen der Reiseunternehmer. Auch für die Sicherheit der Touristen sei nur unzureichend gesorgt. Trotz aller Beteuerungen der ausländischen Geschäftsleute florieren aber die Investitionsvorhaben im Tourismussektor. Allein die in London ansässige Sea Container Group hat mit dem Militär einen 55 Millionen Pfund Sterling-Vertrag für Luxuskreuzfahrten auf dem Irrawaddy und einen schwimmenden Hotel in Rangun abgeschlossen. Für Yvette Mahon, Koordinatorin der Londoner „Burma Action Group" ist diese enge Verbindung der Tourismusindustrie mit den Tätern fatal: „Die Situation in Birma ist besonders schockierend, weil die Zusammenhänge so offensichtlich sind".

## „Besuchen Sie uns erst, wenn wir frei sind!"

Nachdem die ASEAN-Staaten sich unlängst auf ein konstruktives Engagement geeinigt haben und in der amerikanischen Regierung immer öfter Stimmen laut werden, die von der internationalen Ächtung des illegalen Regimes absehen wollen, versuchen burmesische Oppositionsgruppen in Japan und den USA, Mitstreiter für einen Boykott von ausländischen Investitoren zu gewinnen. Ziel des Boykotts ist die Erzwingung einer demokratischen Wende durch Druck auf die Militärs. Unterstützung für ihr Anliegen bekamen die Oppositionsgruppen vom südafrikanischen Bischof und Nobelpreisträger Desmond Tutu, demzufolge nur internationaler Druck eine Änderung der Situation herbeiführen kann. In Burma ist jedoch kein mit Südafrika vergleichbares, breites Bündnis in Sicht. Trotzdem haben die Menschenrechts- und Burma-Solidaritätsgruppen in Asien, Australien, USA und Europa bisher erfolgreich agiert. Sie haben sich vielerorts zusammengeschlossen und fordern zu Sanktionen, einem Boykott oder zum individuellen Reiseverzicht auf.

Zwischen den Solidaritätsgruppen in Deutschland bestand lange Zeit Uneinigkeit darüber, wie die Funktion und die Auswirkungen des Tourismus einzuschätzen sind. Die einen glauben, durch den Anstieg des Tourismus werde das Militär stabilisiert. Andere wie Khin Maung Yin vom „Burma Projekt" in Berlin hoffen auf einen positiven Einfluss der Touristen aus dem Ausland. Aufgrund der ein viertel Jahrhundert andauernden Isolierung Burmas könne eine Behinderung von offenen Grenzen nicht das Ziel der Exilburmesen sein. Das „Burma Projekt" setzt auf Aufklärung und glaubt, daß die Touristen mit wachen Augen und Ohren das Land besuchen werden.

Die deutschen Menschenrechtsgruppen, entwicklungspolitische Aktionsgruppen und die Hilfswerke halten sich zwar bisher mit Stellungnahmen und Aktivitäten insgesamt zurück, doch mittlerweile gibt es ein gemeinsames Faltblatt und für die internationale Tourismusbörse im März in Berlin und für die Zeit danach sind verschiedene Aktionen geplant. Insbesondere ist das Treffen von fast 30 NGO's aus 122 Ländern Mitte Dezember in Bangkok auch für europäische Gruppen wegweisend. Es setzt sich immer mehr die Parole „Besuchen sie uns erst, wenn wir frei sind" durch.

Die Aufklärungsarbeit der Menschenrechtsgruppen ist insofern von Erfolg gekrönt, als die Generäle selbst befürchten, das 'Visit Year' könnte ein Flop werden. Das Militär beklagt die vielen negativen Berichte über das Land und macht die Berichte der Menschenrechtsorganisationen über Sklavenarbeit und Zwangsumsiedlungen dafür verantwortlich.

**Mechthild Maurer**

(Das Faltblatt ist über das „Burma Büro" zu beziehen: Postfach 21 01 65, 50527 Köln, Tel./Fax 02 21/81 35 72).

ten Außenhandel über die VR China abwickeln und wurde damit vom nördlichen Nachbarn abhängig. Die burmesische Regierung konnte aber die Konkurrenzsituation der VR China mit ASEAN-Staaten nutzen. Seit 1992 laden sie Burma zu ihren jährlichen Außenministertreffen als Beobachter ein. Es wird damit gerechnet, daß Burma noch vor dem Jahr 2000 in die südostasiatische Staatengemeinschaft als Vollmitglied aufgenommen wird. Vor diesem Hintergrund werden die Interessen der ethnischen Gruppen in den burmesischen Randgebieten keine Rolle mehr spielen. Thailand und die VR China sind bestrebt, im Interesse ihres Einflusses in Rangun, die ethnischen Konflikte unterhalb der Schwelle militärischer Gewaltanwendung zu halten.

## „Gewaschene" Erfolge

Diese Entwicklung steht auch im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklungsdynamik im ost- und südostasiatischen Raum, von der Burma bis zu Beginn der 90er Jahre ausgeschlossen blieb. Die wirtschaftliche Entwicklung stagnierte damals und war nach 1985 sogar rückläufig. Die durchschnittliche Steigerung des Bruttoinlandprodukts (BIP) betrug in den 80er Jahren nur 0,7 Prozent. Im Jahr 1988 sank es sogar um 10,4 Prozent, was auf die innenpolitischen Auseinandersetzungen zurückzuführen ist. Im Jahr 1987 wurde Burma mit einem Bruttosozialprodukt (BSP) je Einwohner von US $ 200 von der UNO in die Gruppe der Least Developed Countries (LDC) eingestuft. Ende der 80er Jahre stieg das BIP um etwa 8 Prozent und erreichte im Rechnungsjahr 1992/93 eine Steigerungsrate von fast 10 Prozent. Das Gesamtvolumen entsprach damit etwa dem Stand von 1985/86. Die jährlichen Wachstumsraten liegen zur Zeit um 6 Prozent.

Die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führten zur Verbesserung des Investitionsklimas. Ein Privatisierungsprogramm kommt hauptsächlich den Händlern und der Tourismusbranche zugute. Vor allem Unternehmen aus China investieren in Hotelbauten und Luxusrestaurants. Es handelt sich oft um Gelder, die aus Hongkong oder Singapur über die südchinesische Provinz Yunnan ins Land kommen. Es stammt aus dem Drogenhandel, der Prostitution u.a. illegalen Aktivitäten und wird als legalisierte Anlage „gewaschen". Die chinesischen Unternehmer nutzen burmesische Mittler oder kaufen einfach Personalausweise, um noch bestehende Investitionsbarrieren zu umgehen.

Eine weitere Einnahmequelle sind die steigenden Erlöse aus dem Verkauf von Rohstoffen (Teakholz, Jade, Erdöl und Erdgas), die dem Regime nach dem Sieg über die Widerstandsgruppen zugänglich sind. Nachdem sich zu Beginn der 90er Jahre einige Erdöl- und Erdgaskonzerne aus Burma zurückzogen, kauften im Jahr 1994 die französische Total und die US-amerikanische Unocal für US $ 3,5 Mrd. Schürf- und Bohrrechte auf 30 Jahre. Mit dabei ist auch der staatliche Ölkonzern Thailands PTTEP. Um die Gas- und Ölvorkommen verwerten zu können, wird eine Gaspipeline aus den Martaban-Gasfeldern nach Thailand gebaut. Sie führt durch ein Gebiet, in dem bisher ethnische Widerstandsgruppen operierten. Die thailändische Regierung entzog ihnen die Unterstützung und lieferte tausende Mon-Flüchtlinge aus Lagern in der Provinz Kanchanaburi der burmesischen Armee aus, um das Projekt unbehelligt durchführen zu können.

Weiterhin ist im Kayah-Staat das größte Staudammprojekt Südostasiens vorgesehen, das über die Asian Development Bank (ADB) finanziert wird. Es sind sieben Staustufen geplant, die Energie und Wasser hauptsächlich nach Thailand liefern sollen. Für beide Großprojekte und den Ausbau der touristischen Infrastruktur setzt die burmesische Regierung immer noch Zwangsarbeiter ein. Die Großprojekte haben gleichzeitig katastrophale Folgen für die ökologischen Systeme dieser Gebiete, in denen sich die letzten, noch unberührten Regenwälder der Region befinden.

Auch andere westliche Investoren fassen langsam Fuß in Burma.[6] Die Weltbank und der Internationale Währungsfond (IMF) erreichten, daß die SLORC-Administration drei Jahre Steuerfreiheit für ausländische Großinvestoren und die Ausfuhr ihrer Profite garantiert. Nach der Aufhebung des Hausarrests gegen Aung San Suu Kyi wird allgemein erwartet, daß die westlichen Staaten ihre Entwicklungshilfeprogramme reaktivieren. Japan kündigte erste Schritte in diese Richtung an. In diesem Zusammenhang ist auch der Besuch einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation aus Burma zu sehen, die im Oktober des vergangenen Jahres die Bundesrepublik und andere westeuropäische Staaten besuchte.

Die Verbesserung der Infrastruktur in den peripheren Randgebieten könnte eine Chance zur Verbesserung der Lebenssituation der ethnischen Minderheiten sein. Deren Situation ist noch katastrophaler als die der in Zentralburma lebenden Menschen. Es muß jedoch bezweifelt werden, daß den ethnischen Minderheiten irgendein Mitbestimmungsrecht bei der Entwicklung ihrer Regionen eingeräumt wird. Die Zerschlagung ihres Widerstandes ist nicht nur im Interesse der SLORC-Regierung, sondern kommt auch den Regionalmächten gelegen. Die politische Neutralisierung Burmas bis Ende der 80er Jahre ließ den ethnischen Gruppen in den peripheren Landesteilen einige Freiräume. Die jetzt einsetzende Einbindung Burmas in die regionalen Strukturen Südostasiens geht zu Lasten der selbstbestimmten Perspektive der ethnischen Minderheiten. Die ethnisch begründete Fragmentierung und die damit zusammenhängenden Konflikte werden in der einsetzenden wirtschaftlichen Entwicklung nicht beendet, sondern mit den gleichzeitig fortschreitenden sozialen Polarisierungen auf höherem Niveau festgeschrieben.

---

Der Artikel ist eine gekürzte Fassung eines Beitrags, der im Rahmen einer Südostasienpublikation, herausgegeben vom Institut für Dritte Welt Forschung Freiburg, im Juni 1996 erscheinen wird.

**LarsLiepe** ist Entwicklungssoziologe und Sozialanthropologe an der Universität Bielefeld. Er veröffentlichte **Identitäten und Integration der Flüchtlinge von Huai Ka Loak, Flüchtlinge aus Burma in Thailand** im Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt/M. 1995.

---

**Anmerkungen:**

1) Die Bezeichnungen Burma, Burmesen oder Burmanen gehen auf frühe Berichte europäischer Kolonisatoren zurück. Die Demokratiebewegung verwendet weiterhin die alten britischen kolonialen Namen wie Burma, Karen, Rangoon. Seit 1989 hat die SLORC das Land, Städte und geographische Namen umbenannt, um den Widerstand gegen die Militärjunta auszulöschen. Offiziell heißt Burma nun „The Union of Myanmar".

2) Der Mong Tai Army unter ihrem legendären Führer Khun Sa ging es allerdings hauptsächlich um lukrative Drogengeschäfte. Die Mong Tai Army ist dabei nur eine von mehreren Armeen der in viele Fraktionen gespaltenen Shan, eine der größten Minderheiten Burmas.

3) Viele der im Irrawaddy-Delta lebenden Karen öffneten sich nach der Eroberung Unterburmas durch die Engländer im Jahre 1923 im Gegensatz zu den Burmesen den missionarischen Bestrebungen amerikanischer Baptisten. Einige an den Missionsschulen ausgebildete Karen wurden neben indischen Beamten in der Kolonialverwaltung eingesetzt.

4) Viele diskriminierende Bezeichnungen gegenüber den Karen werden noch heute in der alltäglichen Sprache und auch in offiziellen Verlautbarungen verwendet. Viele burmesische Sprichwörter diskreditieren die nicht-buddhistische Lebenswelt der Berg-Karen. Auch die Karen haben einigende diskriminierende Bezeichnungen für die Burmesen, wie zum Beispiel 'wa u 'khi (weißer, fauler Knochen).

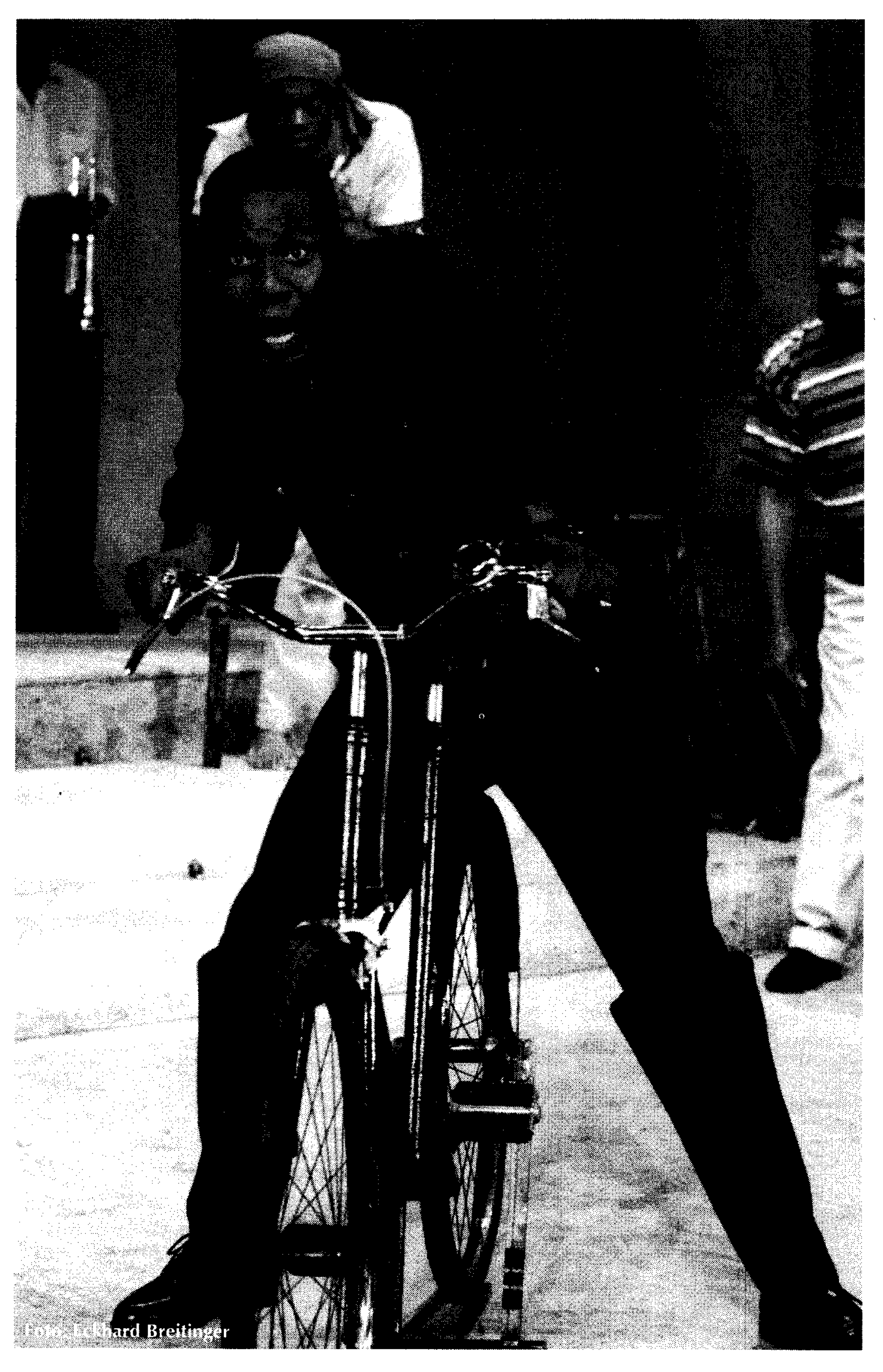
5) Die Pinlon-Konferenzen der Jahre 1946 und 1947 waren das Ergebnis der Verhandlungen, die Aung San während des Zweiten Weltkrieges mit den Engländern führte. Aung San wurde im Juli 1947 ermordet. Die Staatsgründung erfolgt am 4.1.1948.

6) Pepsi-Cola und Carlsberg gründeten Joint-Venture-Unternehmen mit burmesischen Firmen.



# Ciao, alter Mann unterm Baobab

## Afrikanische Literatur im Wandel


Foto: Eckhard Breitinger

**Afrikas vielfältige Literaturen haben weltweit Anerkennung gefunden. Auch in der Bundesrepublik ist die Leserschaft von Romanen und Erzählungen aus Afrika gewachsen. Mißverständnisse prägen jedoch nach wie vor den Blick auf afrikanische Literatur als Kunstform und ihr Verhältnis zu Geschichte und Politik.**

Afrikanische AutorInnen werden oft gefragt, warum sie in der Sprache der kolonialen Vergangenheit schrieben, wo doch die meisten Menschen in ihrem Land diese Sprache kaum sprechen, geschweige denn lesen könnten. Eine Erklärung findet sich in der Tatsache, daß das auch von afrikanischen AutorInnen geförderte Projekt, in Afrika eine kontinentale 'lingua franca' (z.B. Kisuaheli) durchzusetzen, an den politisch-gesellschaftlichen Realitäten Schiffbruch erlitt. Dazu kommt, daß Übersetzungen auch in andere afrikanische Sprachen immer wieder an einem unzulänglichen Verlagswesen scheitern. Francis Bebey, kamerunischer Sänger und Romancier, verteidigt das Französische als Literatursprache: „Seien wir ehrlich: Meine Muttersprache Duala wird von 300.000 Menschen gesprochen. Wenn ich in Duala schriebe, hätte ich kaum 200 Leser. Wenn ich Französisch benutze, trage ich dazu bei, unsere Welt der übrigen Welt bekanntzumachen."

Die Frage nach der Sprache, in der sie schreiben, ermüdet oder amüsiert viele afrikanische AutorInnen. Doch hat die Sache einen realen Kern. Nicht umsonst schreibt Ngugi wa Thiong'o überwiegend in seiner Muttersprache Gikuyu. Aber wer kann schon aus dem Gikuyu ins Deutsche übersetzen? Daß wir seinen eminent politischen Roman *Matigari* lesen können, verdanken wir der Einsicht des Autors, die Übersetzungen seiner Romane ins Englische nicht nur zu dulden, sondern zu fördern. Wichtiger ist aber die Frage, wie es mit zwischen Buchdeckel gepreßten oralen Traditionen steht.

Das schwierigste Terrain für den Umgang mit oraler Tradition ist die Prosa. Viele Ro-

mane afrikanischer AutorInnen aus den letzten vierzig Jahren – älter ist das Genre, von wenigen früheren Werken abgesehen, in Afrika nicht – haben wesentliche Impulse aus dem realistischen Roman Europas des 19. Jahrhunderts erhalten. Fragwürdig wäre es jedoch daraus zu folgern, daß der Roman in Afrika seine Blüte einer Art nachholender Modernisierung verdanke, formal ein bloßer Abklatsch europäischer Literaturtradition sei. Die Einschätzung, „richtiges, afrikanisches" Erzählen sei kaum mehr als eine Variante des Geschichtenerzählens unter dem Baobab-Baum, führt an den Realitäten vorbei. Das Bild des alten Mannes, der den jungen Menschen im Dorf erzählt, was erzählens- und aufbewahrenswert ist, ist heute mehr denn je ein Topos dessen, was bereits verloren ging und seine Bedeutung längst an Fernsehen und Radio abgetreten hat.

## Neue Sprachen

Darüber hinaus hat sich auch der Gestus des Erzählens der meisten zeitgenössischen Romane von der oralen Ausgangssituation emanzipiert. Gerade die interessanteren afrikanischen Autoren erzählen nicht mehr rein geschichtenförmig. Auch in Afrika hat sich die 'Geschichtendestruktion' eingebürgert, die den modernen Roman seit Musil weithin kennzeichnet. Wo sich Geschichte zersetzt, als Zerfall von Ordnung darstellt, lassen sich eben nicht mehr so einfach Geschichten wie unter dem Baobab-Baum „erzählen". Programmatisch hierfür ist *Season of Anomy* (Zeit der Gesetzlosigkeit), Titel eines Romans von Wole Soyinka. Letztlich läßt sich die Zeit der Gesetzlosigkeit in Afrika nur parabelhaft schildern. Ähnlich verfährt Sony Labou Tansi in seinem Roman *La Vie et demie* (Verschlungenes Leben), der wie wohl kaum ein anderer Neuland betrat und stilbildend wirkte: Nur in phantasmagorisch-allegorischer Übertreibung ist erzählbar, was Diktatur bedeutet.

Viele Romane afrikanischer Autoren kennzeichnet die komplexe Mischung von erzählenden Elementen mit lyrisch-hymnischen Einsprengseln, die oft aus der Bilderwelt afrikanischer Kosmogonien stammen. Diese Verfahrensweise ist destruierend, also durchaus modern. Bezeichnend ist dabei, wie mit der in oraler Tradition gelebten Volksweisheit umgegangen wird. Oft pflanzt sie sich als Sentenz, als zitiertes Sprichwort, auf einen Text, der im gepflegten Literatur-Französisch daherkommen mag. Aufregend wird es, wenn wie in Chenjerai Hoves Roman *Bones* (Knochen) die „fremde" Literatursprache gewissermaßen gereinigt und die eigene Muttersprache (Shona) künstlerisch genutzt wird. Durch diese Verbindung von Geschriebenem und Gesprochenem ist ein neuer Rhythmus herausgekommen. Volksweisheit und Volksmund werden nicht nur als Sentenz zitiert, sondern in die Erzählweise so eingebaut, daß eine unverwechselbare neue Ebene entsteht, in der Erinnerung an kaum Vergangenes zu Neuem gerinnt. Geschichte erscheint dann nicht als Schilderung der Abfolge von Ereignissen, sondern als vielfältige Brechung der Erfahrung von Menschen.

## Literatur und Geschichte

Anders als in der europäischen Literatur, die sich zumindest in den letzten Jahrzehnten durch Innerlichkeit, Ich-Bezogenheit und Personenzentriertheit auszeichnet, ist die neuere Literatur Afrikas eng an den Gang der neueren Geschichte gebunden. Die bedeutendsten AutorInnen Afrikas schrieben die Unabhängigkeit vom kolonialen Joch mit herbei, nahmen auch den Aufbruch neuer Staaten und Gesellschaften literarisch vorweg. Nicht wenige AutorInnen verwiesen in Romanen, Gedichten, Essays oder politischen Statements früh auf verhängnisvolle Fehlentwicklungen der neuen Staaten und Gesellschaften.

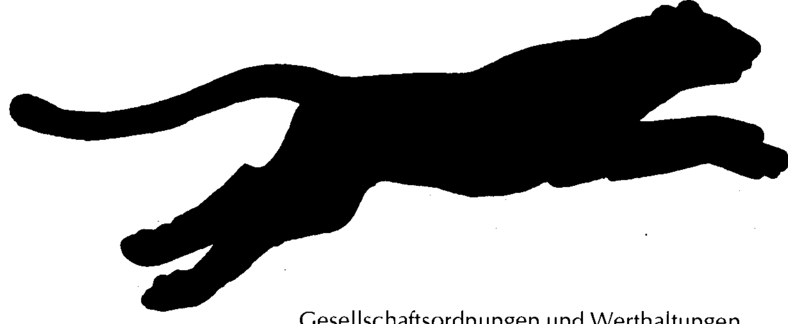
Diese vorübergehende Allianz mit der Politik hat sich längst in mehr oder minder freiwilliges Exil aufgelöst, in dem viele afrikanische AutorInnen einen neuen Ort literarischer Betätigung zu finden hatten. Bis heute wenden sich Afrikas AutorInnen gerne „großen" Themen zu. Dazu gehört das der europäischen Zivilisation, die den meisten AfrikanerInnen in der Vergangenheit als brutale Kolonisierung entgegentrat. In den frühen Romanen z.B. von Chinua Achebe, bei Cheikh Hamidou Kane, bei Amadou Kourouma in seinen beiden Romanen *Der schwarze Fürst* und *Monnè, outrage et défis* (Paris 1991) geht es in der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus letztlich immer wider um den Zusammenprall epochaler Kräfte. Ein Leitmotiv dafür hat Chinua Achebe schon vor Jahren formuliert: „Wir müssen die Freiheit suchen, unsere Gedanken und Gefühle auszudrücken, auch gegen uns selbst, und ohne Angst, daß das, was wir sagen, als Belegstück gegen unsere Rasse genommen werden kann. Wir haben lange genug auf der Anklagebank gesessen und vor Rohlingen und Betrügern, die sich als interessenlose Richter aufspielten, Zeugnis abgelegt und unseren Protest zum Ausdruck gebracht."

Die Epoche der Befreiungskämpfe, die auch eine literarische Herausforderung darstellte, bestimmt heute freilich weniger die literarische Tagesordnung. Der Kampf gegen den weißen Siedlerkolonialismus liefert indes für die AutorInnen des erst 16 Jahre unabhängigen Zimbabwe immer wieder Stoff für Romane. Fern jeglicher Heroisierung verdeutlichen das Autoren wie Shimmer Chinodya mit *Harvest of Thorns* (dt. Dornenernte) und Chenjerai Hove mit *Bones*. Wie Politik direkt zum Thema werden kann, zeigt der Nigerianer Kole Omotoso mit *Just before dawn* (Ibadan 1988). Den politischen Rechtfertigungsbüchern, die die Generäle an der Macht mit großem Pomp veröffentlichen, setzt Omotoso seine sorgfältig recherchierte Analyse der neueren Geschichte Nigerias entgegen. Eine besondere Faszination geht dabei von der Mischung von Fakt und Fiktion aus.

Es gibt aber auch relevante Themen außerhalb des Komplexes der politischen Entwicklung: Die Verstädterung in Afrika lieferte den Stoff für einige Romane. Daß daraus immer wieder neue, ironische Funken schlagen, zeigt u.a. Pabé Mongo aus Kamerun mit L'homme de la rue (Paris 1987).

## Neue Nervosität

Die vielleicht zukunftsträchtigste Tendenz des neuen Schreibens in Afrika verläuft eher quer zum von Politik dominierten Diskurs. Mehr und mehr verschaffen sich Frauen die Bedingungen dafür, sich auch literarisch auszudrücken. Tsitsi Dangarembga mit *Der Preis der Freiheit*, Yvonne Vera mit *Nehanda* und *Without a Name* aus Zimbabwe und Zaynab Alkali *Tot geträumt und still geboren* aus dem Norden Nigerias sind dafür beredte Beispiele. Sie schreiben über das Schicksal von Frauen auf eine Weise, die auch die allgemeinere Perspektive von zerstörerischen



Gesellschaftsordnungen und Werthaltungen sichtbar macht. Und Ama Ata Aidoo aus Ghana, die in Zimbabwe lebt, hat mit *Changes* (London 1991) einen feministisch inspirierten, ironischen Liebesroman vorgelegt.

Die 80er Jahre sind oft als Zeit der literarischen Dürre in Afrika beschrieben worden. Viele AutorInnen schwiegen, neue Talente waren kaum in Sicht. Doch in einer Phase neuer alter „Unübersichtlichkeit" tauchen plötzlich neue Stimmen auf, die sich um alte Traditionen kaum scheren. Ben Okri nähert sich mit seinen Romanen *The Famished Road* (London 1991, dt. Die hungrige Straße) und *Songs of Enchantment* (London

1993) dem in Lateinamerika erfolgreichen Rezept des „magischen Realismus" an, greift aber auch auf seinen Landsmann Amos Tutuola zurück, für den die Lebenden und die Toten im Reich der Geister wichtiger sind als die schnöde Realität von Politik und Wirtschaft. Syl Cheney-Coker aus Sierra Leone geht in seinem Roman *The Last Harmattan of Alusine Dunbar* (Oxford 1990) mit zweihundertjähriger Geschichte so um, daß sich Wirklichkeit und Magie zu einer eigenen literarischen Einheit verbinden.

Auch die Romane des jungen Nigerianers Biyi Bandele-Thomas *Bozo David Hurensohn* (Frankfurt 1991) und *kerosin mangos* (Frankfurt 1993), der in einer Art 'neuer Nervosität' dem Lebensgefühl entwurzelter nigerianischer Jugendlicher Ausdruck verleiht, deren Welterfahrung nichts anderes kennt als ein völlig anarchisch-modernes Nigeria, zeigen, daß mit dem bloßen Erzählen von Geschichten ein wirklich zeitgenössischer Text nicht mehr möglich ist. Kojo Laing aus Ghana findet in *Search Sweet Country* (London 1986, dt. Die Sonnensucher), einem aufregenden Roman über die Stadt Accra, gar eine neue Sprache: In das Englische mischen sich Elemente des Pidgin und vom Autor selbstgeschaffene Neologismen, eine Herausforderung nicht nur für Leser, sondern auch für Übersetzer. In ähnlich souveräner Weise geht der Mosambikaner Mia Couto in seinem Roman *Terra sonâmbula* (Lissabon 1992, dt. Das schlafwandelnde Land) mit dem Portugiesischen um. In einem schonungslosen Psychogramm des Krieges in Mosambik läßt Mia Couto Personen auferstehen, die sich ihre Träume nicht zuletzt dadurch bewahren, daß sie sich in einer neuen Sprache mit der schrecklichen Wirklichkeit auseinandersetzen.

## Verschränkte Welten

Auch wenn also ein wichtiger Teil der neueren Literatur Afrikas immer noch gebunden ist an den politischen Diskurs des Kontinents, ist dies nicht als Freibrief zu verstehen, Literatur auf ihre politischen Aussagen zu reduzieren. Romane und Gedichte afrikanischer AutorInnen sind nicht vornehmlich Dokumente des politischen oder ideologischen Emanzipationsprozesses, um den Afrika sich müht. Sie lassen sich eben nicht lesen als Nachschlagewerke für Befreiungskämpfe oder politische Auseinandersetzungen. Zwar ist einer der bedeutendsten Romane eines afrikanischen Autors englischer Sprache, *Maps* von Nuruddin Farah (Somalia) auch ein Buch über die somalische Gesellschaft. Vielmehr ist aber gerade dieses Buch ein literarisch höchst anspruchsvolles Werk der Selbstfindung eines jungen Menschen zwischen wechselnden Loyalitäten.

Viele afrikanische AutorInnen sind es leid, als literarische Botschafter ihrer Länder angesehen zu werden. Daraus läßt sich allerdings nicht auf eine unpolitische Haltung schließen. So mancher Autor mischt sich ein. Wole Soyinka etwa kümmerte sich um die Sicherheit auf den Straßen Nigerias und engagiert sich im Exil gegen die nigerianische Diktatur. Chenjerai Hove, für den die Aufgabe des Autors zuvörderst darin besteht, neue Formen zu finden, um Freiheit und Realität zu beschreiben, nimmt heftigen Anteil an der Debatte um den Einparteien-Staat in seiner Heimat, wie etwa in seinem Band *Stadtgeflüster* (Harare 1994, Frankfurt 1995). Ihm geht es dabei darum, durch Literatur ein gewisses Maß an 'sanity' ins Leben zu bringen.

Chinua Achebe, der Doyen der afrikanischen Literatur, hat afrikanische Literatur unter das Leitwort *celebration* (Feier) gestellt. Die moderne afrikanische Literatur sei eine Rückkehr der Feier, was freilich nicht Lob, Preis oder Zustimmung bedeute, da Afrikas Autoren nicht den Herrschenden schmeichelten. „Die neue Literatur in Afrika ist sich der Möglichkeiten bewußt, Menschlichkeit (humanity) auf unserem Kontinent zu feiern. Sie ist sich auch bewußt, daß unsere Welt sich immer mehr verschränkt mit den Welten der anderen. Oder wie es eine der Figuren in Cheik Hamidou Kanes *Der Zwiespalt des Samba Diallo* zu einem Franzosen sagt: Sie und ich, wir haben nicht dieselbe Vergangenheit gehabt, aber wir werden gewiß dieselbe Zukunft haben. Das Zeitalter der einzelnen Schicksale ist vorbei."[1]

**Peter Ripken**

**Anmerkung:**

1) Zitiert nach West Africa (London), 5. – 11. 2. 1990

2) Eine von Peter Ripken kommentierte Literaturliste von Büchern afrikanischer AutorInnen kann beim iz3w angefordert werden.

**Peter Ripken** ist Geschäftsführer der Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika e.V.

## „Der Blaue Puma oder die Wunder der Literatur"

„Die können nicht schreiben..." urteilte der Papst im 'Literarischen Quartett' über Literatur aus dem Süden. Vergeblich bemühte sich Helmut K. die Predigt zu stören: „Ja sind wir denn hier im literarischen Rassismus?" Reich-Ranicki blieb unbeeindruckt. Kaum anders hätte wohl Mitte der achtziger Jahre, noch vor der Verleihung des Nobelpreises an Nagib Machfus im Jahre 1988, eine Journalistin der FAZ reagiert. In Kairo hatte sie die Frage gestellt, ob es denn so etwas wie eine ägyptische Literatur überhaupt gäbe. Der Papst bleibt weiterhin unfehlbar, der FAZ-Journalistin und ihren KollegInnen entgleisen heute jedoch seltener Peinlichkeiten dieser Art.

Die Literatur aus Asien, Afrika und Lateinamerika gilt im deutschen Sprachraum allgemein als anerkannt. Verlage wie Lenos, Peter Hammer oder der Unionsverlag, die seit Jahren auch Belletristik aus den drei Kontinenten veröffentlichen, haben längst den Schritt von kleinen und unprofessionellen Anfängen zu wirtschaftlich sich behauptenden Unternehmen vollzogen. Dennoch sprechen einige Indizien dafür, daß Literatur des Südens verkannt oder marginalisiert wird. Von den jährlich 9.000 belletristischen Neuerscheinungen im deutschen Sprachraum kommen weniger als 100 aus der südlichen Hemisphäre. Und in den Feuilletons wird immer noch selektiv wahrgenommen.

Oft werden SchriftstellerInnen als Vertreter und intellektuelle Sprecher ihres Landes gesehen, zu aktuellen Ereignissen befragt und weniger zum eigenen Werk. In Ken Saro-Wiwa sah man beispielsweise nur den Kämpfer für Menschen- und Minderheitenrechte. Er wurde nicht als Schriftsteller wahrgenommen, seine Bücher nie ins Deutsche übersetzt. Der Tenor vieler Rezensionen geht dahin, daß z.B. syrische Schriftsteller gefälligst Assad zu kritisieren haben. Die neuere algerische Literatur wird oft nur durch den Blickwinkel der 'chaotischen politischen Lage' des Landes wahrgenommen. Einen kräftigen Beitrag zur Reduktion der Literatur auf politische Dokumentation hat auch die Solibewegung geleistet – etwa im Fall Nicaragua.

Unter welchen Gesichtspunkten werden Bücher aus dem Süden ausgewählt? Und wie sieht der Literaturbetrieb in den Ländern aus? Welche Themen greifen SchriftstellerInnen derzeit auf und mit welchen kommen sie bei ihren LeserInnen an? Wie beeinflussen AutorInnen des Südens Literatur und Sprache im Norden? Hat der Begriff der 'Nationalliteraturen' überhaupt noch Gültigkeit oder muß nicht vielmehr von 'Weltliteratur'gesprochen werden?

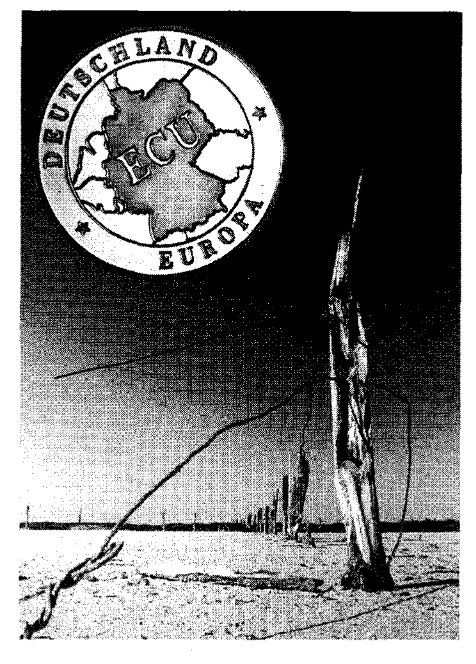
Beginnend mit diesem Heft werden die *blätter* Beiträge zu Literaturen aus Asien, Afrika und Lateinamerika veröffentlichen. Diese Artikel lehnen sich an die Reihe *Der blaue Puma oder die Wunder der Literatur* an, die das iz3w seit Herbst '95 mit anderen Gruppen und in *Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung, Köln* veranstaltet. Bislang fanden u.a. Lesungen mit dem zimbabwischen Autor Chenjerai Hove und der vietnamesischen Schriftstellerin Pham Thi Hoai statt. Für April und Mai sind u.a. Mohammed Choukri, Albert Memmi und Assia Djebar eingeladen. (Das Programm kann beim iz3w angefragt werden.)

# Kultur der Abschreckung

*Der Begriff „Kultur der Abschreckung" beschreibt nicht nur staatliche und suprastaatliche Repressionen gegen unerwünschte Einwanderer, sondern auch den Boom an rassistischen Bewegungen und fremdenfeindlichen Gemeinschaftsideologien in den westlichen Demokratien. Einwanderung wird zunehmend durch die Identitätsbrille gesehen und bewertet. Wo das staatliche Bestreben, Migration nach Nützlichkeitserwägungen zu regulieren, noch liberal erscheint gegenüber dem Ruf „aus dem Volk" nach „Schutz vor Überfremdung", drohen die letzten Bastionen von universalistischen Rechtsprinzipien und demokratischen Traditionen über Bord zu gehen.*

*So zeigt sich die „Festung Europa", die wir im Jahr 1990 prognostiziert haben, zwar als nicht unüberwindbar. Aber die Staaten und die „Gemeinschaften" in den EU-Staaten lassen nichts unversucht, um ein normales Leben für Unerwünschte unmöglich zu machen. Die Festung wird dann dank technischer Überwachungs- und sozialtechnokratischer Disziplinierungsmittel über kurz oder lang zur Anstalt – vielleicht zukünftig auch für die, deren Anwesenheit nicht durch rassistische Gesetze verhindert wird.*

***Die Redaktion***




*Als die blätter im Jahr 1990 unter dem Titel „Das Boot ist voll" (Nr. 169) erstmalig in einem Themenblock Rassismus, Ausgrenzung und Migration in Europa behandelten, tauchte der Begriff der „Festung Europa" gerade erst im (linken) politischen Diskurs auf. Man vertrat damals die Ansicht, daß Europa zusammenfinde, indem es sich nach außen abschotte; das 'Wir' definiere und markiere sich über das „Andere". Desweiteren konnte man sich kaum vorstellen, daß es MigrantInnen und Flüchtlingen in Zukunft noch gelingen könnte, die Mauern der Festung zu überwinden. „Schengener Abkommen" hieß das Zauber- bzw. Schreckenswort, das eine nahezu perfekte Migrationskontrolle und Polizeikoordination europaweit versprach.*

*Das Abkommen ist mittlerweile fast ein Jahr in Kraft. Der Wille zur Flüchtlingsbekämpfung statt zur Beseitigung von Fluchtursachen hat sich durchgesetzt. Weder* Schengen *noch die faktische Abschaffung des Asylrechts in der Bundesrepublik haben die Anwesenheit von Flüchtlingen und MigrantInnen in Europa verhindern können. Die Festung rüstet zwar technologisch auf wie nie, doch die Perfektionierung der Abschottung scheint nicht zu gelingen. Allein – das ist kein Grund zur Beruhigung.*

*Die Stichworte* Illegalisierung *und* Identitätssuche *umschreiben die repressiven und gewaltsamen Veränderungen in den europäischen Ländern der letzten Jahre, denen Flüchtlinge und „Fremde" ausgesetzt sind. In den Ländern Westeuropas, die sich nach wie vor für den Hort der Zivilisation halten, etabliert sich eine* Kultur der Abschreckung.

*Zum einen wird Einwanderung wie ehedem als sozialpolitisches Problem wahrgenommen: Wo der Wohlstand gefährdet ist, floriert partikularistische Politik. Die innerstaatliche Überwachung entlang des Kriteriums „Nationalität" gewinnt an Wichtigkeit. Wenn die legale Einreise von Flüchtlingen erschwert wird, dann verhindert dies nicht staatlich unerwünschte Migration, sondern verschlechtert nur die Lebensbedingungen der MigrantInnen. Viele Flüchtlinge bleiben mittlerweile von Anfang an in der Illegalität, andere tauchen nach der Ablehnung des Schnellverfahrens unter.*

*Zum anderen tritt zum bloßen Wohlstandschauvinismus ängstlicher Kleinbürger und staatlicher Sozialpolitiker die altneue Sehnsucht nach Identität. Das Gerede von der Identität besagt, man sei der, der man ist. Der inhaltsleere Begriff 'nationale Identität' dient zu nichts anderem, als das unschöne Wort Nationalismus zu vermeiden. Kollektive Identitäten, wie sie derzeit in Europa Konjunktur erleben, haben mit Aufklärung und Selbstbewußtsein nichts, mit Feindabgrenzung und Gemeinschaftsträumen sehr viel zu tun. Der Wunsch nach Identität beschreibt die Sehnsucht nach dem, was „drinnen" ist, nach etwas „Höherem" und nach einer „heilen" Welt, tief im „Volk" verankert. Die Selbstbeweihräucherung mit dem chicken Wort Identität, ohne die man heute angeblich nicht leben kann, pathologisiert die politische Kultur und tobt sich letztendlich auf dem Rücken der „Fremden" aus.*

**P.S.** *Leider kam ein Artikel über die Südabschottung an Spaniens Grenze zu Marokko nicht mehr rechtzeitig, so daß wir ihn erst im nächsten Heft publizieren können.*

# Europa einigt sich...

## ... darauf, unausstehlich und unerreichbar zu sein

**Europäische Abschottungsmaßnahmen und das Erwachen von Gemeinschaftsideologien, die das „Eigene" über die Abgrenzung zum „Anderen" definieren, schaukelten sich in den letzten Jahren gegenseitig hoch. Entstanden ist aus dem unheimlichen Gemisch von institutionell verfügten Diskriminierungspraktiken gegen „Fremde" und einem aus der Bevölkerung stammenden Rassismus eine *Kultur der Abschreckung*, die sich anschickt, das Chiffre des sich vereinenden Europas zu werden.**

Das seit nunmehr vielen Jahren festzustellende Anwachsen rassistischer und fremdenfeindlicher Bewegungen und Alltagspraxen in ganz Europa, die Erfolge eines „modernisierten", respektablen Rassismus, dem es nicht mehr um die Konstruktion hierarchischer Verhältnisse zwischen den Menschengruppen geht, sondern um die Unvereinbarkeit der „Kulturen", aber auch die auf europäischer wie nationaler Ebene forciert betriebenen Verschärfungen und „Harmonisierungen" der Einwanderungs-, Asyl- und Ausländerpolitiken sind Ausdruck eines gewandelten Umgangs Westeuropas mit Einwanderung und ethnischen Minderheiten, der sich auf den Nenner einer europäischen *Kultur der Abschreckung* bringen läßt.

Diese *Kultur der Abschreckung* unterscheidet sich in bedeutenden Punkten von früheren und weitaus stärker nationalstaatlich geprägten Modellen des Umgangs mit Einwanderung, welche sich auf den gemeinsamen Nenner einer „Politik der Diskriminierung" bringen ließen. Denn ohne die Tatsache rassistischer und fremdenfeindlicher Vorstellungen und Praxisformen leugnen zu wollen, war doch der Aspekt einer vor allem staatlich-institutionell geprägten Diskriminierung von Einwanderern zum Zwecke ökonomischer Ausbeutung ein zentrales Kennzeichen des Umgangs mit Einwanderung und ethnischen Minderheiten bis in die achtziger Jahre hinein. Ein weiteres Kennzeichen war ferner, daß das „Einwanderungs- bzw. Ausländerproblem" in den westlichen Gesellschaften vor allem als sozialpolitisches Problem wahrgenommen wurde. Fragen der nationalen Identität oder der kulturellen bzw. ethnischen Homogenität der Gesellschaft spielten in der Politik der Regierungen und der großen Parteien nur eine zweitrangige Rolle.

Hier hat sich ein radikaler Wandel vollzogen. Ohne ihre soziale Dimension zu verlieren, wird die „Einwanderungsfrage" doch mehr und mehr durch die Brille nationaler, kultureller und ethnischer Identität wahrgenommen und Einwanderung zum Synonym ihrer Bedrohung. Das Anwachsen alter, vor allem aber modernisierter rassistischer Bewegungen und Ideologien, die Reaktivierung kultureller Feindbilder und fremdenfeindlicher Ressentiments und die Politisierung der Einwanderungs- und Ausländerpolitik zum innenpolitischen Hauptthema ist ohne diesen Wandel nicht zu verstehen. Die Einwanderungs- und Ausländerpolitik ist heute nicht lediglich von Kalkülen der ökonomischen Ausbeutung geprägt, sondern entspringt ebensosehr dem Diktat nationaler Homogenität und kultureller Identität, dem sich praktisch alle westeuropäischen Regierungen verpflichtet sehen.

### Übergang zur rassistischen Tat

Diese Tendenzen sind Ausdruck eines neuartigen europäischen Selbstverständnisses gegenüber Einwanderung, ethnischen Minderheiten und kultureller Differenz, das auf dem strukturell immer vorhandenen Rassismus in den westeuropäischen Gesellschaften aufbaut, die nach 1945 entwickelten Praktiken der Diskriminierung weiterentwickelt und den heutigen Erfordernissen anpaßt. Dabei geht es nicht lediglich um möglichst effektive Abschottung und Verteidigung der eigenen Privilegien. Das Motiv der Durchsetzung eines „europäischen Modells" der Einwanderungs- und Minderheitenpolitik ist ebensosehr ideologischer Natur – denn es geht um die Formierung einer relativ homogenen europäischen Identität.

Als eine „supranationale" Identität dient sie zugleich als „ideologischer Kitt" wie Legitimation der Vertiefung der europäischen Integration und ist damit eine unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren und den Zusammenhalt eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von über 340 Millionen Menschen. Dabei will dieser europäische „Nationalismus" den nationalstaatlichen keinesfalls ersetzen oder aufheben, sondern stellt lediglich eine Erweiterung dar, ähnlich wie der britische den schottischen Nationalismus nicht ersetzt oder der spanische nicht den katalanischen.

Damit reicht die *Kultur der Abschreckung* weit über das hinaus, was bislang innerhalb der kritischen Europadiskussion vor allem unter dem Begriff der „Wohlstandsfestung" thematisiert wurde. Dazu gehört ebensosehr die Renaissance der nationalen Priorität in der westeuropäischen Politik, die den Boden für die Erfolge der organisierten wie unorganisierten Fremdenfeindlichkeit bereitetet. Dazu zählen auch die Wiederkehr rassistischer Feindbilder und Stereotypen ebenso wie die Verschärfungen der einwanderungs- und minderheitenpolitischen Instrumentarien. Dies bedeutet, daß Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zwar in Europa über eine jahrhundertelange Tradition verfügen, keineswegs aber zu den natürlichen Regungen der menschlichen Psyche gehören, wie zu allen Zeiten Wissenschaftler, Intellektuelle und Politiker, die recht gut damit leben konnten, behauptet haben und behaupten. Rassismus als Ideologie und als alltägliche wie institutionelle Praxis verfolgt immer konkrete materielle wie immaterielle Zielsetzungen. Die politisch-öffentliche Sanktionierung ist unabdingbare Voraussetzung seiner Reproduktion.

Nicht nur in Deutschland, mit abgestufter Intensität ist seit Mitte der 80er Jahre überall in Westeuropa ein massenhafter „Übergang zur rassistischen Tat" (Etienne Balibar) festzustellen. Mitte der 80er Jahre waren es vor

allem die Erfolge rechtsextremer Parteien, die das Aufsehen der europäischen Öffentlichkeit erregten und zum Gegenstand einer Untersuchung des Europäischen Parlaments gemacht wurden. Heute sind diese nicht nur fester Bestandteil der westeuropäischen Parteienlandschaft. Der wachsende Einfluß ihrer Programme auf die Politik der „gemäßigten" Regierungen und Parteien und vor allem die Explosion rassistischer Gewalt sind die wohl auffälligsten Entwicklungen eines zunehmend flächendeckenden europäisierten Rassismus und Faschismus. Ein zweiter Bericht des Europaparlaments, der 1990 vorgelegt wurde, trägt in der englischen Übersetzung den bezeichnenden Titel „Fascist Europe".

1992 hat dieses „faschistische Europa" laut einer Studie der britischen „Campaign Against Racism and Fascism" im Westen mehr als 50 Menschen das Leben gekostet. Registriert wurden 25 Todesopfer in Deutschland, elf in Frankreich, acht in Großbritannien, je vier in Belgien und Italien, drei in den Niederlanden und je zwei in Dänemark und Spanien. Aus diesen nackten Zahlen wird deutlich, daß das Anwachsen des Rassismus zwar ein Phänomen darstellt, welches alle westeuropäischen Länder kennzeichnet, aber daß das wiedervereinigte Deutschland eine Spitzenstellung in der rassistischen Terrorstatistik einnimmt, die nicht aus den Augen verloren werden darf. Die Explosion der rassistisch motivierten Gewalt in Deutschland nach 1990 ist ohne Vergleichsbeispiel und hält weiterhin an.

## Wesentlicher Unruheherd BRD

Auch in einem Bericht über die weltweite Entwicklung des Antisemitismus, den das Londoner Institute of Jewish Affairs im Sommer 1993 herausgab, wird die besondere Qualität der rassistischen Gewalt in Deutschland und deren Wirkung auf andere europäische Länder hervorgehoben. So wird Deutschland nicht nur als einziges westeuropäisches Land im Zusammenhang mit wachsendem Antisemitismus in die Kategorie „wesentlicher Unruheherd" eingeordnet. Die deutsche „Asyldebatte" wird außerdem als Beispiel genannt, wie rassistischen Gewalttätern durch die Regierungen die Hemmungen genommen und ihre Taten legitimiert werden.

Das Londoner Institut vermerkt: *„Die Regierungen behaupten, daß die Maßnahmen, mit denen die Zahl der nach Westeuropa einwandernden Immigranten und Asylbewerber begrenzt werden soll, auch dazu beitragen, das Anwachsen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu verhindern. Aber viele Beobachter argumentieren – mit Verweis auf solche Ereignisse wie in Solingen – daß solche Maßnahmen nur fremdenfeindliche Gefühle nähren, rechtsextremen Gruppen Legitimität verschaffen und insgesamt das Klima der Intoleranz, das in Europa immer mehr vorherrscht, verschärfen. Wenn das der Fall ist, werden Äußerungen des Antisemitismus (...) voraussichtlich zunehmen."*

Die Renaissance des Rassismus in Europa ist kein gesellschaftliches Randphänomen, sondern eher eine politische und soziale Oberflächenerscheinung der *Kultur der Abschreckung*, die alle Bereiche des öffentlichen und staatlichen Lebens durchdrungen hat und die Folge einer veränderten Wahrnehmung und eines gewandelten staatlichen Umgangs mit Einwanderung und ethnischen Minderheiten darstellt.

## Der Fremde als Problem

Das zentrale Kennzeichen dieser veränderten Situation besteht darin, daß Einwanderung und die Präsenz ethnischer Minderheiten nicht mehr als ein aus ökonomischen Gründen hinzunehmendes Übel, sondern als umfassendes „Problem" für Gesellschaft und Nation interpretiert wird. In diesem Zusammenhang ist in den letzten Jahren, forciert durch die Ereignisse von 1989 und die Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses, an die Stelle der national recht unterschiedlichen einwanderungs-, ausländer- und minderheitenpolitischen Praktiken ein neues und zunehmend europäisiertes Regime der Regulation von Einwanderung getreten, das nicht nur weitaus restriktiver gestaltet ist, sondern das auch eine andere Zielsetzung verfolgt: Zwar liegen nach wie vor ökonomische Ziele der Diskriminierung und Benachteiligung von Einwanderern und ethnischen Minderheiten zugrunde, aber vor dem Hintergrund veränderter sozioökonomischer und demographischer Bedingungen prägt das Ziel der Abschreckung mehr und mehr den Umgang mit Migration und Einwanderung in Politik und Öffentlichkeit.

Aus dem weitgehend entpolitisierten und vor allem marktwirtschaftlich vermittelten Umgang mit (Arbeits-)Migration ist ein politisch wie ideologisch hochaufgeladenes „Einwanderungsproblem" geworden, an dem sich die Zukunft der westeuropäischen Gesellschaften zu entscheiden scheint und an dessen „Lösung" heute konservative wie sozialdemokratische Regierungen, „extreme" wie „gemäßigte" Parteien und Nationalisten wie Anhänger der multikulturellen Gesellschaft gleichermaßen arbeiten. Das „Einwanderungsproblem" ist zum bevorzugten Thema des westeuropäischen Nationalismus geworden, der heute häßliche Urstände feiert, sei es in Form des „little Englandism" oder – sich keineswegs ausschließend – in der eines „Euronationalismus".

Die Politisierung des Einwanderungs- und Minderheitenthemas ist aber nicht zu erklären, wenn sie nicht in einen Zusammenhang gestellt wird zu dem seit 1945 beispiellosen Einfluß des kulturalistischen bzw. modernisierten Rassismus auf die Politik der westeuropäischen Staaten. Dieser geht weit über die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien hinaus, welche eher Folge denn Wirkung einer „nationalen Priorität" in der Politik darstellen, die die ideologische Entwicklung fast aller westeuropäischen Staaten in den 80er Jahren kennzeichnet.

So war der Beitritt der südeuropäischen Staaten zur EG und zum Schengener Abkommen mit der Einführung spezieller 'Ausländer- und Asylgesetzgebungen' verbunden, die sich an den restriktiven Regelungen der reicheren nordeuropäischen Länder orientierten. Dadurch entstand in Spanien, Italien oder Portugal praktisch aus dem Nichts ein 'Ausländerproblem'. Einmal durch die nationale Politik illegalisiert und kriminalisiert, folgte dann Anfang der neunziger Jahre ein Anstieg rassistischer Gewalt und Ideologie stehenden Fußes. Ein anderer Aspekt der Durchsetzung der „nationalen Priorität" in Europa stellt die Aufweichung des relativ liberalen *ius soli*-Prinzips in der Vergabe der Staatsbürgerschaft dar. Kennzeichnete dieses Prinzip, nach dem allen im Land geborenen Menschen automatisch die jeweilige Staatsbürgerschaft zugestanden wurde, bis vor einigen Jahren z. B. die Praxis in Großbritannien, Frankreich oder Spanien, so haben diese Länder allesamt restriktivere Regelungen eingeführt und eifern heute eher dem deutschen Abstammungsmodell nach.

Zusammenfassend lassen sich folgende Elemente der *Kultur der Abschreckung* in Europa skizzieren: Das Ziel ist weniger ein ökonomisches Regime der Ausbeutung, sondern die Herstellung bzw. Stärkung nationaler, ethnischer und kultureller Identitäten in der EU und seinen Mitgliedsstaaten. Dies geschieht nicht zuletzt durch die Instrumente Einwanderungs- und Einbürgerungspraxis, die in den letzten Jahren in allen Ländern verschärft wurden. Im Innern ist die Kultur der Abschreckung verbunden mit einer in der Nachkriegszeit unbekannten Stigmatisierung, Illegalisierung und Kriminalisierung von Flüchtlingen und „Nicht-EU-Ausländern" mit der europaweiten Einführung und Verschärfung von „Ausländer- und Asylgesetzen". Nach Außen wurde ein nahezu perfektes System der Abschottung entwickelt (v.a. durch die Abkommen von Schengen und Dublin), das an den Grenzen der EU nicht haltmacht, sondern die südlichen und östlichen Nachbarstaaten auch gegen deren Widerstand einbezieht.

Die *Kultur der Abschreckung* ist das getreue Abbild einer „neuen Weltordnung", die sich wie nie zuvor seit 1945 an den alten imperialistischen und rassistischen Mythen und Denkvorstellungen von europäisch-westlicher Zivilisation und Vorherrschaft orientiert, wenn auch in anderer Rhetorik.

**Eckard Voß**

**Eckhard Voß** ist Herausgeber und Mitautor des Sammelbandes **Kultur der Abschrekkung: Europa zwischen Rassismus im Innern und Abschottung nach außen** (Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1994, 25,00 DM)

# Illegalisierung der Unerwünschten

## Das Schengener Abkommen ist grenzenlos exklusiv

**Am 26. März ist das Schengener Abkommen ein Jahr in Kraft. Während der zehn Jahre zwischen Unterzeichnung und Umsetzung dieses Vertrages galt es als das wichtigste Instrumentarium zur Errichtung der *„Festung Europa"*[1], das heißt zur Abschottung vor MigrantInnen. Es wurde befürchtet, daß die europäischen Außengrenzen zu unüberwindlichen Hindernissen werden könnten.**

Doch nach wie vor gelangen Flüchtlinge nach Europa, die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist auf dem selben Niveau wie Ende der 80er Jahre und die Zahl derjenigen, die ohne Aufenthaltsstatus, also illegalisiert, in Europa leben, ist in den letzten Jahren vermutlich gestiegen. Didier Bigu vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat mutmaßt daher, daß *„die Grenzen (...) als Kategorie der Sicherung an Bedeutung"* verlören. *„An ihre Stelle (trete) die innerstaatliche Überwachung entlang dem Kriterium 'Ethnizität'"*[2].

Eine eindeutige Beantwortung der Frage nach den Folgen von Schengen ist nicht möglich. Wohl aber lassen sich klare Tendenzen festmachen, die die europäische Asyl- und Migrationspolitik umschreiben:

Das Schengener Abkommen ist zum einen Teil eines umfassenden europäischen Vertragswerks, zu dem die Maastrichter Verträge selbst sowie das Dubliner Abkommen genauso zu zählen sind wie die zahlreichen bilateralen Verträge, Rücknahme- und Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten. Erst in der Gesamtheit wird der massive Abschottungscharakter gesamteuropäischer.Migrationspolitik deutlich.

In der Umsetzung ergänzen sich zum anderen innere und äußere Kontrolle: Die äußere Abschottung geschieht durch verschärfte Grenzkontrollen und Verträge mit den angrenzenden Staaten. Die innere Überwachung ist durch die „Harmonisierung" des Asylrechts gewährleistet, die sowohl Lagerunterbringung und Abschiebehaft vereinheitlicht als auch verkürzte Verfahren, die „Drittstaatenregelung" und die Festlegung angeblich sicherer Herkunftsländer. Im Zentralcomputer des Schengener Informationssystems (SIS) werden die Daten der MigrantInnen gespeichert und sind für die Behörden der Schengener Mitgliedstaaten abrufbar.

### Verträge und Abkommen

Die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich und die BRD hatten das Schengener Abkommen bereits 1985 unterzeichnet, in Spanien und Portugal ist es inzwischen auch ratifiziert. Italien, Griechenland und Österreich haben es unterschrieben, aber noch nicht umgesetzt, die Schweiz und die skandinavischen Länder stehen in Verhandlung. Darüber hinaus wird seit Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union am 1. Januar 1993 am „dritten Pfeiler" des Maastrichter Vertrages, der gemeinsamen Innen- und Justizpolitik, gearbeitet. Dafür *„besitzt der Schengener Prozeß Modellcharakter"*[3], d.h. eine Ausweitung auf alle Staaten der Europäischen Union steht bevor.

Im wesentlichen umfaßt das Abkommen drei Bereiche: Der Wegfall der Binnengrenzen zwischen den Unterzeichnerstaaten, der Aufbau einer gemeinsamen Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik sowie die Installation eines gemeinsamen Polizei- und Überwachungssystems. Dazu ist ein perfides Kontrollsystem für MigrantInnen geschaffen worden. *„3,5 Millionen Ausschreibungen im Schengener Informationssystem (SIS) nach gesuchten Personen und Sachen und allein in Deutschland über 6000 darauf basierende Fahndungsaufgriffe, zirka 200 erfolgreiche Observations- und Nacheileaktionen über die Landesgrenzen im Schengener Binnenraum"*[4] lautet die Erfolgsmeldung für die ersten sechs Monate.

Die Maastrichter Verträge sind in bezug auf die Asylpolitik insofern von Bedeutung, als sie die sogenannte Harmonisierung des Asylrechts innerhalb der Europäischen Union beinhalten. Die gesetzlichen Grundlagen wurden inzwischen weitgehend vereinheitlicht. Die Umsetzung erfolgt in Euro-Norm: Erstkontrolle an Grenzen und Flughäfen, Internierung in Sammellagern, Durchführung von Asyl-Schnellverfahren mit stark eingeschränktem Widerspruchsrecht, Einführung von Abschiebeknästen und erste gemeinsame Abschiebemaßnahmen. EU-weit gilt die „Drittstaatenregelung", die Kernpunkt des Dubliner Abkommens der Staaten der Europäischen Gemeinschaft vom Juni 1990 ist. Darin heißt es: *„Jede Vertragspartei behält sich das Recht vor, (...) einen Asylbegehrenden nach Maßgabe ihres nationalen Rechts und unter Berücksichtigung ihrer nationalen Verpflichtungen in einen Drittstaat zurück- oder auszuweisen."* Diese Maßgabe des nationalen Rechts ist i.d.R. das Asylrecht. Die Drittstaaten mußten daher zu „sicheren" erklärt werden, wobei diese Definitionen je nach nationalem Interesse variieren. Während die BRD kurzerhand alle Nachbarstaaten zu solchen Aufnahmedrittländern erklärte und damit einen legalen Zuzug auf dem Landweg unmöglich machte, sehen neueste Gesetzesinitiativen in Großbritannien beispielsweise vor, die ehemaligen Kolonien und daher Hauptherkunftsländer Indien und Pakistan als verfolgungsfreie Gebiete festzulegen.

Neben diesen innereuropäischen Verträgen spielen die bilateralen Verträge mit den genannten Drittstaaten eine wichtige Rolle. Sie sind Bestandteil des Systems zur äußeren Abschottung.

### Die Festung

Die Außengrenzen der Europäischen Union sind zunehmend militärisch gesichert. Schon auf dem afrikanischen Kontinent, um Ceuta, die spanische Stadt in Marokko, wird die Grenze mit Stacheldraht, Scheinwerfern und Kameras gesichert. Vor Gibraltar patrouillieren Schiffe der Grenzschützer und an der Südküste Spaniens geht die Guardia Civil gegen die des illegalen Grenzübertritts bezichtigten Flüchtlinge vor. Ähnlich ist das Bild an der deutsch-polnischen Grenze. Mit Hubschraubern, Infrarot-Nachtsichtgeräten und neuen Schnellbooten sollen Oder und

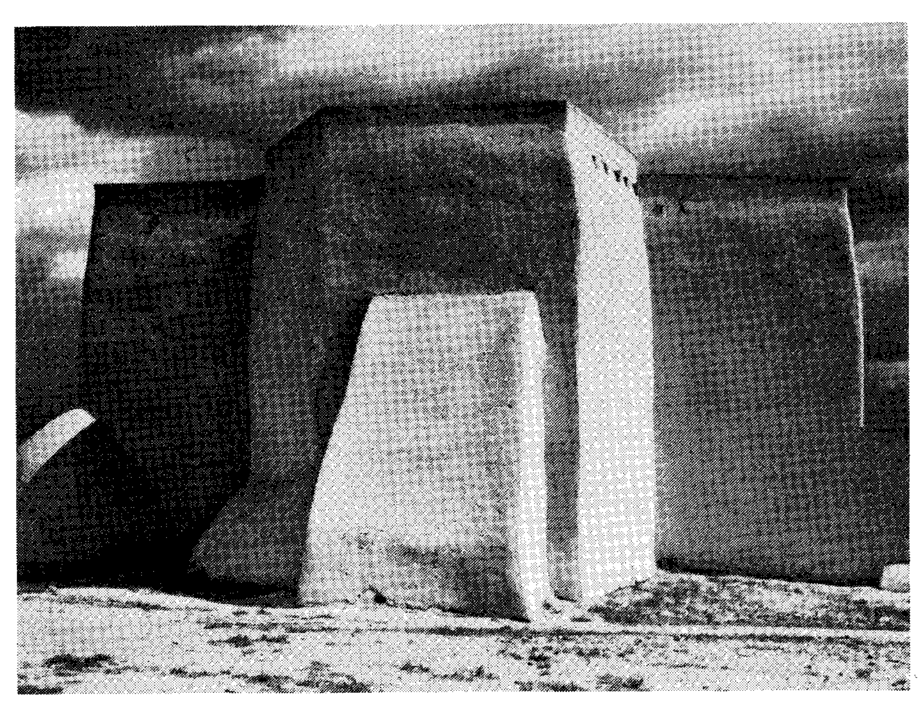
Neiße abgeriegelt werden. Dem Bundesgrenzschutz wurden *„4000 Hilfspolizisten, sogenannte Grenzschutzunterstützungskommandos zugeteilt"*[5]. Hunderte von Flüchtlingen sind in den Flüssen und Meeren um Europa bereits ertrunken.

Die niederländische Organisation „UNITED for intercultural action" dokumentiert die Todesfälle und versucht damit, eine Kampagne gegen die europäische Abschottungspolitik zu initiieren. 233 Flüchtlinge sind danach von 1993 bis zum 8. 2. 1996 bei der Flucht ertrunken, in Containern erstickt, von Grenzschützern erschossen worden oder haben sich in Abschiebeknästen umgebracht. Wesentlich mehr Tote wurden wahrscheinlich nie registriert, weil die Behörden und der Grenzschutz Zwischenfälle verschweigen. So wurde ein Fall öffentlich, als die angeschwemmte Leiche eines Flüchtlings zurück in die Oder geworfen wurde, um Aufsehen und Kosten zu vermeiden. Bei vielen anderen verliert sich die Spur nach der Abschiebung.

Um die aufgegriffenen Flüchtlinge postwendend wieder abschieben zu können, wurden mit den Nachbarstaaten sog. Rücknahmeabkommen geschlossen. Bei der Mittelmeerkonferenz Ende November 1995 verpflichteten sich die Mittelmeer-Anrainerstaaten der Europäischen Union zur Rückführung illegal eingewanderter Flüchtlinge. Ähnliche Verträge existieren zwischen den Schengen-Ländern und den osteuropäischen Staaten.

Problematisch ist, daß die Drittstaaten die Wiedereinreise häufig verweigern oder aber keine effiziente Infrastruktur für Asylverfahren, Internierung und Abschiebung besitzen. Dabei sind die Rücknahmeabkommen allein wenig wirksam. Die z. B. nach Polen zurückgeschobenen Flüchtlinge konnten sich dort eine Zeitlang durchschlagen und dann erneut versuchen, in den Westen zu gelangen. Erst mit einem bilateralen Abkommen zwischen Polen und Deutschland im Mai 1993 wurde die Grundlage zur Flüchtlingsabwehr geschaffen. Darin ist die Rücknahme der MigrantInnen verbunden mit 120 Millionen Mark Finanzhilfe für die ersten zwei Jahre des Aufbaus von Grenzsicherung (incl. Polizei- und Grenzschutzausbildung), Asylverfahren, zentraler Ausländererfassung und Abschiebungen. Wenn auch die polnisch-ukrainische oder die tschechisch-slowakische Grenze nicht unüberwindlich sind und der Aufbau des Abschiebeapparates in den osteuropäischen Staaten noch an deren knappen Finanzen scheitert, so bilden sie doch ein ernsthaftes Hindernis für Flüchtlinge, die diesen Weg nach Europa wählen, weil ihnen der direkte und legale versperrt wird. In zahlreichen Fällen sind Kettenabschiebungen sowohl durch mehrere Staaten der Europäischen Union als auch durch „sichere Drittstaaten" dokumentiert.

Das „European Council on Refugees and Exiles" (ECRE) mit Sitz in London berichtet



**Hermetisch abgeriegelte Festung**

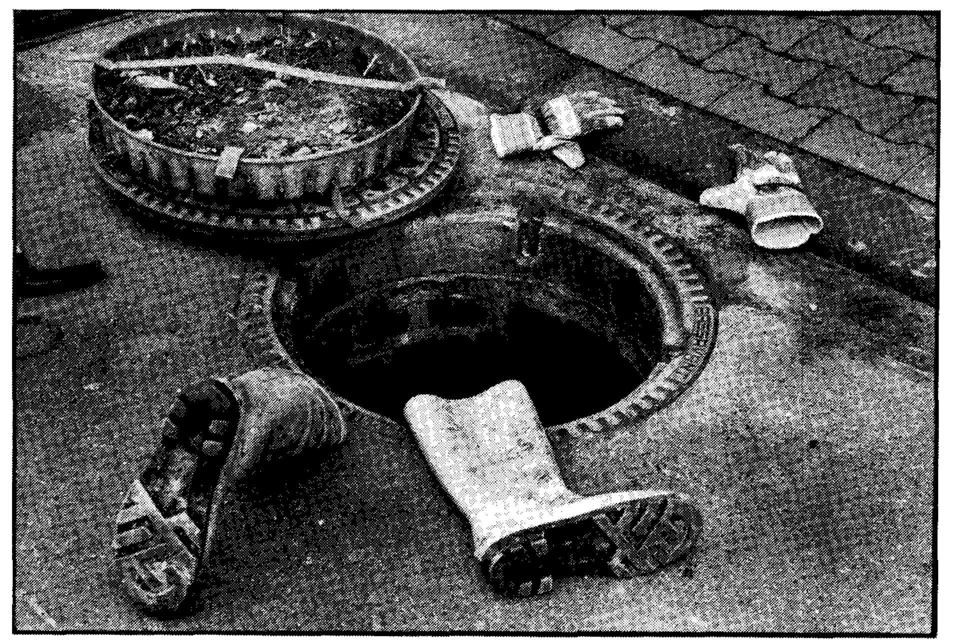
beispielsweise über solche Fälle aus dem Jahr 1994: *„Zwei türkische Kurden (Minderjährige) kamen am 12. Mai auf dem Münchner Flughafen an, wo sie um Asyl ersuchten. Ihre Anträge wurden aufgrund der Drittstaaten-Regelung abgelehnt, da die beiden Asylsuchenden einige Zeit auf dem Flughafen von Rom im Transit verbracht hatten. Sie wurden nach Rom zurücküberwiesen, wo sie um Asyl ersuchen wollten. Nach Aussagen eines Verwandten, der später zu ihnen Kontakt aufnahm, wurden die Asylsuchenden durch die italienischen Behörden an die Türkei ausgewiesen und halten sich nun dort versteckt."* In einem weiteren Fall wird von sechs somalischen Flüchtlingen berichtet, die über die Ukraine, die Slowakische und die Tschechische Republik nach Belgien gelangt und per Kettenabschiebung wieder in die Ukraine gebracht worden seien. Dort habe sich die Spur verloren.

## Illegalisierung

Trotz Grenzüberwachung und rigoroser Abschiebepolitik kommen MigrantInnen nach Europa, da sie ihre Entscheidung zur Flucht primär von der Situation in ihrem Herkunftsland und weniger von der am Zielort abhängig machen. Es hat sich mit der weitgehenden Abschaffung des Asylrechts in Europa und der Begrenzung der legalen Einreise nicht die Lage verändert, daß Flüchtlinge kommen, sondern wie ihre Lebensbedingungen hier sind. Und die haben sich drastisch verschlechtert. Diejenigen, die im Asylverfahren sind, leben in Sammellagern, bekommen keine Sozialhilfe, sondern werden mit Lebensmittelpaketen abgespeist, und können in der Regel weder arbeiten noch sich fortbilden. Daher bleiben viele von Anfang an in der Illegalität, andere tauchen nach der Ablehnung des Schnellverfahrens unter. Hunderttausende so Illegalisierte sollen laut SPIEGEL[6] in Deutschland leben. *„Bis zu 800.000 'clandestini' sollen es in Italien sein, fast eine Million in Frankreich. Rund 300.000 Migranten ohne Papiere vermuten Behörden in Tschechien. Sogar in kleinen EU-Staaten wie den Niederlanden und Österreich kalkulieren Experten mit jeweils einer Viertelmillion."*

Solange es kein legales Niedriglohnsystem gibt, scheint jedoch ein gewisses Kontingent an ArbeiterInnen ohne Papiere geduldet zu werden. Zwar gibt es Razzien an Bau- und anderen Arbeitsstellen, nach denen MigrantInnen abgeschoben und die Unternehmer mit geringen Geldbußen abgestraft werden, aber im jetzigen Berliner Bauboom oder zu Erntezeiten in der Landwirtschaft sind die Kontrollen eher selten. Erst seit sich legaler Ersatz für die Billigarbeit anbahnt, gibt es eine Diskussion um die „Schwarzarbeit" am Bau. Polnische ArbeiterInnen können mit einem Arbeitsvisum zeitlich begrenzt in Deutschland arbeiten, und im EU-Land Portugal ist das Lohnniveau ebenfalls sehr niedrig. Verträge mit Billiglohn-Nachbarländern sichern einigen europäischen Staaten billige Arbeitskraft. Was Polen und Tschechien für Deutschland sind, soll beispielsweise Albanien für Italien werden: Politischer Einflußraum und bei Bedarf eine Art Arbeitskräfte-Pool. Geplant sei die Errichtung italienischer Militärbasen in Albanien und, quasi als Gegenleistung, die Erlaubnis für AlbanerInnen, in Italien zu arbeiten.[7]

Dadurch wird ein Einwanderungssystem geschaffen, das auf Hierarchien aufbaut. MigrantInnen, die einen dauerhaften Aufenthaltstitel bekommen, z.B. Aussiedler aus Osteuropa, anerkannte Flüchtlinge oder über Einwanderungsgesetze immigrierte, haben zumindest theoretisch Zugang zum „weißen" Arbeitsmarkt. Diejenigen, die im



**Abgetaucht in die Illegalität**

Asylverfahren stehen, dürfen nur Arbeit annehmen, für die weder Deutsche noch EU-AusländerInnen gefunden werden. Der „graue" Arbeitsmarkt über Subunternehmen, in ungesicherten Stellungen und in Saisonarbeit wird durch ArbeitsmigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten besetzt. Für die illegalisierten Flüchtlinge bleibt schließlich nur der „Schwarz"-Arbeitsmarkt, völlig ohne soziale Absicherung, kriminalisiert und weit unterbezahlt. Illegalisierte leben daher häufig in einer doppelten Abhängigkeit: Der Druck, für Minimallöhne zu arbeiten oder sich zu prostituieren, wird durch die drohende Abschiebung erst ermöglicht. Legalisierung und Einwanderungsgesetze könnten diesen vielstufigen Arbeitsmarkt nur gefährden. Es ist daher naheliegend, daß die völlige Abschottung von vielen gar nicht gewünscht ist, selbst wenn sie technisch durchsetzbar wäre. Angestrebt wird vielmehr eine weitgehende Kontrolle der Migration.

## Kontrolle

Zwei Instrumente des Schengener Systems setzen bereits an der Verhinderung einer Einreise an: Die Visumpflicht und die Flughafenregelungen. Die Unterzeichnerstaaten haben inzwischen eine gemeinsame Liste visumpflichtiger Staaten, die 127 Länder umfaßt. Damit ist eine weitere Kontrolle und Begrenzung an den Botschaften und Konsulaten in den Herkunftsländern möglich. Wer kein Visum bekommt, kann nur noch illegal einreisen. An den internationalen Flughäfen schließlich wurden staatenlose Zonen geschaffen, in die MigrantInnen zur Überprüfung verbracht werden, ohne offiziell jemals „europäischen" Boden betreten zu haben. Diese Flughafenräume sind quasi rechtsfrei. Es werden lediglich Vorentscheidungen zur Zulassung zum Asylverfahren und damit zur Einreise getroffen. In Deutschland haben Flüchtlinge lediglich direkt am Bundesverfassungsgericht ihre Zulassung zum Asylverfahren durchsetzen können, gerichtliche Klageinstanzen existieren nicht.

Neben der Verhinderung der Einreise ist auch die Erzwingung der Ausreise, die Abschiebung, Mittel zur Steuerung der Migration. Im Juli des vergangenen Jahres wurden dabei erstmals gemeinschaftlich von den Schengen-Staaten Niederlande, Deutschland und Frankreich Flüchtlinge nach Zaire deportiert. Schon dabei zeigte sich, daß Schengen nicht nur Instrument, sondern auch Legitimationshilfe bei Abschiebungen sein kann. Die Niederlande hatten zuvor keine Flüchtlinge in den Folter-Staat ausgewiesen. Die Überbringung nach Frankreich war dann wohl weniger heikel. Bereits wenige Wochen später gab es einen weiteren Charterflug nach Kinshasa, ebenfalls mit „Schüblingen" aus diesen drei Staaten.

Um Abschiebungen in großem Stil, ohne Einzelfallprüfung und langen Gerichtsverfahren, durchführen zu können, wurden mit verschiedenen Herkunftsstaaten Rückübernahmeabkommen vereinbart (nicht zu verwechseln mit den Rücknahmeabkommen, die mit den Transitländern, den „Drittstaaten", abgeschlossen wurden). Mit Rumänien, Kroatien, Bulgarien und Vietnam existieren bereits solche Verträge, weitere mit Algerien, Pakistan, Sri Lanka und einigen GUS-Staaten sind geplant. Ein Prinzip, das im vergangenen Jahr bei der Abschiebung sudanesischer Flüchtlinge in ihr Herkunftsland praktiziert wurde, manifestiert sich in diesen Abkommen: Die Legitimation für die Abschiebungen wird in einer Abmachung gesucht, in der der Verfolgerstaat für die Sicherheit der vor ihm Geflohenen eintritt. Mit dieser Logik können Rückübernahmeabkommen mit allen Staaten getroffen werden, denn kaum ein Regime wird sich selbst der Menschenrechtsverletzungen bezichtigen.

Voraussetzung der reibungslosen Abschiebungen ist der sichere Zugriff auf die abzuschiebenden Flüchtlinge. Die Internierung in Lagern während des Asylverfahrens und die Inhaftierung in Abschiebeknästen nach Ablauf des Aufenthaltsrechts erlauben eine weitgehende Kontrolle der MigrantInnen. Dieses in den letzten Jahren in Deutschland erprobte Kontrollsystem wird inzwischen auch in anderen EU-Staaten praktiziert. Durch die Isolierung wird den MigrantInnen überdies die Möglichkeit genommen, durch soziale Kontakte Unterstützung zu erhalten. Erkennungsdienstliche Behandlung, Erfassung im Computer des Schengener Informationssystems und verstärkte Polizeikontrollen lassen auch den Zugriff außerhalb der Lagermauern immer leichter zu. Dieses System innerer und äußerer Kontrolle nimmt bereits ein Jahr nach Inkrafttreten des Schengener Abkommens beängstigend perfekte Formen an.

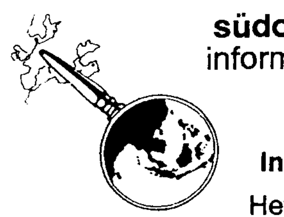
**Stephan Günther**

**Anmerkungen:**

1) So auch der Titel eines Blätter-Schwerpunkts 1990
2) Flüchtlingsrat Niedersachsen 27/1995, S. 29
3) Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/96, S. 20
4) Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/96, S. 20
5) Forschungsstelle Flucht und Migration 1995: Polen. Vor den Toren der Festung Europa. S. 40.
6) Nr. 49/1995
7) taz, 21. 11. 95

**Stephan Günther** ist Förster, Journalist und zweiter großer Vorsitzender des iz3w.

südostasien
informationen



50
Jahre
Indonesien

Heft Nr. 4/95

*aus dem Inhalt:*
**Indonesien:**
* **Politische Prozesse**
* **Die Rolle der Streitkräfte in der Politik**
* **Interview mit der Tochter Sukarnos**
* **Pramoedya Ananta Toers ungehaltene Preisrede: Wie gefährlich sind Geschichten?**
* **Unter Freunden: Das deutsch-indonesische Verhältnis**
* **Indonesien aus thailändischer, malaysischer, philippinischer Sicht**

***außerdem:***
- "Alternativer Nobelpreis" für Sulak Sivaraksa (Thailand) und Carmel Budiardjo (London/Indonesien)

Schwerpunkt des nächsten Heftes:
**Asiatische Werte?**

erscheinen vierteljährlich
Einzelheft: 72 S.
Preis: DM 9,-
Doppelheft: 96 S.
Preis: DM 14,-
(zzgl. Porto)
Jahresabonnement:
DM 36,- für Einzelpersonen
DM 72,- für Institutionen

erhältlich bei:
**Südostasien-Informationsstelle**
Bullmannaue 11
D-45327 Essen
Tel.: 0201/830 38-18
Fax: 0201/830 38-19
E-Mailing:
Geonet GEOD:SEAINFO

Konten: Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01) Nr. 30302491
Postgiro Dortmund (BLZ 440 100 46) Nr. 1746-460

# HERRSCHENDE NACHHALTIGKEIT — NACHHALTIGE HERRSCHAFT

## 20. BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN BUKO 16. - 19. MAI 1996 IN HEIDELBERG

Nach nunmehr einem halben Jahrhundert „Entwicklungspolitik" ist der Abstand zwischen „arm" und „reich" größer denn je. Die „Hilfe" des Westens hat in dieser Zeit die Mythen von Fortschritt und Modernität eingeimpft und maßgeblich zur Zerstörung der Lebensgrundlagen im „Süden" beigetragen. Inzwischen verleugnet kein Mensch mehr die Auswirkungen eines auf hemmungslosen N[illegible]rverbrauch gegründeten Industrialisierungsmod[illegible]estlichen Zuschnitts, welch[illegible]sich [illegible]sichtlich nicht auf [illegible]e gan[illegible]elt übertragen läßt. D[illegible] Debatte um nachhaltige Entwi[illegible]lung setzt hier a[illegible] und versucht [illegible] Quadratur des Kreises: Gle[illegible]zeitig [illegible] Sachversta[illegible] sollen [illegible] globalen Umweltpr[illegible] werden, sondern a[illegible] bekämpft, Wohlstan[illegible] ges[illegible] ökonomisch[illegible] Wachs[illegible] [illegible] werde[illegible] Verantwortlichkeit[illegible] [illegible]mweltzerstörungen werden unkenntlich gemacht [illegible] meinsch[illegible]ftet". Herr[illegible]hältnisse [illegible]aum no[illegible] the[illegible]

Mit d[illegible]m Verw[illegible] au[illegible] [illegible]kolo[illegible] und Nachh[illegible]gkeit [illegible] [illegible]tt dessen vornehmlich Aus[illegible]ung neu organisiert. Im Zeichen der Krise müssen die [illegible]de und Privilegien gerettet werden. Nachhaltigkeit ist Teil einer St[illegible]gie, den in[illegible]riellen Kapit[illegible] zu entschlacken und zu effektivieren, ohne dessen naturzerstörenden Kern anzutasten. Es geht nicht darum, lebenswerte Lebensbedingungen zu erdenken und zu leben, sondern Herrschaft nachhaltig ab[illegible]chern. Sachverhalte, die vo[illegible] [illegible]len Bewe[illegible] [illegible] im Zu[illegible]mmenhang th[illegible]matisiert wo[illegible]sind, werden getrennt. Wenn man der herrschenden Nachhalti[illegible] folgt, darf eine „zuk[illegible]nftsf[illegible] [illegible]esellschaft" durchaus [illegible], [illegible] und kapit[illegible] sein. Vollen[illegible] [illegible] werd[illegible] Versprechungen [illegible] Nachhaltig[illegible] [illegible] [illegible]RRs [illegible]ral[illegible] [illegible]ukt[illegible], [illegible] So[illegible] [illegible]sicherung" und [illegible] Lösungen von Konflikte[illegible] [illegible]einige der Strategien, die [illegible] neue Weltunordnung ausmachen [illegible]d täglich die Lebenschancen [illegible]n Milli[illegible] [illegible] verschlechtern. [illegible] d[illegible]ndung [illegible]n Welthandelsorganisation ([illegible]O) wurde neben IWF und Welt[illegible] ein weiteres I[illegible] [illegible] denkende Menschen von diesen realen Entwicklungen abzulenken, ihre Gruppen und Organisationen in herrschende Politikmuster einzubinden und eine breite Akzeptanz für vermeintliche Sachzwänge zu schaffen. Sie füllt die Orientierungslücke, die durch den Niedergang der sozialen Bewegungen nicht nur hierzulande entstanden ist, mit einer neuen Diskussions-, Kongreß- und Gutachtenkultur. Demgegenüber will der BUKO den Blick auf die ungebrochene Wirksamkeit globaler Ausbeutung und Unterdrückung lenken. Es geht uns um das s[illegible]ge Unterfangen, Sexismus, kapitalistische Profitwirtschaft, Unterdrückung von Minderheiten, Rassismus und Naturzerstörung als Zusammenhang zu begreifen und dabei unsere eigene ideologische und praktische Verstrickung in diese Strukturen [illegible] [illegible]. Es geht uns um die E[illegible]wicklung des herrschenden Zivilisationsmo[illegible] auf ökonomi[illegible] [illegible]scher und kultureller [illegible] nicht um dessen Renovierung à la Nachhaltigkeit. Es geht uns um eine neue Handlungsfähigkeit [illegible] herrschaftsfreies Zusammenleben und ein veränderte[illegible] Naturverständnis. Welche Schritte dazu notwendig sind, das wollen wir diskutieren!

## DIE ARBEITSGRUPPEN DES BUKO 20

**AG 1: „Zukunftsfähiges Deutschland"? Die Kritik des BUKO**

Die kürzlich fertiggestellte Studie des [illegible]pertal Instituts erregte in der interessierten Öffentlichkeit ebenso viel Aufmerksamkeit wie die kritische Stellungnahme des BUKO und unsere Aktion anläßlich der erstmaligen Präsentation der Studie am 23. Oktober in Köln. Das Forum dient der Information und Fortführung der Diskussion um Studie und BUKO-Stellungnahme.

**AG 2: Abwicklung des Nordens: Umrisse eines Gegenkonzepts**

„Abwicklung des Nordens als Herrschafts- und Gesellschaftsmodell" versteht sich als radikales Gegenkonzept zur nachhaltigen Entwicklung. Nicht die Modernisierung von Herrschaft und Kontrolle, sondern ihre Zurückdrängung schafft Spielräume für eine andere Entwicklungslogik und für ein anderes gesellschaftliches Naturverhältnis. In der AG soll gezeigt werden,

daß in aktuellen Auseinandersetzungen dieses Gegenkonzept bereits deutlich wird, und über seine Perspektiven und seine Bedeutung für uns diskutiert werden.

**AG 3: Nachhaltigkeit und Politikverständnis**
Zentrales Politikverständnis der Nachhaltigkeitsapostel ist, in die „wichtigen" Bereiche der offiziellen Politik und Wirtschaft vorzudringen und dort Verständnis für die Belange „der" Umwelt zu entwickeln. Eine soziale Bewegung wird in dieser Denkart nur noch als Handlanger zur Durchsetzung berechneter Strategien gebraucht. Wir wollen in dieser AG neben der Darstellung und Kritik des Politikverständnisses der Nachhaltigkeitsdebatte insbesondere nach eigenen Perspektiven jenseits von Lobbyismus und Kampagnenpolitik suchen, welche unsere eigene Lebensrealität miteinschließen.

**AG 4: Kritik aus dem „Süden"**
Parallel zu den Terms of Trade existieren auch Terms of Discourse, die dazu führen, daß sich in der weltweiten Debatte um Sustainable Development nördliche Argumente durchsetzen und die Debatte bestimmen. Im Süden entstehen aber auch Ansätze einer ökosozialen Politik, welche für uns von Bedeutung sein könnten und sich mit einer prinzipiellen Kritik an der Idee des Fortschritts und der Entwicklung verbinden. Wir wollen Gäste einladen und mit ihnen über (gemeinsame?) Perspektiven diskutieren.

**AG 5: Feministische Kritik an der Nachhaltigkeit**
Wie sehen Frauen die Zukunft? In den Visionen des Wuppertal Instituts werden Frauen schlichtweg vergessen. So nicht! Wir wollen die Nachhaltigkeitsdebatte aus unserer Sicht aufgreifen, Kritik üben und eigene Visionen entwickeln. Kurzreferate und Elemente aus der Zukunftswerkstatt helfen dabei.

**AG 6: Subsistenz oder Nachhaltigkeit?**
In der Diskussion um kulturelle Alternativen gibt es zwei Pole: Während die einen die Strukturen moderner Gesellschaften ökosozial „nachhaltig" reformieren wollen, geht es den anderen um den Abbau „patriarchaler Dominanzkultur" und den Aufbau subsistenzorientierter Lebensformen. Wie verhalten sich diese Ansätze zu unseren Lebenswirklichkeiten und welche politischen Perspektiven eröffnen sich?

**AG 7: Nachhaltige Herrschaft - Mitmachen, stillhalten, verweigern - zu den Perspektiven einer solidarischen Praxis und Politik**
Die Debatte um nachhaltige Entwicklung und in der Folge entstandene und entstehende Projekte scheinen neue Möglichkeiten von Politik zu eröffnen. Ist dies so und wie sind diese politischen Aktionsfelder auf dem Hintergrund der Erfahrungen und der Praxis der sozialen Bewegungen einzuschätzen? Wo gibt es sowohl persönlich wie von ihrer politischen Ausstrahlungskraft befriedigende Ansätze einer emanzipatorischen und solidarischen Politik?

**AG 8: Nichtregierungsorganisationen und „Zivilgesellschaft"**
Die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und das Konzept Zivilgesellschaft (ZG) scheinen zu neuen Hoffnungsträgern zu werden. Was wird im gesellschaftlichen „mainstream" unter NGOs und Zivilgesellschaft genau verstanden, welche Hoffnungen verbinden sich damit? Welcher Zusammenhang zwischen NGOs und ZG besteht? Und vor allem: Welches kritische Potential für weitreichende gesellschaftliche Veränderungen läßt sich trotz aller problematischen Verwendung dennoch ausmachen?

**AG 9: Sozialstandards und Sozialklauseln im Fairen Handel mit Agrarprodukten**
Sozialstandards und Sozialklauseln sind gewichtige Themen in der derzeitigen Handelsdiskussion. Anhand konkreter Beispiele des Fairen Handels mit ausgewählten Agrarprodukten wie Bananen, Blumen und Baumwolle sollen die Diskussionen über Sozialstandards in ihrer Vielschichtigkeit dargestellt und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

**AG 10: Patentierte Vielfalt? Biologische Vielfalt, Gentechnik und Patente**
Artenverlust und Patentierungswahn der Gentechnikindustrie bedrohen die biologische Vielfalt. Angesichts der im Juni 1996 in Leipzig stattfindenden internationalen Konferenz zu pflanzengenetischen Ressourcen sollen in der AG insbesondere aktuelle Handlungsmöglichkeiten im landwirtschaftlichen Bereich diskutiert werden.

**AG 11: Illegalisierung und Solidarität**
Trotz „Nachhaltiger Entwicklung" mit ökologischen und sozialen Mindeststandards ist dennoch absehbar, daß die Verwertung menschlichen Lebens unter kapitalistischen Bedingungen weiter vorangetrieben wird. Der weltumspannenden Freihandelszone entsprechen Migrationsbewegungen, die unter der Bedingung von nationalstaatlich kontrollierten Außengrenzen illegalisiert werden. Die AG wird sich mit den Bedingungen von illegal lebenden Menschen in der BRD und in den „Drittstaaten" auseinandersetzen und Formen praktischer Solidarität diskutieren.

**Hinweis: Die AG's 12 - 16 finden nur vormittags statt. Die Diskussionen über Alternativen und Perspektiven der Gegenwehr werden am Nachmittag in den AG's 17 - 20 fortgesetzt.**

**AG 12: Welthandel light: Einführung in die Funktionsweise des Welthandels**
In dieser AG wollen wir der Frage nachgehen, warum es Welthandel überhaupt gibt, wie er sich in den letzten Jahren auf wessen Kosten entwickelt hat, was GATT und WTO für wen gebracht und für wen gekostet haben, ob wir den Welthandel überhaupt wollen und wenn ja unter welchen Bedingungen. Dabei sollen nicht auf akademischem Niveau unverständliche Worthülsen aufgeblasen, sondern allgemeinverständliche Infos gegeben werden.

**AG 13: Standortdebatte - Globale Ausbeutung**
Den Standort sichernd hat die Entsolidarisierung eine neue Dimension erreicht. Das Ausspielen von Belegschaften gegeneinander, die Verlagerung von Verwaltung und Produktion an „profitablere" Standorte sind bisher kaum Diskussionsgegenstand des BUKO gewesen. Wagen wir einen Anfang, denn die Antworten auf diese Politik sind notwendiger Bestandteil internationaler Solidarität.

**AG 14: Sozial - ökologischer Schlußverkauf auf den Binnenmärkten? NAFTA und EU/EG**
Liberalisierung des Welthandels, Abbau von Handelshemmnissen, Bildung von Binnenmärkten wie z.B.

dem EG-Binnenmarkt oder der NAFTA sollen Wohlstand und Gewinne nachhaltig sichern. Und die Wirklichkeit? In der AG sollen die sozialen und die ökologischen Auswirkungen des Welthandels dargestellt und diskutiert werden. Beispiele sind die Maquiladora-Weltmarktfabriken in Mexiko oder die Folgen des EG-Binnenmarktes für unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen.

**AG 15: Der Markt in den Köpfen**
Anstatt die zerstörerischen Auswirkungen des Marktes zu kritisieren, wird bis weit in linksliberale Kreise hinein die Marktideologie unhinterfragt übernommen. Zu verführerisch sind die Versprechungen der Marktpropheten, daß dieser mittels seiner „unsichtbaren Hand" von selbst für „Wohlstand, Fortschritt und Ordnung" sorgt. In der AG sollen die Wurzeln dieses Denkens sowie die Widersprüche und Leerstellen der neoliberalen Ideologie aufgezeigt werden.

**AG 16: Wettlauf der Besessenen - Weltweiter Standortk(r)ampf ohne Alternative**
Die aktuellen Transformationsprozesse in der Weltwirtschaft sollen unter die Lupe genommen werden. Stichworte dabei sind: Veränderungen von Raum- und Zeitdimensionen, der scheinbare Widerspruch zwischen Globalisierung und Regionalisierung, die Entgrenzung der „Dritten Welt" und die Institutionalisierung der GATT-Runden im Rahmen der neugeschaffenen Welthandelsorganisation (WTO).

**AG 17: Der Widerstand gegen die WTO - Einige Länderbeispiele**
Die neue Welthandelsordnung wird vor allem in Ländern der sog. Dritten Welt massive Auswirkungen auf große Teile der Bevölkerung haben. In einigen Ländern - wie Indien und den Philippinen - kam es zu einem massiven Widerstand. Warum gerade in diesen Ländern? Welche gesellschaftlichen Gruppen haben sich daran beteiligt? Wie sieht die Situation jetzt aus? Gibt es konkrete Anknüpfungspunkte für die Solidaritätsbewegung hierzulande?

**AG 18: KonsumentInnenwiderstand/Boykottaktionen**
In den letzten Jahren wurden verschiedene Boykottaktionen betrieben, z.B. gegen Nestlé, Siemens und SHELL. Was sind die Voraussetzungen solcher Aktionen gegen meist globale Konzerne (TNCs), welche verschiedenen Handlungsformen (z.B. Informationsarbeit, Bündnisbildung) gehören dazu, was sind die Schranken (z.B. Anerkennung von TNCs) und Risiken von Boykottaktionen? Ist es ein Nullsummenspiel für die TNCs insgesamt? Dies werden einige Fragen der AG sein.

**AG 19: Weltmarktmonopoly und Widerstand**
Soziale und ökologische Folgen des liberalisierten Welthandels zeigen nachhaltige Wirkungen. Insbesondere die Gewerkschaften stehen mit dem Rücken zur Wand. Flüchtlinge und (illegale) MigrantInnen sind billiges Arbeitsmaterial. Mensch und Natur sind lästige Kostenfaktoren. Die Standortsicherung rechtfertigt fast jedes Sozialdumping, jeden ökologischen Raubbau. In der AG soll von Gegenwehr aus den Maquiladora-Betrieben berichtet werden. Wie kann unser Beitrag zur Diskussion um Standorte und Sozial[illegible] [illegible] Entwicklung und Vernetzung von Gegenwehr aussehen?

**AG 20: Slow statt fast**
Im Mittelpunkt stehen die Fragen: wo, [illegible] wem der hegemoniale Kurs der Freihan[illegible] samt seinen negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen angeknackt werden kann. Konzentrieren wollen wir uns dabei auf verschiedenen Studien, die unter dem Begriff „Entschleunigungsszenarien" (Slow statt fast) subsumiert werden können.

## ZUM ABLAUF DES BUKO 20

**Austausch der Arbeitsgruppen (Sa 10 - 13 Uhr)**
Für den Austausch der Arbeitsgruppenergebnisse haben wir uns für das folgende spannende Verfahren entschieden: Die bestehenden Arbeitsgruppen überlegen sich, was sie den anderen KongreßteilnehmerInnen gerne mitteilen wollen und in welcher Form sie dies tun wollen. Dann teilt sich die Arbeitsgruppe in vier Teilgruppen (A, B, C, D). Jeweils vier Teilgruppen mit dem gleichen Buchstaben bilden eine neue Gruppe und finden sich in einem neuen Raum zusammen. Dann kann der Austausch losgehen. Diese Methode hat den Vorteil, daß alle Arbeitsgruppenmitglieder an dem Austausch beteiligt sind und dieser in kleineren Gruppen erfolgt. Langweilige Referate vor großem Publikum ersparen wir uns so. Um die KongreßteilnehmerInnen aus den übrigen Gruppen zu informieren, besteht die Möglichkeit, schriftliche Arbeitsgruppenergebnisse an einer Wandzeitung vorzustellen.

**Frauen- und Männerplenum**
Am Freitagabend finden ein Frauen- und ein Männerplenum statt.

---

**Anmeldung für den BUKO 20 in Heidelberg, 16.5.-19.5.1996**

**an den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg**

1) Name der Gruppe/Institution . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

2) Anschrift . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

3) Status: ( ) örtliche Basisgruppe; ( ) Institution/Bundesverband; ( ) sonstige/r Teilnehmer/in
4) Mitglied: ( ) ja ( ) nein ( ) Interesse an Mitgliedschaft ( ) Interesse an Mitarbeit

**Bitte meldet euch so schnell wie möglich an, allerspätestens bis zum 26. April 1996!**

# PROGRAMM DES BUKO 20

**Donnerstag, 16.05.1996**
13.00-15.30: Anreise, Anmeldung, Schlafplatzvergabe etc.
15.30-18.00: Kongreß-Eröffnung und Begrüßung; Kurze Vorstellung der Arbeitsgruppen; anschl. Diskussion
18.00-19.00: Abendessen
19.00-21.00: Inhaltlicher Einstieg in die Themenblöcke; Darstellung der Debatte um Nachhaltigkeit und der Diskussion im BUKO; Globalisierung des Welthandels und Nachhaltige Entwicklung
21.00: Mit wilden Scherzen - Rainer Wolf und die sieben Geiseln. Politisch-satirisches Kabarett über uns aufgeklärte Wilde und die fröhliche Herrenmenschlichkeit.

**Freitag, 17.05.1996**
09.00-13.00: Arbeitsgruppen
13.00-16.00: Mittagspause; Medienbörse; diverse Sportangebote (Indiaca, Rudern, Jogging, Fußball)
14.00: Alternativer Stadtrundgang durch Heidelbergs Altstadt
16.00-19.00: Arbeitsgruppen
19.00-20.30: Abendessen
20.30-22.30: Männer- und Frauenplena
22.30: Disco mit Weltmusik

**Samstag, 18.05.1996**
10.00-13.00: Auswertung der Arbeitsgruppendiskussionen in kommunikativen Kleingruppen mit TeilnehmerInnen unterschiedlicher Arbeitsgruppen
13.00-14.30: Mittagspause
13.30: Alternativer Stadtrundgang durch Heidelbergs Innenstadt
14.30-15.00: Rechenschaftsberichte der BUKO-Gremien
15.00-19.00: Inhaltliches Abschlußplenum; evtl. Verabschiedung einer Abschlußerklärung
19.00-20.00: Abendessen
20.00: Der Stein der Greisln. 20 Jahre BUKO - Revue. Rätselhaft! Mit: Basta - Die Band
anschließend: Abtanzen - Disco zu 20 Jahre BUKO mit Musik (nicht nur) der letzten 20 Jahre und DJ Tommy
20.00: Workshop zu den Maquiladora-Industrien

**Sonntag, 19.05.1996**
10.00-13.00: Wahl der politisch verantwortlichen Gremien und der Seminarthemen; Festlegung von Thema und Ort des BUKO 21
13.00: Verabschiedung; Mittagessen; Aufräumen und Abreise

- Die Medien - und Aktionsbörse findet zentral im Kongreßgebäude während der Mittagspausen am Freitag und Samstag statt. BUKO-Mitgliedsgruppen und Heidelberger Inis zahlen keine Standgebühr. Ansonsten beträgt die Standgebühr max. 100.- DM.
- Zur Anmeldung müßt ihr den Anmeldeabschnitt vollständig ausfüllen und den Teilnahmebeitrag (80 DM für TeilnehmerInnen aus den BUKO-Mitgliedsgruppen, 110 DM für alle anderen) im voraus auf das Konto des BUKO überweisen: Evangelische Darlehensgenossenschaft eG. Kiel, Konto 234 389, BLZ 210 602 37. Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppe deutlich an. Teilnehmen am BUKO kann jedeR, die/der die Teilnahmegebühr bezahlt hat, wobei allerdings nur Delegierte der Mitgliedsgruppen stimmberechtigt sind. Informationen über die Modalitäten der Mitgliedschaft im BUKO könnt ihr bei der Geschäftsstelle erfragen.



## BITTE BEACHTEN

- Anmeldeschluß ist der 26.4.96. Meldet euch bitte frühzeitig an, um uns die Planung zu erleichtern und damit ihr das Vorbereitungsheft noch rechtzeitig in die Hand bekommt.
- Falls ihr Kinderbetreuung während des Kongresses benötigt, bitte auf dem Anmeldeschnipsel vermerken.
- Bitte nehmt vorsichtshalber Schlafsack und Isomatte mit. Geschirr ist vorhanden.
- Fahrtkosten werden auf Antrag teilweise erstattet.
- Der BUKO 20 wird gefördert vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der EKD durch den ABP.
- Termin und Ort: Der BUKO 20 findet vom 16.-19.5.96 im Karlstorbahnhof, Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg statt. Tel.: 06221/978929.

---

5) Zum BUKO 20 melden wir an (Name, Anschrift, Telefon). Schlafplätze nötig für (bitte ankreuzen):

1. ........................................ Interesse an AG .......................... Do Fr Sa So
2. ........................................ Interesse an AG .......................... Do Fr Sa So
3. ........................................ Interesse an AG .......................... Do Fr Sa So

6) **Mitfahrgelegenheit** (bildet Fahrgemeinschaften!):
( ) ich biete ( ) ich suche Mitfahrgelegenheit für .... Personen. Tel.-Nr. ......................

7) Wir benötigen **Kinderbetreuung für** .......... Kinder im Alter von .......... Jahre .... am Do Fr Sa So

8) ( ) Wir möchten an der Medienbörse teilnehmen.

9) **Teilnahmegebühr von 80,- DM/ 110,- DM pro Person am ................ überwiesen.** **Datum/Unterschrift** ..........................

# Illegal angeschafft – legal ausgeschafft

*„Wir erzählen ihnen immer, daß wir nicht mit der Polizei zusammenarbeiten, daß wir wissen, daß sie illegal arbeiten und daß uns das nicht interessiert."* Wiltrut Schenk arbeitet bei der Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten in Charlottenburg, Berlin. Die MitarbeiterInnen der Beratungsstelle gehen regelmäßig in Bordelle und Bars, suchen den Kontakt zu Prostituierten und laden sie in die Beratungsstelle ein.
Grundlage ihrer Arbeit ist das Bundesgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, nach dem Menschen *„mit häufig wechselndem Geschlechtsverkehr"* dazu berechtigt und verpflichtet sind, sich vom Gesundheitsamt beraten und betreuen zu lassen. Für die sechs Beratungsstellen in Berlin beschränkt sich *„Verhinderung von Geschlechtskrankheiten"* nicht auf die Gesundheitsvorsorge. Sie kümmern sich auch um die sozialen Bedingungen der Prostituierten, unterstützen sie bei Gewalt und Erpressung durch Zuhälter und Freier. In diesem Zusammenhang wurde 1989 eine Zufluchtswohnung für thailändische Prostituierte eingerichtet. Seit einigen Jahren haben die Frauen der Beratungsstelle zunehmend auch Kontakt zu osteuropäischen Prostituierten, die in Berlin arbeiten.

**Wie kommen die Frauen aus Osteuropa nach Deutschland in die Prostitution?**

Im Dezember 1990 fing die Ost-West-Wanderung an. Die meisten kommen durch Anwerber, und die Frauen bezahlen auch dafür. Sie lassen sich also freiwillig anwerben. Andererseits fallen sie auch auf falsche Versprechungen herein und haben dadurch zu positive Vorstellungen vom Leben in der BRD, aber das ist eine andere Geschichte. Die meisten haben jemanden, der sie hierher bringt und hier einen Arbeitsplatz beschafft. Und die Schlepperpreise werden immer höher. Einige haben schon vorher als Prostituierte gearbeitet. Wir haben 1995 festgestellt, daß immer mehr Frauen aus der Ukraine, den Baltischen Republiken, aus der Tschechischen Republik, aus der Slowakei, Weißrußland, Rußland kommen. Die Frauen, die direkt aus der ehemaligen Sowjetunion kommen, haben hier fast alle erstmals Prostitutionskontakte. Fast alle Frauen aus Osteuropa haben einen Beruf, wenn sie nach Berlin kommen: sehr viele Lehrerinnen, eine Ärztin, viele studierte Leute, die zuhause kein Geld mehr verdienen und hier zur Prostitution kommen, weil sie keinen anderen Weg sehen. Viele haben uneheliche Kinder.

**Welchen legalen Status haben die Frauen?**

Wenn sie als Touristinnen kommen, haben sie als Aufenthaltsstatus einen legalen Status für drei Monate. Der Arbeitsstatus ist jedoch generell illegal. Schätzungsweise 50 % der Frauen kommen auch illegal. Polinnen brauchen allerdings für drei Monate überhaupt kein Visum, sind also legal hier, aber was sie tun, ist illegal. Abgesehen davon, daß Prostitution generell als Arbeit nicht anerkannt wird, wäre es auch Schwarzarbeit.

**Was bedeutet das für ihre Arbeitsbedingungen?**

Das bedeutet, daß die schlechtesten Arbeitsplätze Frauen vorbehalten sind, die hier nicht arbeiten dürfen. Es gibt Salons, in denen die Frauen gut verdienen und gute hygienische Bedingungen haben. Diese Salons oder Bars nehmen keine illegalen Frauen, weil das immer Razzien nach sich zieht. Das haben die Besitzer nicht gerne, weil es die Freier vertreibt.

**Kennen die Frauen vorher die Arbeitsbedingungen, die sie hier erwarten?**

Wir kriegen häufig mit, daß die Arbeitsbedingungen nicht bekannt waren, wobei wir schätzen, daß die Hälfte der Frauen, die nach Berlin kommen, weiß, was sie hier tun. Was die Frauen nicht wissen, ist, daß Prostitution für sie verboten ist. Außerdem wissen sie nicht, wieviel sie verdienen. Mit den 1.000 DM, die sie hier eventuell im Monat verdienen, und womit sie zuhause über einen längeren Zeitraum ihre Existenz sichern könnten, können sie höchstens die Ausgaben für Wäsche waschen, Essen und Miete für das Zimmer im Bordell decken. Das wurde ihnen vorher nicht gesagt. Auch nicht, daß sie in Abschiebehaft kommen können, welche hygienischen Bedingungen hier herrschen, welche sexuellen Praktiken hier üblich sind.
Einige kehren nach einiger Zeit zurück, total frustriert. Einige überwinden das und wollen soviel Geld zusammenkriegen, wie es geht, ohne bei einer Razzia aufgegriffen zu werden. Gleichzeitig ist es so, daß die Frauen nur legal in Deuschland bleiben können, wenn sie heiraten, so daß sie anfangen, Männer zu suchen.

**Wie oft gibt es Razzien und welche Wirkungen haben sie?**

Es gibt Salons, in denen viele Illegale arbeiten, wo jedoch trotzdem wenige Razzien stattfinden, obwohl die Kripo das weiß. Und dann gibt es Gegenden, in denen alle vier Wochen eine Razzia ist. Wenn die illegale Arbeit das einzige Delikt ist, ist auch die Kripo nicht daran interessiert, die Frauen zu vertreiben. Nur wenn andere Dinge wie Menschen-, Drogen-, Waffenhandel dazukommen, werden Razzien gemacht. Offiziell können danach alle Frauen in Abschiebehaft kommen, manchmal nehmen sie aber keine einzige in Abschiebehaft mit. Wir können nicht genau sagen, nach welchen Regeln die Polizei da vorgeht.
Wenn eine illegale Frau im Puff angetroffen und abgeschoben wird, muß der Puffbesitzer die Abschiebekosten bezahlen. Trotzdem bezahlt sie letztendlich immer die Frau, weil der Puffbesitzer die Rückreisekosten zuerst kassiert und aufhebt, damit er sie bei einer Razzia nicht bezahlen muß. Die Frauen sind immer diejenigen, die alles bezahlen.
Ob die Razzien wirklich stattfinden oder nicht, spielt bezüglich der Angst der Frauen kaum eine Rolle. Es reicht, daß sie gesagt bekommen, was du tust, ist illegal, und wenn die Polizei dich erwischt, passiert was. Wir sagen immer, sie können höchstens in Abschiebehaft kommen, damit sie nicht Angst vor Mißhandlungen durch die Polizei haben. Wir haben mehrere Frauen, das sind keine Einzelfälle, die werden in der Prostitution mißhandelt, vergewaltigt, erpresst, das Geld wird ihnen abgenommen und sie wehren sich nicht, hauen nicht ab, auch wenn sie könnten. Wir haben hier die Erfahrung gemacht, daß sich Frauen erst wehren, wenn sie keinerlei Geld mehr bekommen. Allein das Wort Polizei als Drohung durch den Zuhälter reicht, daß sie sich viel gefallen lassen.

**Was sind die Forderungen für die Situation der Frauen aus ihrer Sicht?**

Was wir uns für Berlin wünschen, ist, daß es für Frauen, die wirklich aussteigen wollen mit Anzeige gegen Schlepper und so weiter, eine Unterkunftsmöglichkeit gibt. Mit den Frauenhäusern ist es sehr schön, es gibt aber immer Sprachprobleme. Außerdem sind die Probleme der Frauen, die sonst ins Frauenhaus gehen, anders als die Probleme der Frauen, die in der Prostitution mißhandelt werden, und es wäre gut, wenn darauf adäquat reagiert werden könnte. Das andere wäre, daß Frauen, die wirklich mißhandelt werden, eine legale Aufenthaltsmöglichkeit erhalten, über die Prozeßzeit hinaus. Bisher ist es so, daß sie aus juristischer Perspektive nur interessant sind, solange der Prozeß läuft.

(Gekürzte und leicht überarbeitete Fassung eines Interviews aus der Zeitschrift **„ZAG"** (Zeitung antirassistischer Gruppen), Nr.15, 1995)

# Erst Online – dann Outdoor

## Die Asylcard:

## Alles unter behördlicher Kontrolle



**Online ist in. Auch die Sicherheits- und Sozialbehörden nutzen die technologischen Sprünge im medialen Bereich. Die geplante *Asylcard* zeigt die Dimensionen eines Überwachungsstaates, der an den Rändern der Gesellschaft ertestet wird. Sämtliche Daten eines Asylbewerbers werden für Behörden, Arbeitgeber oder Ärzte jederzeit abrufbar sein.**

Er wurde in den 80er Jahren zum stolzen Erfinder des „Tamilenbatzen": Walter Rösli, ein gutmeinender Sozialdemokrat, wollte dem aufkeimenden Rassismus im lieblichen Thun im Kanton Bern begegnen, wo das Kleinbürgertum die tamilischen asylsuchenden Flüchtlinge immer häufiger in teure Lederjacken gekleidet glaubte. Statt Fürsorgegelder erhielten die TamilInnen nun Blechmünzen, mit denen sie Brot, Tee und Jeans in speziell bezeichneten Geschäften zu bezahlen hatten. Europaweit hatte der Schweizer Sozialarbeiter damit möglicherweise die Initialzündung für sichtbare Zugangskontrollen und faktische Ladenverbote gegeben.

Der „Tamilenbatzen" hat mittlerweile eine technisch höherwertige Nachfolgerin gefunden: die *Asylcard*. Die „informationelle Aufrüstung" westeuropäischer Staaten in den letzten Jahren spielt somit eine entscheidende Rolle bei der Illegalisierung, denn ein Projekt wie die vom Bundesinnen- und Bundessozialministerium entwickelte *Asylcard* soll erst gar nicht mehr vertuschen, daß es nur noch um die nackte Kontrolle geht. Die digitale anstelle der sozialen Verwaltung begann mit der Installation neuer elektronischer Fahndungs- und Überwachungssysteme in Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden. Am 26. März 1995 folgte mit dem SIS (Schengen Informationssystem) ein länderübergreifendes System, in dem nationale Computernetzwerke auf technisch höchster Stufe online verbunden wurden. Über ein eigenes Datennetz sind nun die Polizeigroßrechner in Wiesbaden, Paris, Brüssel, Luxemburg, Den Haag, Lissabon und Madrid untereinander verbunden.

Die Online-Verbindungen und die Technologisierung der Verwaltung kommt auch der Ausgrenzung unerwünschter Flüchtlinge zugute, die einen Rechtsanspruch auf Aufenthalt haben. Die computergestützte und verfeinerte Variante des „Tamilenbatzen" findet sich heute in den USA. Die „Benefit Security Card" dient angeblich FürsorgeempfängerInnen ohne Bankverbindung. Sie erhalten in diesem Pilotprojekt ihre Hilfeleistung per Chip, können damit Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen oder ihre Lebensmittel bezahlen. In Washington denkt eine eigens errichtete polizeiliche 'Task Force' darüber nach, wie sich die auf der Karte registrierten Geldbeträge verschiedenen Haushaltsposten zuordnen und auf bestimmte ausgewählte Geschäfte zur Abbuchung beschränken lassen.

### Die Optimierung des „Tamilenbatzen"

Verglichen mit der *Asylcard* von Innenminister Kanther und Sozialminister Seehofer erweist sich die „Benefit Security Card" als harmlos. Die Idee einer *Asylcard*, durch eine Indiskretion vor Jahresfrist öffentlich geworden, wurde das ganze Jahr 1995 hindurch in einer behördlichen Arbeitsgruppe vorangetrieben. Dank der öffentlichen Empörung können Kanther und Seehofer die Kritiken von Datenschutzbeauftragten, Asylbasisorganisationen und Hilfswerken in der zweiten Fassung gleich auffangen und mit einarbeiten lassen. Ende 1995 mehrten sich allerdings die Gerüchte, die Planungsarbeiten würden stillgelegt. Mehr ist zum Thema seither nicht bekannt geworden.

Ihre *Asylcard* soll gigantisch viel mehr können als Schweizer und US-Modelle. *„Der auf der Asyl-Card enthaltene Chip räumt den beteiligten Behörden die Möglichkeit ein, sowohl Identifizierungs- und Verfahrensdaten als auch Leistungsdaten zu speichern. Diese können bei Bedarf durch individuelle Fensterlösungen*[1] *für die einzelnen Behörden lesbar gemacht werden"*, heißt es in dem vertraulichen Papier aus dem Innenministerium, welches die Frankfurter Rundschau damals veröffentlichte.[2] Dieses Verfahren biete *„einen weitestgehenden Schutz vor Mißbräuchen"* durch Asylsu-

chende: *„Kein Antrag auf Asyl ohne erkennungsdienstliche Behandlung, ohne erkennungsdienstliche Behandlung keine Asyl-Card, ohne Asyl-Card keine Leistungen."*

Die im Papier gewählte Sprache ist bezeichnend: Die *Asylcard* würde *„eine Optimierung des Verfahrens durch Minimierung der Verwaltungskosten bei permanenter, bedarfsorientierter Verfügbarkeit von Informationen"* über die Asylsuchenden schaffen. Zu speichernde Daten könnten demgemäß etwa folgende Bereiche betreffen: *„Identifizierung, Zutrittskontrollfunktionen, Aufenthaltskontrolle, Verfahrensdaten (Antrag, Anhörungen usw.), Empfang von Sachleistungen (z.B. Essensempfang), Empfang von Unterstützungsleistungen, Arbeitserlaubnis, Leistungen von Dritten (z.B. Abrechnungen privater Unterkunftsbetreiber)."*

Mit anderen Worten: Wie der Schweizer „Tamilenbatzen" und die „Benefit Security Card" würde auch die deutsche Chipkarte als Geldersatz dienen und den politischen Behörden erlauben zu bestimmen, wo und zu welchem Zweck die Asylsuchenden ihr auf die Chipkarte aufgespeichertes Geld einsetzen dürfen – sofern sie überhaupt noch freie Geld-Quoten erhalten sollten.

## Digitale Abbildung des Lebenslaufs

Darüber hinaus kann aber jeder weitere Lebensvorgang der betroffenen Flüchtlinge ebenso im Datensatz des Chips festgehalten sein – wenn er für die Behörden wichtig scheint. Kein Arztbesuch, keine Sozialhilfeausgabe, nicht einmal eine Fahrt per städtischem Transportmittel ist dann mehr Privatsache, wenn der Beamte oder die Beamtin es nicht will. Sämtliche Bedürfnisse eines Kosovo-Albaners oder einer Kurdin sind überschaubar, registrierbar, vernetzbar, prüfbar. Die Daten können juristisch und politisch ausgewertet und jederzeit gegen die betroffene Person verwendet werden.

Das System der *Asylcard* sichert somit aus Behördensicht perfekt die bestehende Grundhaltung ab, Menschen zu Gesetzesverstößen zu provozieren. Aufgrund eines Wustes an willkürlichen Vorschriften und Beschränkungen für Asylsuchende ist eine illegale Tat schnell erfolgt. Eine solche Kriminalisierung ächtet wiederum deren „Gruppe" gesellschaftlich und ermöglicht juristisch die Abschiebung des „Straftätigen". Die Stigmatisierung der Asylsuchenden geht Hand in Hand mit ihrer Illegalisierung. Dies ist insoweit nützlich, als die Maßnahmen Personen betreffen, die politisch unerwünscht sind, rechtlich aber (vorläufig) in der Gesellschaft gehalten werden müssen – beispielsweise, weil die staatliche Imagepflege auf den äußeren Schein eines „Asylrechts" (noch?) nicht verzichten kann.

Aus einer rein bürokratischen, menschenverachtenden Sicht ist es von Nutzen, die „Rechtsbetroffenen" ständig zur Hand zu haben beziehungsweise an der langen Leine zu halten. Die *Asylcard* verschafft hierzu die technische Möglichkeit. Sie ist geeignet, nahezu lückenlos Aufenthalt und Verhalten von Asylsuchenden digital abzubilden. Es ist wohl nicht verwegen, dahinter die Absicht zu vermuten, die Behörden wollten die faktisch ausgeübte Illegalisierung im geeigneten Moment auch bürokratisch-rechtlich rechtfertigen. Tausende von SozialhilfeverfügerInnen und AsylentscheiderInnen dürften froh sein um solch willkommene Unterstützung bei der schwierigen Suche nach Ablehnungsgründen. Daß dies im Verbund mit Privaten geschehen

## Leben online



Das Schengen Informationssystem (SIS) bietet online die Verdatung der europäischen Kontrollinstitutionen. Die einzelnen Polizeien sind mit dem MOPS ausgerüstet, dem mobilen Polizei-Büro System. Die Grenzterminalsysteme (GTS) kontaktieren sich zwischen Oder-Neiße und Basel-Badischer Bahnhof; ihre programmtechnischen Möglichkeiten könnten, so ein Beamter der Grenzschutzdirektion Koblenz, bei der Asylbearbeitung „voll ausgeschöpft" werden. INPOL und PIOS – nach Sachregistern geordnete Großdateien der Staatsschützer – werden neu aufgerüstet, für EUROPOL fitgemacht.

Beat Leuthardt hat in seinem Buch **Leben online. Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz: Der Mensch unter ständigem Verdacht** einen fast unüberschaubaren Komplex von Systemvernetzungen zusammengefaßt, um einen aktuellen Überblick über die Überwachungssysteme zu geben.

Flüchtlingsfinger gibt es inzwischen millionenweise im Speichersystem, nachdem Deutschland ein System aus der Schweiz importierte (AFIS und EURODAC). Jährlich können jetzt 400.000 Datenpakete verarbeitet werden. In der Schweiz werden in einem „Zentralen Ausländerregister" (ZAR) fast 4,5 Millionen Personen gespeichert. Im deutschen AZR sind mehr als 100 Millionen Daten erfaßt...

Praktische Anwendungsgebiete und Beispiele für die Perfektionierung von Kontrolle und Sicherheit sind damit vielfältig vorhanden: In der Schweiz sind in einer Datei über das kroatisch-bosnische Gebiet Orte erfaßt, die entweder kroatisch oder bosnisch waren. „Yubos" enthält die bosnischen Orte im Grenzgebiet; „Ortyu" enthält die kroatischen Dörfer; blitzschnell konnte hiermit erkannt werden, wer als „Asylmißbraucher" ins Land wollte, weil er oder sie von der „falschen" Seite stammte.

Im reichen Monaco wurden in den Parkhäusern von Monte Carlo 740 Kameras montiert; hinzu kommen Abhör- und Geräuschanalysesysteme während der Nachtstunden. Hiermit können jegliche Unregelmäßigkeiten erfaßt und Alarm ausgelöst werden. Auch die Küste vor dem Steuerparadies wird inzwischen optisch erfaßt, selbst wenn es dunkel ist. Die Perfektionierung der Sicherheit sichert zuerst den Besitz der Reichen.

In Köln umstellten 150 Polizisten im Frühjahr 1995 ein Roma-Wohnheim und verschleppten 39 Roma-Frauen, unter ihnen auch 12- bis 15-jährige, aus ihren Betten zur gynäkologischen Zwangsuntersuchung. Nach einem Hinweis aus der Bevölkerung sollte nach der Mutter eines ausgesetzten Neugeborenen gefahndet werden...

Schließlich kennen wir alle das aktuelle Horror-Wort: die „Organisierte Kriminalität", entstanden aus der mediengerechten Aufbereitung in den Boulevard-Zeitungen, nachdem die Politik neue Ablenkungsmanöver für strukturelle Widersprüche benötigte. So wird Kriminalität regelmäßig mit Migration in Verbindung gebracht. Der „Sicherheitsdiskurs" verschafft den Geheimdiensten die Legitimation für die Ausweitung ihrer Kompetenzen. Bei seiner Schleppnetzfahndung im Äther horcht der BND ständig den drahtlosen internationalen Fernmeldeverkehr – Richtfunk und Satellitenverbindungen – ab. Computer kontrollieren die Gespräche auf Suchbegriffe, die etwa „Terroristen", Dealer oder Waffenhändler verwenden könnten. Fällt einer dieser Begriffe, werden die Gespräche automatisch aufgezeichnet – nach inoffiziellen, aber nie dementierten Angaben täglich rund 4.000.

Leuthardt arbeitet die Zusammenhänge zwischen den Fahndungssystemen und „ganz alltäglichen" Überwachungsmaßnahmen präzise heraus. Die geballte Übersicht über die technologische Vernetzung macht einigermaßen sprachlos, vermittelt ein Gefühl des totalen Ausgeliefertseins an staatliche Willkür. Zumal sich Leuthardt auf die Beschreibung der Überwachungsmethoden beschränkt und Sabotagemöglichkeiten und Gegenwehr nicht erörtert werden. Es empfiehlt sich eine rasche Anschaffung, da aufgrund des galoppierenden „Fortschritts" in der Computer-Technologie das Buch bereits in einem Jahr überholt sein könnte.

**Christian Möller**

**Beat Leuthardt. „Leben online" Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz: Der Mensch unter ständigem Verdacht, 1996, rowohlt aktuell, DM 14,90, 223 Seiten. Zu bestellen ist das Buch für DM 17,– auch bei Pressebüro EuroGrenzen, Postfach 2260, D-79557 Weil a.R.**

kann – man denke an den typischen Kleinbürger als Spitzel oder den Arbeitgeber als Denunzianten –, liegt auf der Hand. Aus anderen Zusammenhängen kennt man den gemeinsamen staatlich-nichtstaatlichen Willen zur Denunziation von AusländerInnen in jenem Moment, in dem sie einem nicht mehr nützlich oder ein Ärgernis sind, weil beispielsweise ihre Schwarzarbeit auf dem Bau nicht mehr gebraucht wird.

Der Trend, der sich mit der *Asylcard* abzeichnet, ist überall in Europa derselbe: Personen, die nicht ins EU-Gefüge passen, sollen unter ständiger Kontrolle stehen. Sie sind stets nur auf Abruf geduldet. Die *Asylcard* paßt so gesehen ideal zur Illegalisierung im Aufenthaltsbereich, aber auch zum französischen Modell der Ausreisevisumspflicht[3]. Die *Asylcard* ist beliebig auf Bereiche außerhalb des Asylrechts übertragbar.

Per „Ausländercard" könnten beispielsweise die Schritte legal anwesender nichteinheimischer ArbeitnehmerInnen jederzeit überwacht bleiben. In Frankreich beispielsweise sind die faktischen und rechtlichen Voraussetzungen dazu bereits geschaffen. Innenminister Charles Pasqua hat 1994 gegenüber sämtlichen AusländerInnen das polizeiliche Recht auf Personenkontrollen zu jeder Zeit und ohne jeden Tatverdacht eingeführt, außerdem den Ausreisevisumszwang gegenüber legal und seit langem ansässigen AusländerInnen „aus dem arabischen Raum". Somit können beispielsweise AlgerierInnen in den vernachlässigten Pariser Vororten zwar legal arbeiten und der französischen Wirtschaft zur Steigerung des Bruttoinlandproduktes verhelfen, sind aber jederzeit unter Aufsicht der Behörden, können in ihren Bewegungen stets kontrolliert und letztlich an der legalen Ausreise gehindert werden – sie, die legal einreisen konnten.

Künftig könnten aber auch über BürgerInnen, die als behindert oder arbeitslos registriert sind, via „Behindertenkarte" oder „Arbeitslosenkarte" jederzeit Bewegungsdaten gesammelt werden. Neben den Ämtern könnten auch ArbeitgeberInnen, ÄrztInnen und Krankenhäuser Zugriff auf persönliche Daten erhalten. Mit der Gesundheitskarte ist in Deutschland ein erster Schritt bereits gemacht.[4]




**Neue Dimensionen des virtuellen Verdachts: von den Rändern in die Mitte der Gesellschaft**

## Deutsche Asylcard als Vorbild für Europa?

Die Gefahren der digitalen Verwaltung bekommen insbesondere diejenigen zu spüren, die in höchst unsicheren Verhältnissen leben und von sozialen und staatlichen Institutionen existentiell abhängig sind. Die negativen Folgen der neuen Technologien für die Menschen und die Gesellschaft zeigen sich zunächst und vorerst an ihren Rändern.

Doch auch für weitere Formen von Chipkarten ist die Überwachungsgesellschaft bereits gerüstet. Von der Kontrolle der Sehgewohnheiten vor dem Bildschirm bis zur Registrierung des individuellen Kommunikationsverhaltens sind die technischen Möglichkeiten geschaffen. So gesehen kann es sich bei der *Asylcard* und den daraus abgeleiteten Kontrollmöglichkeiten in Zukunft auch darum handeln, die Kaufkraft der Betroffenen gezielt zu steuern und zu verwalten. Eine Möglichkeit, die auf die Privatwirtschaft – angesichts anderer Personenkreise mit höherer Kaufkraft als jener der Asylsuchenden – hochgradig verlockend wirken muß.

**Beat Leuthard**

**Anmerkungen:**

1) Teilbestände des gesamten Datensatzes, auf die die einzelnen Behörden Zugriff haben und die sie verändern können

2) FR, 5. 1. 1995

3) Legal in Frankreich lebende Ausländer aus dem Maghreb müssen für das Verlassen Frankreichs eine behördliche Genehmigung beantragen.

4) Vgl. „Chipkarten für alle(s)?", in 'off limits' Nr. 6, Okt./Nov. 1994

**Beat Leuthardt** ist Journalist im Dreiländereck Deutschland/Schweiz/Frankreich und Autor des Buches **Leben online. Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz: Der Mensch unter virtuellem Verdacht**, das im Jänuar 1996 als rororo-Taschenbuch erschienen ist (Bezug beim Autor: **Postfach 22 60, 79557 Weil am Rhein**).

# Hinter den Siebenbürgen

## Rumänien – vor den Toren Europas, ein Transitland für Flüchtlinge

**Als einen „wirkungsvollen Schritt zur Eindämmung der illegalen Einwanderung" bezeichnete der damalige Bundesinnenminister Seiters das Rückübernahmeabkommen mit Rumänien aus dem Jahre 1992. Da nach der Drittstaatenregelung eine legale Einreise in die Bundesrepublik kaum mehr möglich ist, freute sich der Christdemokrat über den „Abschreckungseffekt" und eine „erhebliche Reduzierung der Asylbewerber". Mitarbeiter der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) haben den Ping-Pong mit Flüchtlingen in den letzten Jahren beobachtet.**




**Landung, Kontrolle und tschüß** **Foto: Zaff**

Flughafen Otopeni, Bukarest. Im Frühjahr 1995 gelingt es einem Mitarbeiter der FFM, in das Abschiebegefängnis hinein zu kommen, das im Herbst 1994 im Transitbereich des Flughafens eingerichtet wurde. Die Gefangenen sind zu diesem Zeitpunkt bereits seit vier, fünf Monaten ohne jede gesetzliche Grundlage eingesperrt und haben keine Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen. Sie berichten von Polizeiübergriffen und beklagen die fehlende medizinische Versorgung. Die Fluggesellschaft TAROM versorge sie zudem nur unregelmäßig mit Nahrungsmitteln.

Ein Afrikaner gibt an, aus Deutschland abgeschoben worden zu sein. Er berichtet von seinem Aufenthalt in Deutschland: *„Vor einem Jahr bin ich nach Deutschland gekommen. Auf dem Flughafen Schönefeld bin ich gelandet und habe um Asyl gebeten. Sie haben mir kein Asyl gewährt. Stattdessen haben sie mich zehn Monate ins Gefängnis gesteckt. Ärgerlich ist, daß ich die TAROM-Fluglinie benutzt habe. Ich hatte einen Transit, und sie steckten mich in Berlin ins Gefängnis, weil ich ohne Visum nach Deutschland gekommen bin. Nachdem sie mich dort zehn Monate eingesperrt hatten, brachten sie mich zurück, hierher nach Rumänien."*

Mehr als die Hälfte aller aus der BRD Abgeschobenen werden nach Rumänien deportiert, bisher waren es schätzungsweise 85.000 Menschen. Diesen müssen jedoch mindestens 100.000 Menschen hinzugerechnet werden, die – von der BRD finanziert – von den polnischen, tschechischen und ungarischen Behörden nach Rumänien zurückgeschoben wurden. Berücksichtigen wir die Abschiebungen aus Österreich, Frankreich und Italien in das von der EU als verfolgungsfrei eingestufte Land, wird die Zahl inzwischen 200.000 weit überschritten haben. Und noch eine andere Tatsache ist an dieser Stelle zu nennen: Viele zehntausend Menschen aus Rumänien sind seit dem 1. 11. 92 freiwillig aus Deutschland ausgereist, um einer angedrohten Abschiebung zuvorzukommen, die ein fünfjähriges Einreiseverbot nach sich ziehen würde.

Am besagten Datum trat das von den (damaligen) Innenministern beider Länder, Seiters und Babiuc, ausgehandelte *Rückübernahmeabkommen* in Kraft. In der langen Reihe vergleichbarer Abkommen nimmt es eine Sonderstellung ein, denn es ermöglicht die Rückführung rumänischer Staatsangehöriger ohne Grenzübertrittsdokumente. Es genügt ein Zeuge, der die Staatsangehörigkeit der betreffenden Person glaubhaft machen kann.

### Abschieben wie geschmiert

Auch die kurze Zeitspanne, die zwischen Rückübernahme-Ersuchen und Abschiebung liegt, ist beispiellos. Es kann, wie es im Artikel 8 des Protokolls zur Durchführung der Vereinbarung vom 28. 10. 1992 heißt, sogar *„ohne vorherige Ankündigungen"* abgeschoben werden.

Die Behörde, die auf rumänischer Seite für die Koordination der Rückübernahmen zuständig ist, hat sich im Zusammenhang mit einer Massenabschiebung von 92 Tamilen und Singhalesen am 17. 2. 1994 nach Colombo bereits einen berüchtigten Namen gemacht. In der Bukarester Strada Nicolae Iorga Nr. 29, dem Sitz der *Directia Generala de Pasapoarte si a Politiei de Frontiera*, laufen die Fäden für die Abschiebungen nach

und aus Rumänien zusammen. Dort gibt es entsprechend dem Durchführungsprotokoll des Deportationsvertrages ein rotes Telefon zur Koblenzer Direktion des Bundesgrenzschutzes. Dieser heiße Draht wird häufig benutzt, denn nach wie vor fliegen fast jeden Tag Maschinen mit Abgeschobenen an Bord von deutschen Flughäfen nach Bukarest.

Die Koordination zwischen deutschen und rumänischen Stellen läuft wie geschmiert: Während vormittags BGS-Busse die Posten der Grenzregionen von Oder und Neiße abfahren und die Gefangenen einsammeln, startet von Bukarest eine fast leere Maschine. An Bord sind neben der Crew noch eine handvoll Privatpolizisten der Fluggesellschaft. Am Nachmittag treffen die BGS-Busse pünktlich zur Landung der Flieger in Berlin-Schönefeld ein. Die Maschinen starten zwischen 20 und 22 Uhr von Rampe 3. An manchen Tagen überschreitet die Zahl der abgeschobenen RumänInnen 200 Personen.

## Superlative der Willkür

Für den Flug nach Bukarest nehmen die Ausländerbehörden Personen, die abgeschoben werden sollen, nach Möglichkeit rund tausend Mark ab. Über jede Abschiebung aus der Bundesrepublik wird zudem akribisch Buch geführt und diese als *Zurückschiebung* oder *Abschiebung* und – in seltenen Fällen – als *freiwillige Repatriierung* klassifiziert. Der Name und personenbezogene Daten werden im Ausländerzentralregister (AZR) und im Schengener-Informations-System (SIS) gespeichert. Neben den Transportkosten werden auch die genauen Umstände der Abschiebung notiert. Die Computerdaten werden bei der Visa-Erteilung abgefragt: Bei Abgeschobenen ist ein fünfjähriges Einreiseverbot vermerkt.

Trotz behördlicher Datensammelwut war im Herbst 1992 noch nicht abzusehen, wieviele Menschen dieses Abkommen tatsächlich betreffen würde. Klar war nur, daß die größte Massenabschiebung in der Geschichte der Bundesrepublik vorbereitet wurde. Die PDS rechnete mit 30.000, die BILD-Zeitung und die Deutsche Botschaft in Bukarest mit 43.000 und Innenminister Seiters mit 100.000 Personen, darunter 60.000 Roma.

So wurde seit dem 1.11.92 an rumänischen Asylbewerbern in großem Stil praktiziert, was erst durch die faktische Abschaffung des Asylrechts Mitte 1993 legalisiert wurde: Flüchtlinge, die in die BRD kamen und auf dem Weg zur ZAST (Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber) vom BGS festgenommen wurden, hatten in der Regel keine Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen. Der BGS beförderte sie direkt zum Flughafen. Damit blieb ihnen der Rechtsweg verwehrt. Doch erst mit der Asylrechtsänderung wurde Rumänien zum sicheren Herkunftsland erklärt.

Im November 1992 gründeten *Romani CRISS*, die Stiftung *Aven Amentza für die Emanzipation und Integration der Roma, Helsinki Watch, LADO (Liga für die Verteidigung der Menschenrechte)* und der Verein *Junge Generation der Roma* eine Gruppe zur Beobachtung des deutsch-rumänischen Abkommens mit dem Ziel, die Abgeschobenen bei ihrer Ankunft in Bukarest zu befragen. Die Tatsache, daß das Abkommen Polizisten die Entscheidung freistellt, wer abzuschieben ist, werten die rumänischen Menschenrechtsgruppen übereinstimmend als Verletzung der Menschenrechte. Das Abkommen habe eine stark antiziganische Propagandafunktion, denn während das Abkommen allgemein als gegen Roma aufgefaßt wird, sind die meisten Abgeschobenen in Wirklichkeit keine Roma. Die Entrechtung und Diskriminierung, die der Deportationsvertrag zementiert, hat sich in Rumänien verschärft – das geht aus den Berichten ebenfalls hervor. Außerdem hätten Brandstiftungen, Gewalttätigkeiten und Aktionen lokaler Polizeieinheiten gegen Abgeschobene dramatisch zugenommen.



**10 Uhr morgens in Deutschland** **Foto: Herby Sachs**

Im einzelnen wird hervorgehoben: Die meisten Flüchtlinge müssen ihre Flugkosten selbst tragen. Der Flug findet unter Aufsicht von Einheiten der Antiterror-Spezialeinheit USLA statt. Die Abschiebungen werden mit Linien- oder Charterflügen der *Romavia* durchgeführt, seit März 1993 auch mit Maschinen der rumänisch- amerikanischen Fluggesellschaft *JARO*. Häufig kommen die Maschinen um Mitternacht in Bukarest an. Viele der Interviewten wurden auf deutschen Sozialämtern festgenommen, als sie für ihre Sozialhilfe anstanden. Manche mußten sich ausziehen, wurden an Heizungen gefesselt. Anderen wurde das Geld abgenommen, ebenso Schmuck und das Auto. Viele konnten ihre Rechtsmittel nicht ausschöpfen. Manche hatten reguläre Arbeit. Wer an der Grenze aufgegriffen wurde, konnte in den 24 Stunden der Haft keinen Asylantrag stellen. Sie mußten Dokumente auf deutsch unterschreiben, die sie nicht verstanden, einige wurden sogar mit Gewalt dazu genötigt. In der Haft gab es kein Essen und kein Wasser.

Auf den beiden Bukarester Flughäfen werden die Ankommenden in zwei Gruppen geteilt. Nach Angaben des Chefs der Politia de Frontiera Otopeni, Colonel A. Munteanu, können die Personen mit einem gültigen Paß wie alle anderen Fluggäste passieren. Die, die keine Pässe hätten, würden zunächst festgehalten: Die Grenzpolizei mache dann eine Anfrage beim burol evidenta populatie, dem Landeseinwohneramt, um Name und Wohnort zu überprüfen. Dann erhielten sie einen behelfsmäßigen Ausweis, der bis zur Ankunft an ihrem Wohnort gültig sei. Wenn dieses Procedere nicht möglich sei, werde in einem Verhör die persönliche Identität überprüft. Dafür gebe es einen Extraraum. Die Anhörung und der damit verbundene Aufwand dauere mindestens eine Stunde.

Die Bukarester Helsinki-Gruppe APADOR vermutete schon 1994, daß die abgeschobenen Roma in besonderen Listen erfaßt und anschließend von der Polizei am Wohnort schikaniert, erkennungsdienstlich behandelt und in einzelnen Fällen verfolgt würden. Bislang ist unklar, ob das in der Verantwortung lokaler Polizeibehörden liegt oder auf Anordnungen des Innenministeriums zurückgeht. Rumänische Roma, die in der BRD zu Staatenlosen wurden, müssen nach ihrer Rückkehr umgerechnet 300 Mark bezahlen, um vom Ministerium für Arbeit und Soziales eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Medizinische Behandlungen müssen sie selbst bezahlen.

Die rumänische Regierung ließ sich in

dem Abkommen allerdings nicht zur *Rückübernahme von Drittstaatlern*, die über Rumänien in die Bundesrepublik gelangt sind, verpflichten, wie es die Bundesregierung verlangt hatte. In einem Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom Februar 1995 heißt es dazu diplomatisch, *soweit bekannt* habe Rumänien dieses Begehren bisher stets abgelehnt. Infolgedessen sucht die Bundesregierung nach anderen Wegen, um Drittstaatler nach Rumänien zu schleusen. Die sogenannten Carrier Sanctions gegen Fluggesellschaften bieten dafür entsprechende Möglichkeiten. So müssen Fluggesellschaften postwendend abgeschobene Flüchtlinge auf eigene Kosten repatriieren. Das Haupthindernis auf rumänischer Seite ist offenbar das Fehlen eines funktionierenden Abschiebesystems und ungeklärte finanzielle Fragen eines solchen Reglements. Die Bundesregierung ist zur Zeit darum bemüht, weitere Verträge auszuhandeln, um Kettenabschiebungen zu institutionalisieren. Entsprechende Gespräche über sogenannte Durchbeförderungsvereinbarungen befinden sich in Rumänien derzeit in einer Sondierungsphase.

## Reintegration hinter den Siebenbürgen

Das Bundesinnenministerium und das Land Nordrhein-Westfalen entfalten unterdessen unter dem Vorwand der Migrationsbekämpfung eine rege wirtschaftspolitische Aktivität. Das Bundesinnenministerium konnte bereits beim Abschluß des Deportationsvertrags auf den Aufbau handwerklicher Ausbildungszentren in Arad, Timisoara und Sibiu verweisen. Die Bundesregierung ließ sich diese angeblichen *Reintegrationsprojekte für Rückkehrer*, die durch Qualifizierung von erneuter Emigration abgehalten werden sollen, bisher rund 30 Millionen Mark kosten. Die Abgeschobenen haben von dem „Hilfsprogramm" fast nichts. Zwischen November 1992 und Oktober 1995 konnten nur zwanzig Rückkehrer an Kurzlehrgängen der Zentren teilnehmen. Das übrige Lehrangebot ist mit High-Tech-Werkstätten und Existenzgründungsförderungen auf die Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte ausgerichtet und dient der Entwicklung eines unternehmerischen Mittelstandes.

Zur konzeptionellen Steuerung der Reintegrationsprojekte wurde im Juli 1991 bereits eine hochrangig besetzte deutsch-rumänische Kommision gegründet. Ihr offizieller Titel: *rumänisch-deutsche Arbeitsgruppe zur Bewältigung von Wanderungsfragen.* Damit konnte die Bundesregierung ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß in Rumänien ausbauen, denn unter der Vorgabe der Fluchtprävention ist die Arbeitsgruppe tatsächlich am Aufbau arbeitsmarktpolitischer und marktwirtschaftlicher Instrumente der rumänischen Ministerien beteiligt.

Während die Abgeschobenen aus allen Landesteilen Rumäniens kommen, konzentrieren sich die Reintegrationsprojekte im Banat und in Siebenbürgen. Das Herkunftsgebiet der Rumäniendeutschen ist zugleich der geographische Schwerpunkt des wirtschaftspolitischen und kulturellen Einflusses der Bundesrepublik in Rumänien. Langfristig soll sich das Potential dieser Region zum Tor deutschen Einflusses auf dem Balkan entwickeln.

## NRW und Banat: Ja!

Die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren in Rumänien ein Förderprogramm mit ähnlicher Zielsetzung aufgelegt. Der finanzielle Umfang beläuft sich in den Jahren 1990 bis 1995 auf insgesamt 23 Millionen Mark, unter Einbeziehung von Geld- und Sachspenden sind es sogar 50,5 Millionen Mark. Zwar sind die Ziele dieses Landesprogramms mit denen des Bonner Innenministriums weitgehend identisch, allerdings legt die Düsseldorfer Staatskanzlei entschieden Wert auf informelle und vereinspolitische Verbindungen nach Banat und Siebenbürgen. Mit Hilfe der Caritas Düsseldorf, des *Arbeitskreises Banat Ja* und anderer Organisationen hat das Bundesland 1995 einen Versuch gestartet, die unterschiedlichsten NGO-Rumänienhilfen zu koordinieren. So betreibt Nordrhein- Westfalen wie bereits in Ex-Jugoslawien (vgl. 'blätter' Nr. 203) auch in Rumänien eine selbständige Flüchtlings- und Außenpolitik.

Die organisierte Unmenschlichkeit der deutschen Flüchtlingspolitik wird aber an einem Umstand nichts ändern: Rumänien ist und bleibt für Flüchtlinge und MigrantInnen ein Transitland zwischen Hunger und Überleben, zwischen Abschieberisiko und Fluchthilfe in den Westen.

**Forschungsgesellschaft Flucht und Migration**

## Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V.

Die FFM besteht seit Novemder 1994. Ihr Ziel ist es, einen solidarischen Bezug zu denen aufzubauen, die an den Grenzen abgewiesen, in der Bundesrepublik sozial entrechtet und in die Illegalität gedrängt werden. Beabsichtigt ist die Kooperation mit MigrantInnengruppen. Es sollen die Versuche der transeuropäischen Selbstorganisation und die Kämpfe von Flüchtlingen und Ausgegrenzten unterstützt werden. Die Gründe von Flucht und Migration werden grundsätzlich respektiert, zwischen Flüchtling und ArbeitsmigrantIn wird beim FFM nicht unterschieden.

In der FFM haben sich vier Arbeitsgruppen gebildet. Eine Gruppe ist am Aufbau des Berliner Büros für medizinische Flüchtlingshilfe beteiligt. Eine zweite beobachtet die Grenzaufrüstung vor allem im Osten der Bundesrepublik. Eine weitere sucht nach Unterstützungsmöglichkeiten für MigrantInnen, die in sogenannten sicheren Drittstaaten festsitzen. Die vierte Gruppe schließlich schenkt ihre Aufmerksamkeit den Flüchtlingen und MigrantInnen, die sich auf dem *„langen Weg"* befinden, das heißt auf Fußmärschen über manchmal Tausende von Kilometern.

Der Anspruch der FFM besteht unter anderem darin, die gesammelte Materialbasis einer politischen antirassistischen Praxis zu Gute kommen zu lassen. Ob wir in den nächsten Jahren organisierte 'underground railways' erleben dürfen, ist zwar (noch) fraglich (wenn auch nicht fragwürdig), sie bedürften aber in jedem Fall eines solchen Kontaktnetzes, wie es die FFM gerade beginnt aufzubauen. Wer Tickets spendieren will, der oder die zahle ein auf das Spendenkonto: Berliner Sparkasse, Konto 610 024 264, BLZ 100 500 00.

Die Hefte der FFM *„Gegen die Festung Europa"* erscheinen seit Sommer 1995 im Verlag der Buchläden Schwarze Risse und Rote Straße. Das erste Heft widmete sich der Situation von MigrantInnen in Polen. Das zweite, aus dem wir zitieren, trägt den Titel *„Rumänien. Vor den Toren der Festung Europa"* und umfaßt 100 Seiten. Die Adresse der **FFM e.V.: Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin; Tel.: 49 – 30 – 693 56 70; Fax: 693 83 18.**

**Villa Courage** ist das bisher einzige autonome Frauenhaus in der BRD.

**Villa Courage** bietet Zuflucht für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen und ihre Kinder, die innerhalb der BRD aufgrund patriarchaler Gewaltverhältnisse - konkret heißt das zum Beispiel sexuelle Gewalt und Gewalt in der Familie ... - fliehen.
Der Schritt ins Frauenhaus ist für jede Frau eine mutige Entscheidung. Frauen, die aufgrund ihres Aussehens hier von Rassismus betroffen sind, haben auf dem Weg in die Eigenständigkeit mehr und andere Probleme und Hindernisse zu bewältigen als weisse deutsche Frauen.
Villa Courage bietet ihnen einen geschützten Raum, um zur Ruhe zu kommen und ihr weiteres Leben zu planen und vorzubereiten.

**Villa Courage** ist kein öffentlich finanziertes oder gefördertes Projekt.

**Villa Courage braucht dringend Spenden!**
dringend - sofort - regelmäßig!
Aufgrund unserer existentiell bedrohlichen Finanzlage fordern wir alle fortschrittlichen Menschen auf, Villa Courage regelmäßig mit einer kleinen Spende zu unterstützen, obwohl vielleicht auch Eure Finanzlage nicht wohlhabend ist; auch 20,- oder 50.- Mark Spenden (von der Steuer absetzbar) helfen uns viel!

Wir bedanken uns herzlich
Villa Courage
Postgiroamt Karlsruhe
Kto: 292087-750
BLZ: 660 100 75

# Woytila trifft Jeanne d'Arc

## Sozialprofil und Ideologie des Front National

**Die französische „Nationale Front" ist eine rechtsextreme Parteiorganisation. Chef ist seit der Gründung im Jahr 1973 der ehemalige Fallschirmjäger Jean-Marie Le Pen. Um ihn rankt sich ein regelrechter Führerkult: So kann der FN-Anhänger eine Champagnermarke „Jean-Marie Le Pen" kaufen, einen Bildschirmtext „Le Pen" abrufen, ein „Taxi Jean-Marie" bestellen oder einen Comic „Le Pen – Mann aus dem Volk" kaufen.**

Die Partei wird derzeit in Umfragen mit 15% der Stimmen gehandelt. Nachdem mit den Kommunalwahlen in Dreux (September 1983) und den Europaparlamentswahlen im Juni 1984 der extremen Rechten der wahlpolitische Durchbruch gelungen war – die ersten zehn Jahre seiner Existenz führte der FN ein Dasein als Splitterpartei mit Null-Komma-Wahlergebnissen –, zog sie zunächst überwiegend eine im Kern bürgerliche und kleinbürgerliche reaktionäre Wählerschaft an.

Eine starke Basis fand sie auch bei den Eltern und Lehrern der katholischen Privatschulen, die zwischen März und Juni 1984 in einer Mobilisierung zur Verteidigung des konfessionellen Privatschulwesens bis zu zwei Millionen Leute gegen die sozialistische Regierung auf die Straße brachten. Teile des katholischen Klerus liehen dem FN in jener Zeit ebenso ihre Unterstützung wie die Anhänger des vom Vatikan abgespaltenen fundamentalistischen Bischofs Lefebvre. Auch stand ein gewisser Karol Woytila nicht abseits. AFP meldete im April 1985: *„Jean-Marie Le Pen, der Chef der rechtsextremen französischen Partei 'Nationale Front', hatte zusammen mit politischen Freunden eine kurze Unterredung mit Papst Johannes Paul II. in Rom. (...) Der Chef der französischen 'Nationalen Front' erklärte anschließend, der Papst habe ihn und seine politischen Freunde aufgefordert, weiter gegen die Gefahr eines Zerfalls der moralischen Werte in Europa zu kämpfen und ihm gute Wünsche für die Arbeit der Abgeordneten mit auf den Weg gegeben. Johannes Paul II. habe 'unseren Kampf gegen Abtreibung gesegnet', teilte seinerseits der (FN-)Europaparlamentsabgeordnete ... Bernard Antony mit."* [1]

In sozialer Hinsicht vertrat der Front National während der 80er Jahre ein ultraliberales, marktradikales Programm à la Margaret Thatcher und Ronald Reagan. Dies verwundert angesichts der sozialen und politischen Herkunft Le Pens kaum: Bereits im Jahr 1956 zog dieser ins französische Parlament als einer der 51 Abgeordneten der „Poujadisten" ein, also der „Union zur Verteidigung der Geschäftsleute und Handwerker"(UDCA), der Partei/Bewegung des Pierre Poujade. Beim Poujadismus handelte es sich um eine 1953/54 im Süden Frankreichs beginnende und sich über das ganze Land ausbreitende, kleinbürgerliche und -bäuerliche antistaatliche und antigewerkschaftliche Protestbewegung, die gegen Steuern und wirtschaftliche Bevormundung des Staates rebellierte.

### Partei aller Franzosen

Im Jahr 1992 änderte sich die Lage jedoch. Den Wendepunkt bildete die Maastricht-Abstimmung. Für die Le Pen-Partei, die zum „Nein zu Maastricht, Nein zu Mitterand" aufrief, verzeichneten die Umfragen just zu jener Zeit einen spitzen Ausschlag nach oben. Die Bewohner der industriellen Krisenregionen, die Mehrheit der französischen Arbeiterklasse, die Arbeitslosen und die Bewohner der Vorstädte hatten überwiegend mit 'Nein' abgestimmt. Es handelte sich um die sozialen Verlierer, die auf einem europäischen Markt unter die Räder zu kommen fürchteten. Die Maastricht-Abstimmung, deren Fronten quer zu den gewohnten politischen Grenzen verlaufen, öffnete dem Front National den Zugang zur Arbeiterwählerschaft.

Zu jener Zeit „radikalisierte" der Front National sein Profil als Oppositionspartei und gab sich ein betont sozialdemagogisches Profil, um die Unzufriedenen und sozial Benachteiligten an sich zu ziehen. Le Pen tönte: *„Wir glauben, daß es nicht mehr die Zeit ist, wo der Front National, bei einem bißchen guten Willen seitens der politischen Formationen des Establishments, sich in eine Reformbewegung integrieren hätte können, deren vorantreibender Flügel er vielleicht gewesen wäre"* – gemeint war eine Allianz mit der bürgerlichen Rechten. *„Wir glauben vielmehr, daß dieses System zutiefst ungesund ist"*, fügte der Sozialdemagoge hinzu.[2]

Die Präsidentenwahl am 23. April 1995 bestätigte den Erfolg der rechtsextremen Partei bei der Arbeiterschaft und sozial schwachen, unzufriedenen Wählern. Nach einer Selbsteinordnung der Le Pen-Wähler stimmten für ihn 13 % der „Priviligierten", 9 % der *„Vermögenden"*, 12 % der *„oberen Mittelschichten"*, aber 19 % der *„kleinen Leute"* und 33 % der *„Benachteiligten"*. In der Arbeiterschaft wurde Le Pen zum stärksten Kandidaten: 27 % der Arbeiter mit französischem Paß (und 33 % der Arbeitslosen) stimmten für den Rechtsextremen.

Besonders aufschlußreich sind die Antworten der FN-Wähler auf die Frage, welche politischen Probleme für ihre Wahlentscheidung ausschlaggebend waren. Nur zwei Probleme wurden von ihnen häufiger als vom Durchschnitt der Wählerschaft genannt: *„die Einwanderung"* (54 % der Le Pen-Wähler, nur 13 % der Wählerschaft insgesamt) sowie *„die Unsicherheit"* (14 % gegenüber 5 % im Durchschnitt der Wählerschaft). Alle anderen Probleme waren für die Le Pen-Wähler von geringerer Bedeutung, einschließlich der Arbeitslosigkeit und der sozialen Ungleichheit. Das „Zentrum für Studien des französischen politischen Lebens" (CEVIPOF) gab dazu folgende Erklärung ab: *„10 bis 15 % der französischen Bevölkerung betrachten alle Probleme der französischen Gesellschaft durch den Filter 'Einwanderungsproblem'."*

### Kriminelle Kontakte

Der Front National rekrutiert und gewinnt seine Mitglieder, Sympathisanten und Wähler aus den unterschiedlichsten sozialen

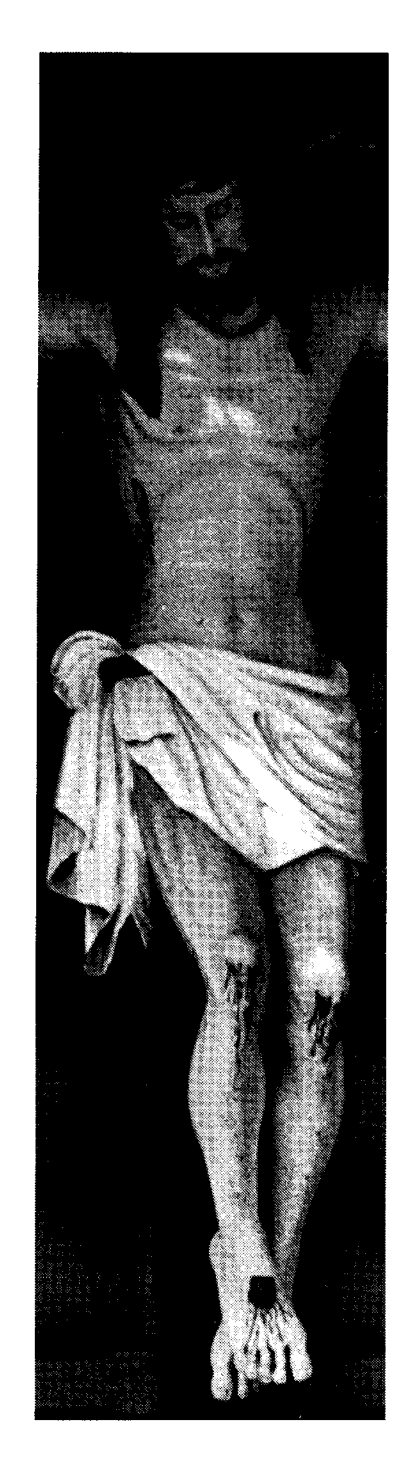
Schichten und politischen Lagern. Als auf der extremen Rechten absolut dominierende Formation, die heutzutage keine größere konkurrierende Organisation mehr neben sich zu erdulden hat, integriert der FN auch Teile des gewalttätigen Neonazispektrums.

In den letzten Jahren hat die manifeste Gewalttätigkeit aus den Reihen des FN zugenommen. Am 21. Februar 1995, zu Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes für Le Pen, erschossen in Marseille drei Plakatkleber des FN den 17-jährigen Ibrahim Ali, einen von den Komoren stammenden Rap-Sänger. Der FN reagierte kaltschnäuzig. Parteisprecher Alain Vizier kommentierte: *„Es gibt immer Manipulationen in Wahlkampfzeiten"*, bisher lägen lediglich *„Zeugenaussagen von ein paar Komorern"* vor.

Und bei der großen FN-Demonstration am 1. Mai 1995 – bei der alljährlich die „Nationalheilige" der Rechtsextremen Jeanne d'Arc verehrt wird – ertränkten vier Skinheads aus dem Demonstrationszug heraus den Marokkaner Brahim Bouaraam in der Seine. Wie sich herausstellte, waren die Mörder (Le Pen sprach ursprünglich von *„kommunistischen Skinheads"*) nicht Mitglieder der Partei, sondern der kleinen militanten Neonazi-Gruppierung „Oeuvre Française". Seitdem versucht der FN, sich unter dem Vorwand der Nichtmitgliedschaft der Täter reinzuwaschen. Als Parteichef Le Pen am 25. Januar 1996 in einer Fernseh-Talkshow mit einem Filmbeitrag konfrontiert wurde, in dem mehrere Nazi-Skinheads von ihrer Zeit beim Ordnerdienst des Front National berichteten, kommentierte er: *„Mit dieser einen Ausnahme"* würden keine Skinheads im FN-Ordnerdienst geduldet, *„unser Ordnerdienst trägt ordentliche Anzüge und Krawatte"*.

## Ideologische Bausteine

Besonders intensiv ist die Verflechtung der Jugendorganisation Front National de la Jeunesse (FNJ) mit militanten Neonazigrüppchen. Nachdem am Rande einer verbotenen Demonstration neonazistischer Splittergruppen und des FNJ gegen *„50 Jahre amerikanischen Imperialismus in Europa"* im Mai 1994 der Neonazi Sebastien Deyzieu sich aus einem Fenster stürzte, um einer Personenkontrolle der Polizei zu entgehen, und dabei zu Tode kam, erhob die FN-Jugendorganisation den 22-jährigen zum Märtyrer der *„antinationalen Repression"*. Deyzieu war wie die Mörder des Marokkaners Brahim Bouaraam, Mitglied der Gruppierung „Oeuvre française". Ein Teilnehmer an der „Sommeruniversität" des FNJ im Juli 1995 vertraute der Zeitung „Le Monde" an, hinter verschlossenen Türen sei dort dem bewaffneten Kampf das Wort geredet worden. Der Chef des FNJ, Samuel Maréchal (Schwiegersohn Le Pens) habe Freiwillige gesucht, die bereit seien, *„für drei Monate von zu Hause wegzugehen, um eine Ausbildung in Kampfsport zu verfolgen"*.[3]



**NF und Klerus...**

Das Wort „Front" beschreibt recht zutreffend die innere Struktur der rechtsextremen Formation. Der FN ist keineswegs eine monolithische Einheitspartei. Vielmehr besteht er, unter der Oberfläche des Führerkults, aus mehreren ideologisch unterschiedlichen, wenn auch nicht völlig gegensätzlichen Flügeln. Die bedeutendste ideologische Differenz bildet der Gegensatz zwischen den katholischen Fundamentalisten (die die „Lebensschützer"-Kommandos gegen die Abtreibung anleiten) und den Ideologen der „Neuen Rechten", welche das „Judeo-Christentum" und den Monotheismus als den Ursprung des „falschen Gedankens von der Gleichheit der Menschen (vor Gott)" bekämpfen und, auf der Suche nach einer „europäischen Identität", keltische und germanische Götterkulte ausgraben.

Die Ideologen der „Neuen Rechten", die sich in den 70er Jahren in Denkfabriken und Clubs wie GRECE (Gruppe für Forschungen über die europäische Zivilisation) und dem „Club d'Horloge" organisierten, haben dem Front National zwar einige seiner Kader geliefert, wie Yvan Blot, der früher Mitglied der Gaullistenpartei RPR und deren Generalsekretär war. Heute sitzt Blot als Mitglied der „Fraktion der Europäischen Rechten" für den FN im Europaparlament. Viele dieser Ideologiefabrikanten stehen aber dem FN kritisch bis ablehnend gegenüber, weil dieser als Massenpartei nur sehr oberflächlich – als eine Art „Ein-Punkt-Bewegung" zum Thema „Ausländer/Immigration" – Wähler an sich ziehe, aber nicht grundsätzlich an der Beseitigung falscher Wertvorstellungen wie Freiheit und Gleichheit arbeite.

Die klügsten ihrer Vordenker feilen deswegen an einer „Querfrontstrategie": Nicht über eine Massenpartei, die ohnehin nur oberflächlich auf das Bewußtsein einwirke, sollen die Werte und Grundideen der Gesellschaft beeinflußt werden, sondern auf der gesamten Front der politischen und gesellschaftlichen Kräfte. Der von diesen Kadern eingeführte Begriff der 'Metapolitik' signalisiert diesen Kampf um Ideen jenseits der Niederungen des politischen Kampfes zwischen rechts und links. Die „Neue Rechte" wähnt sich in einem Kampf um „kulturelle Hegemonie", der die als homogen vorgestellte nationale Kultur wieder einsetzen soll. 'Kultur' begreift die Nouvelle Droite in Anlehnung an Alain de Benoist, Chefideologe der GRECE, als Befehls- und Ausgabestelle für Werte und Ideen und als Schlüssel zur Machtergreifung. Allein den Ideen wird im Konzept des Kulturkampfes eine Wirkung auf menschliches Verhalten zugesprochen. Der ideenpolitische Kampf gilt der gesamten freizügigen Gesellschaft des Westens, einem verallgemeinerten Begriff des Liberalismus, unter dem verschiedene Phänomene wie Feminismus, Fast Food, Marxismus oder ein angeblich schwacher Staat subsumiert werden. Die Auffassung der Neuen Rechten von Liberalismus bringt die Gesellschaftsform zum Verschwinden, der die liberale Ideologie ihre Entstehung verdankte.[4]

Alain de Benoist erklärte schon früh den Liberalismus und die Aufklärung – die erst die Grundlage für den später aufkommenden Sozialismus und Marxismus gelegt hätten – zum Hauptfeind und schrieb in den frühen 80er Jahren, das „dekadente" westliche System mit seinen Bürgerrechten sei viel gefährlicher für die „Zersetzung" und den Untergang der Kultur, als das sowjetische System.

Alain de Benoist versuchte daher stets, auch in den Reihen der Linken mit seiner ideologischen Arbeit anzusetzen: 1984 erklärte er, er werde bei den Europaparlamentswahlen die Kommunistische Partei wählen. Im Laufe der Zeit trug seine Strate-

gie einige Früchte: Mit einigen ehemaligen Kommunisten, denen mit dem Niedergang des sowjetischen Systems ihr gesellschaftliches Projekt abhanden kam, konnte er in den Dialog kommen. Im Jahr 1982 wurde er beim KP-nahen „Institut für marxistische Forschungen" (IRM) zu einem Seminar eingeladen. Einige Ex-Kommunisten sind übrigens auch rechtsaußen gelandet: so Jean-Edern Hallier, Herausgeber der Zeitschrift „L'idiot international" und jüngst Roger Garaudy, ehemals Hausphilosoph des KP-Chefs Maurice Thorez (1900-1964) und 1970 aus der Partei ausgeschlossen, der in geschichtsrevisionistischen Zeitschriften Holocaustleugnende Thesen wälzt.

## Ethnopluralismus und nationale Identität

Auch beim Zentralthema des FN, der „Überfremdung" und „nationalen Identität", haben die Ideologen der „Neuen Rechten" an der rechtsextremen Partei einiges auszusetzen. Sie werfen dem FN vor, nur ganz oberflächlich die französische „Identität" gegen die Immigration zu verteidigen, während eine ideologische Tiefenarbeit es erfordere, die „Identität" aller Völker (als jeweils geschlossene Gebilde) zu verteidigen. Alain de Benoist unterstützt in diesem Sinne auch den Nationalismus von Völkern der „Dritten Welt" und den Kampf gegen Kolonialismus und amerikanische Hegemonie als Beitrag zur allseitigen Entwicklung der völkischen „Identität".

Die Nouvelle Droite verficht das Konzept des Ethnopluralismus, das die „nationale Frage" in erster Linie an das Volk und nicht an den Staat bindet. „Nationale Identität" wird kulturrelativistisch als Differenz der „kulturellen Identitäten" der Völker begriffen. Nationalismus ist hier das kulturrevolutionäre Konzept, das die Selbstbesinnung der Völker auf ihre unverwechselbare und unaustauschbare Identität herstellen solle. Im ethnopluralistischen Diskurs taucht der Begriff der Rasse (wie bei der traditionellen Rechten) nicht mehr auf. Sein Thema ist nicht die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen. Hierbei wird einer „Kultur" eine Objektivität und Abgrenzbarkeit zugesprochen, die sie an ein bestimmtes Volk bindet. „Mischung", „Überflutung" und „Überfremdung" werden als Untergang des „Eigenen" verstanden, denn jeder Mensch brauche eine spezifische Identität zum Überleben. Die als allgemein menschlich gedachte „Zivilisation" gilt der ethnopluralistischen Weltanschauung als Feind der „Kultur", denn die besondere Kultur benötige eine Abgrenzung vom abstrakten Universalismus. Egalitäre Ideologien zersetzten die Substanz der Kultur, weil sie „Mischung" herbeiführten.[5]

Einige Lehren haben die Ideologen des Front National trotz der ideologischen Differenzen von den Vordenkern der „Neuen Rechten" gezogen. So betont der FN seit dem Niedergang des sowjetischen Systems nicht mehr wie in den 80er Jahren den traditionellen Antikommunismus. 1992 erklärte Le Pen: „Auf Tote und Sterbende schießt man nicht." Der FN visiert zunehmend den Liberalismus und das „dekadente, verfaulende System" als Hauptfeind an. Frucht dieser Orientierung ist der neue Slogan, der von der Jugendorganisation FNJ kreiert und im Sommer 1995 von Le Pen übernommen wurde: *„Nicht links, nicht rechts, sondern Franzose."* Und während des Golfkriegs 1991 prangerte der Front National den amerikanischen (und „jüdischen") Krieg an und predigte den nationalen Isolationismus und die Unterstützung „junger, starker, nationalistischer Staaten" der Dritten Welt wie die des Irak. Mit seinem damaligen Slogan gegen die französische Unterstützung der US-Intervention „Mitterand – der Krieg, Le Pen – der Friede" gelang es ihm, auch ehemals fortschrittliche Geister zu verwirren.

Sowohl anhand des Sozialprofils als auch der ideologischen Flügel der Partei zeigt sich, daß der FN auf mehreren Baustellen baggert. Seitdem die bürgerliche Rechte unter Chirac an der Regierung ist und dessen Wähler zunehmend ihre Enttäuschung und Unzufriedenheit äußern, ist der FN zunehmend bestrebt, die ehemaligen Anhänger Chiracs an sich zu ziehen. In den drei Städten, welche der FN seit den Kommunalwahlen vom Juni 1995 regiert (Toulon, Orange und Marignane), versuchen die rechtsextremen Bürgermeister insbesondere durch Steuersenkungen und Subventionskürzungen für Vereine und soziale Einrichtungen den bürgerlichen Mittelstand zu umwerben. Für die Zukunft der FN wird es entscheidend sein, ob es ihm gelingt, die unterschiedlichen von ihm angesprochenen Milieus unter einen Hut zu bringen. Rassismus und Nationalismus könnten das einigende Dach sein, unter dem sich sozial heterogene Kräfte vereinen.

**Bernhard Schmid**



**...gegen das „dekadente und verfaulende System"**

**Anmerkungen:**

1) taz, 11. 4. 85
2) Vgl. „Paris Espoir", Wahlkampfzeitung des FN im März 1993
3) Le Monde, Ausgabe 6./7. 8. 95
4) Vgl. Jost Müller, Mythen der Rechten. Nation, Ethnie, Kultur, Berlin, Amsterdam 1995, S. 18
5) Vgl. Mark Terkessidis, Kulturkampf. Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte, Köln 1995, S. 76–78

**Bernhard Schmid** ist freier Mitarbeiter der Tageszeitung junge welt und lebt in Paris.



# Wie es Euch gefällt

## Monopolisierung und Differenzierung der Medienkultur

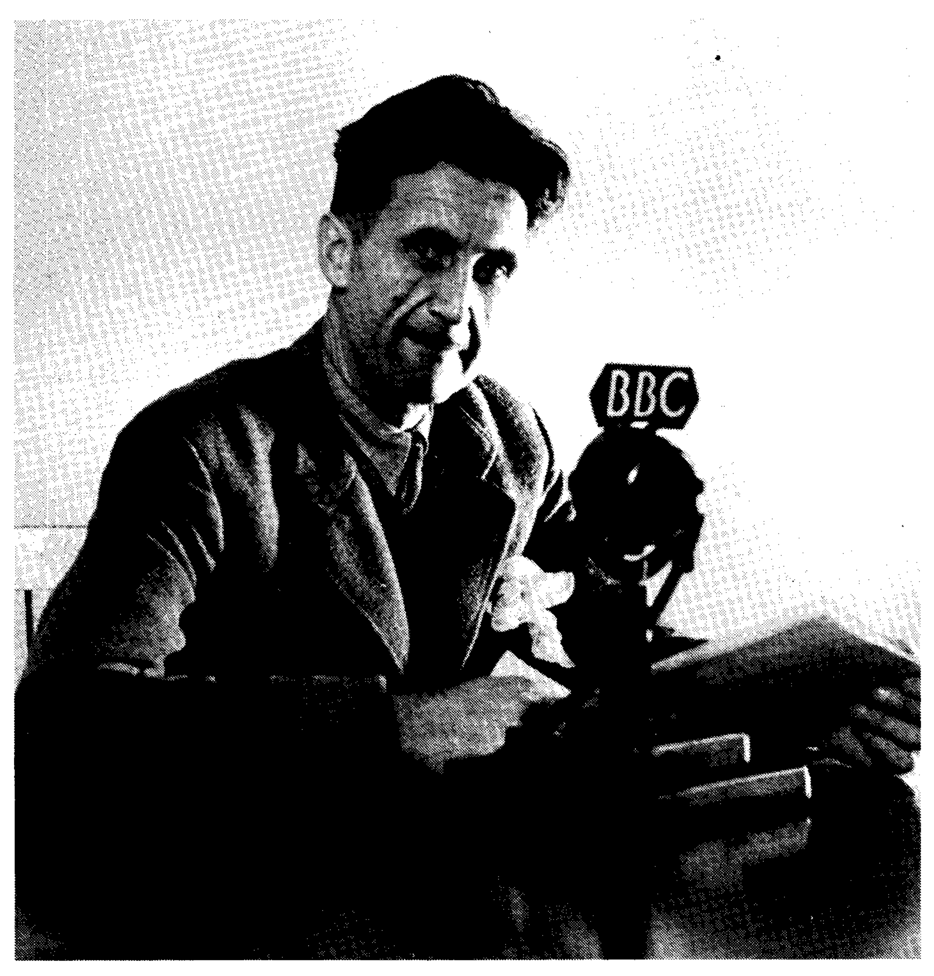
**Die Globalisierung der Informations- und Kommunikationssysteme brachte einen deutlichen Monopolisierungsschub in der Medienindustrie mit sich. Neben der Medienkonzentration läßt sich im „global village" aber auch eine gestiegene Angebotsvielfalt, eine Segmentierung des Kommunikationssystems beobachten. Manche entdecken in dieser Pluralität des Medienangebots partizipative Chancen zivilgesellschaftlicher Kräfte – so auch Stefan Müller-Doohm.**

Das Mediensystem erfährt derzeit nicht nur einen enormen ökonomischen Bedeutungszuwachs, vergleichbar dem einst überragenden Stellenwert der Automobilindustrie, sondern befindet sich sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene in permanenter Bewegung, nachdem sich weltweit eine Deregulations- und Denationalisierungspolitik durchsetzen konnte bzw. von mächtigen Interessengruppierungen auf internationaler Ebene politisch durchgesetzt wurde.

Diese atemberaubende Dynamik des Mediensystems ist dreifach bedingt: Zum einen durch die Innovationen in der Medientechnologie (Stichwort: Digitalisierung) und zum anderen durch die vorangetriebene Kommerzialisierung der Medien, den Wettbewerbsprozeß auf dem Weltmarkt und damit zusammenhängend schließlich durch die wachsenden horizontalen und vertikalen Marktverflechtungen und Großfusionierungen. Sie manifestieren sich in einer dramatisch steigenden Medienkonzentration. Dieser Konzentrationsprozeß vollzieht sich innerhalb eines weltumfassenden Marktsystems und führt dazu, daß immer weniger kapitalkräftige Multi-Media-Konzerne für die Produktion und Distribution heterogener kommunikativer Güter verantwortlich sind und folglich den Prozeß des Informationsaustauschs beherrschen, zumindest potentiell kontrollieren können.

Parallel mit der nach Marktgesetzen maximalen quantitativen Vermehrung des Medienangebots setzt sich eine qualitative Diversifikation in zweifacher Richtung durch. Diese Produktvielfalt bedeutet, daß die transnationalen Großkonzerne in allen Mediensektoren nach führenden Positionen streben (Stichwort: Multimediastruktur). Außerdem erschließen sie innerhalb der Einzelsparten wie der Printmedien oder der elektronischen Medien immer ausdifferenziertere Zielgruppen und versuchen, diese zukünftig durch Spartenkanäle und Video-On-Demand-Systeme an sich zu binden (Stichworte: Special-Interest-Medien, Individualisierung des Medien-Nutzungs-Verhaltens).

Die jüngsten, teilweise noch in Gang befindlichen Fusionen des Walt Disney Konzerns (16,4 Milliarden Dollar im Jahr) und von Time Warner/Turner (Umsatz: 18,7 Milliarden Dollar im Jahr) haben eine noch nie dagewesene Größenordnung erreicht.[1] Sie umfassen im Zuge vertikaler Integration alle Medien- und Telekommunikationssektoren, neben Zeitungen und Zeitschriften Studios, Fernsehketten, Kabelgesellschaften, Schallplattenunternehmen. In der Werbung sind diesen konglomeraten Großkonzernen damit parallele Marketing-Aktionen in den




Manipulation als Normalfall der Weltdarstellung

verschiedenen Teilmedien des Konzerns möglich (Crosspromotion). Indem weltweit agierenden Agenturen Werbemöglichkeiten gleichzeitig in unterschiedlichen Printmedien, im Hörfunk und Fernsehen angeboten werden können, lassen sich neben der Optimierung von Werbeeffekten finanziell attraktive Sonderkonditionen seitens der Werbekunden erzielen. Darüber hinaus kann der Multimedienkonzern seine Programmsoftware in seinen unterschiedlichen Mediensektoren gleichzeitig vermarkten und sich so Wettbewerbsvorteile bis hin zum Verkauf von Lizenzen für erfolgreich lancierte Markenartikel verschaffen.

Diese Expansion von Großkonzernen und ihre komplexen Verflechtungsstrategien zu immer gigantischeren Einheiten kartellartiger Multimedieneinheiten resultiert auch aus der Logik des Globalisierungsprozesses selbst: Um sich auf dem Weltmarkt gegen die Konkurrenz behaupten zu können, sind angesichts der erforderlichen Investitionsvolumina etwa im Zusammenhang mit dem Aufbau der Datenautobahnen immense Unternehmensgrößen unerläßlich... Schon in allernächster Zukunft wird es mit der digitalen Übertragung von Fernsehbildern möglich sein, nicht nur Informationen weltweit verfügbar zu machen, sondern auch statt der bisher 30 Fernsehprogramme bis zu 500 Kanäle zu empfangen. Damit entsteht als neuer expansiver Markt für Investitionen im Kommunikationssektor das interaktive Fernsehen in Form von Pay-TV: Immer speziellere Nachfragesegmente können gegen Bezahlung mit ihrem persönlichen Programm bedient werden.

Die Tendenz zu einer Allianz von Medienvertriebsystemen (Netzwerkbetreiber) und Medienproduzenten dürfte angesichts der Pläne für die „Information Highways" in Gestalt digitaler Netze kaum aufzuhalten sein. Die neue Stufe der Medientechnologie ist deshalb ökonomisch für die Industrie von besonderem Interesse, weil es mit der Digitalisierung möglich gemacht wird, ein einziges multifunktional verwendbares Übertragungsmedium zu etablieren, das für Telefon, Telefax, Bildschirmtext und Videotext, Radio und Fernsehen individuell zu nutzen ist, und zwar nach Maßgabe ganz persönlicher Abnehmerinteressen. Die Interaktivität kommunikativer Dienste könnte dann perspektivisch an die Stelle der obsoleten Programmmedien treten, womit langfristig – so eine optimistische Lesweise – der Weg von der Massenkommunikation zur Individualkommunikation offensteht: Für jeden, was er will.

Es ist allerdings zweifelhaft, ob sich dann, wenn sich diese Entwicklungsrichtung zur Individualkommunikation medientechnologisch und ökonomisch durchsetzen sollte, die medienrechtliche Problematik der Vielfaltsicherung und Medienkonzentration von selbst erledigt, weil jeder auf dem Medien- und Informationsmarkt exakt das in vielfältigen Formen findet, was er seinen speziellen Interessen gemäß sucht.[2] Zwar gibt es keine eindeutig kausale Beziehung zwischen ökonomischer Stärke und publizistischer Machtausübung. Aber die Brisanz der Machtbildung im Medienbereich besteht weniger in der allseits wahrnehmbaren Tatsache ideologischer Selbstverortung von Medienunternehmen – daß beispielsweise der vom Kirch-Konzern kontrollierte Fernsehsender SAT1 eine bestimmte politische Ausrichtung praktiziert.

## Omnipräsente mediale Symbole

Vielmehr liegt der Gefahrenpunkt darin, daß die Machtbildung im Medienbereich ein enormes Potential in sich birgt, der symbolischen Praxis der Gesellschaft eine objektive Prägung zu verleihen. Der Kosmos subjektiver Vorstellungen über die Ereignisse in der Welt ist durch die Wirklichkeitskonstruktion jener omnipräsenten Medien vermittelt, die in jedes Segment des Alltags mit ihren themenstrukturierenden Deutungsvorgaben einzudringen versuchen. Daß sie mit dieser Marktstrategie angesichts sich individualisierender Medienkommunikation nicht ganz erfolglos sind, indizieren einerseits die Zeitbudget- und Mediennutzungsdaten (im deutschen Durchschnitthaushalt läuft allein das Fernsehgerät fast fünf Stunden pro Tag) und andererseits das als Selbstverständlichkeit geltende medienzentrierte Orientierungsverhalten im Einstellungs- und Meinungsbildungsprozeß. Das, was man Meinungsklima nennen könnte, ist von den Medien der Massenkommunikation ebenso geschaffen, wie öffentlich wahrgenommene Ereignisse eben Medienereignisse sind.

Damit ist die Problematik einer von Medien vermittelten und das heißt heute einer von jenen Multimedienkonglomeraten hergestellten Öffentlichkeit angesprochen, die weltweit operierend dominante Positionen innerhalb des globalen Informations- und Kommunikationssystems besitzen. Im Zeitalter des Globalismus scheint ein zwingender Widerspruch zu bestehen zwischen einerseits den Monopolisierungstendenzen auf dem Weltmarkt der Informations- und Kommunikationsmedien und andererseits den demokratischen Prinzipien der Pluralität und Vielfalt, der Diskursivität innerhalb einer transparenten Weltöffentlichkeit als Teil der „Weltbürgergesellschaft" (Ralf Dahrendorf).

Dieser durch Globalisierung aktualisierte Problemkomplex leitet über zu der Frage, welche Konsequenzen sich für den kulturellen Eigensinn symbolischer Gemeinschaften aus der Globalisierung des Medien- und Informationssystems ergeben.

Massenmedien, gleichgültig welchen Typs, sind nicht nur neutrale Instrumente der Daten- und Informationsvermittlung innerhalb einer Öffentlichkeit, sondern auch Agenturen der Bedeutungssetzung und Sinnvermitt-

lung. Wenn davon auszugehen ist, daß Massenkommunikation ein mit publizistischen Mitteln gestalteter und folglich inszenierter Kommunikationsprozeß ist, dann ist dieser Prozeß konstitutiv für das, was wir das kulturelle Gefüge der Gesellschaft nennen können. Denn Kultur ist ja als ein historisch entstandenes, ausdifferenziertes System gemeinsamer Symbole zu definieren, auf dessen Grundlage die Subjekte ihren Erfahrungen Bedeutungen verleihen können, wodurch sich Sinnsetzungstraditionen als Strukturen herausbilden. Wie ist die Wechselbeziehung zwischen den transnationalen Multimedienkonzernen, deren kulturelle Leistungen Weltmarktbedingungen Rechnung tragen müssen, und der kulturellen Identität von Gesellschaften zu charakterisieren?

Auf der einen Seite lassen sich erst mit den globalen televisionären Netzwerken jene Bilder projizieren, die einen Eindruck von den Eigenarten regional heterogener Kulturen vermitteln. Ohne diese Vermittlungsleistungen wäre eine für die Moderne unerläßliche multikulturelle Handlungskompetenz weitaus schwieriger zu erlernen, als es ohnehin ist. Indem durch den Verbund verschiedener Medien die fernen Weltgeschehen in den Nahbereich der Wahrnehmbarkeit gerückt werden, tragen sie zum Abbau von Ethnozentrismus bei und befördern so eine Relativierung von partikularistischen Sichtweisen. Auf diese Weise stellen sich die Medien in den Traditionszusammenhang der Aufklärungskultur.

## Ambivalenz der Globalisierung

Auf der anderen Seite führt die globale Zirkulation von Zeichen und Symbolen zwecks Visualisierung des Weltganzen durch die transnational vernetzten Mediensysteme zu dem, was Marshal MacLuhan „global village" genannt hat. Abgesehen von dieser räumlichen und zeitlichen Abstandsverringerung, die nicht nur massenmediales Konstrukt, sondern mit fortschreitender Auflösung nationaler Gesellschaften in Weltmarktzusammenhängen real geworden ist, sind die visuellen Präsentationen von Welt notwendigerweise das simulative Machwerk der Multimedienkonzerne. Was bedeutet es, daß durch ihre Optik hindurch die subjektive Weltwahrnehmung stattfindet? Wird, wie Norbert Bolz apologetisch behauptet, „Manipulation ... zum Normalfall der Weltdarstellung"?

Dies ist eine empirisch gesehen offene Frage, über die sich einstweilen nur spekulieren läßt. Auf vier Entwicklungskonsequenzen soll an dieser Stelle aufmerksam gemacht werden. Zunächst einmal kann gesagt werden, daß die global zirkulierenden Bilder synthetische Produkte der weltweit operierenden Medienkonzerne sind. Ihre konsumistischen Sichtweisen und Wertvorstellungen, ihre moralischen und ästhetischen Orientierungsmuster manifestieren sich in den Visualisierungen, die in die heterogenen lokalen Kulturräume eindringen. Welche Strategien eines geradezu kulturimperialen Marketing dabei praktiziert werden, demonstriert der Walt Disney-Konzern. Kein Zweifel, daß es dabei zu einer Überrepräsentanz amerikanisch-europäischer Muster der Populärkultur und der Propagierung entsprechender Lebensstile kommt.

## Das Wirtshaus im Farbfilm

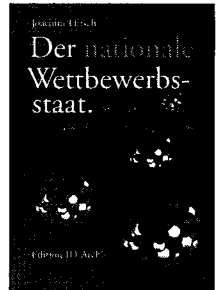
Weil das Welterleben vermitteltes Erleben von Kommunikation ist, gibt es kaum noch Überraschendes, nichts eigentlich definitiv Neues, sondern nur Redundanz, Variationen in der Form perspektivischer Wechsel. Immer schwieriger wird es damit, so noch einmal Norbert Bolz, „die Darstellung von Wirklichkeit an dieser 'selbst' zu messen." Die kulturellen Leistungen der vernetzten elektronischen Medien sind weder Reproduktion von empirischer Objektivität, noch stellen sie eine Form subjektiven Sehens dar. Vielmehr bauen sie eine eigene Welt auf, ein Simulationssystem, das „Kopien herstellt, ohne daß es noch Originale zu diesen Kopien gäbe" (Sobchak, S. 425).

Adornos gesellschaftstheoretischer Pessimismus hat ein weiteres Moment der globalen Kommunikationsgesellschaft antizipiert, die visuell in Szene setzt, was sich visualisieren läßt: „Das gemütliche alte Wirtshaus demoliert der Farbfilm mehr, als Bomben es vermochten: er rottet noch seine imago aus" (Adorno, S. 66). Adorno will damit sagen, daß die visuellen Inszenierungen, die heute als eine Flut von Fotos, Filmen, Informationen und Daten simultan um den Globus zirkulieren, die Wunschbilder eines gelungenen Lebens okkupieren: es gibt keine individuellen Vorstellungen in bezug auf wahr, richtig und gut jenseits der Flüchtigkeit jener medial universalisierten Vorbilder. Das kulturell Einzigartige in seinem diskontinuierlichen Nebeneinander gerinnt zum Kontinuum fabrizierter Bilderfolgen, die die Welteinheit überschwemmen und zur Erfahrung jenes déjà vu führen, die keinem Zeitgenossen der Moderne erspart bleibt.

Noch weitergehender ist die Vermutung, die Anthony Giddens angestellt hat: Ob nämlich die auch und gerade von Medien der Massenkommunikation beförderte Einebnung kultureller Identitäten den „Aufstieg lokaler Nationalismen" befördert? Es mag dahingestellt sein, ob die These haltbar ist, daß „zur gleichen Zeit, da es zu einer lateralen Ausdehnung sozialer Beziehungen kommt..., der Druck zugunsten lokaler Autonomie und regionaler Identität stärker wird". Fest steht jedoch, daß durch die Allgegenwart medientechnologisch vermittelter Bilderströme jene kulturellen Differenzen sich zunehmend verringern, die an der traditionellen Sprach- und Schriftform hängen. Im Maße, wie man die Heterogenität partikularer Sprachkulturen mit Hilfe universal benutzbarer Zeichensysteme im Globalisierungsprozeß zu überwinden versucht, wer-


**PUBLIKATIONEN 1995**

**Joachim Hirsch**
**Der nationale Wettbewerbsstaat**




Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus

*210 Seiten, 28,– DM*

Ausgehend von der Frankfurter Schule, dem französischen Neo-Marxismus und der neueren Regulationstheorie bietet ›Der nationale Wettbewerbsstaat‹ auch einen ersten Einstieg in die materialistische Staatskritik

**Kurdistan**
**Ein Fotobuch von R. Maro**

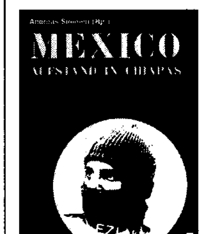
Mit Texten von Ronald Ofteringer und Ralf Bäcker Herausgegeben von medico international




*122 Seiten, ca. 60 z.t. ganzseitige Fotos, 28,– DM, Großformat, Fadenheftung*

Mit diesem Buch wird die jüngere Entwicklung in allen Teilen Kurdistans beschrieben. Beeindruckende Sozialfotografie und informative Texte zu einem Krieg ohne Grenzen.

**Andreas Simmen (Hg.)**
**Mexico**




Aufstand in Chiapas
Ein WoZ-Buch

*140 Seiten, 16,– DM,*

»Allen, die mehr wissen wollen über die Revolte in Chiapas und wie ich vielleicht zu wenig Überblick haben über die Thematik, kann das Buch also bedingungslos empfohlen werden.« (Brüche, Kassel)




**Die Beute**
Politik und Verbrechen – vierteljährlich

*144 Seiten, 14,– DM*

Heft 8/Winter 95/96: **now!**
Heft 7/Herbst 95: **Schwarze Löcher**

▲ Edition ID-Archiv ▲
▼ Postfach 360205 ▼ 10972 Berlin ▼

den mit den semantischen Differenzen die deutungsrelevanten Übersetzungsleistungen und damit die verstehende Aneignung jeweils eigensinniger Kulturmuster überflüssig. So gerät der fast zwanzig Bedeutungsnuancen umfassende Erfahrungsgehalt von 'Schnee' bei den Eskimos in Vergessenheit, weil das universelle Zeichen für die Schnee genannte Sache in eindeutiger Weise kodiert sein muß, um von allen medial kommunizierenden Kulturen auf die gleiche Weise verstanden zu werden.[3]

## Kolonialisierung auf Katzenpfoten

Aus der Verknüpfung der Analyse der Struktur des Informations- und Kommunikationssystems mit einer Kulturanalyse seiner immateriellen Erzeugnisse in Form symbolischer Zeichen ergeben sich mindestens drei Problemkomplexe: Zum einen besitzen ausgehend von den Prozessen der Medienkonzentration die transnationalen Marktführer als Sendezentralen eine überragende Machtstellung. Die sich aus dieser Hegemonialität wie von selbst ergebenden Ansprüche auf privilegierte Einflußnahme auf die öffentliche Agenda können objektiv in einen Gegensatz geraten zur Zielbestimmung einer vielfältigen und offenen Informationsvermittlung.

Zum zweiten kann das Prinzip des „Wie es Euch gefällt" für die kommunikative Verständigungspraxis innerhalb von Kulturgemeinschaften zu einer Segmentierung und Separierung des Kommunikationsverhaltens führen. Der Bruch zwischen den kulturellen Milieus und symbolischen Gemeinschaften kann sich so zuspitzen, daß eine Art Sprachverwirrung zwischen disparaten Subkulturen zustande kommt.

Zum dritten wird die kulturelle Verfassung der Gesellschaft zukünftig in immer stärkerem Umfang von visuellen Symboliken bestimmt. Diesen visuellen Ausdrucksformen ist indes der nicht-diskursive Charakter präsentativer Symbole eigen. Sie haben zwar den Vorteil schneller und allseitiger Dekodierung durch die Rezipienten, die unterschiedlichen kulturellen Gemeinschaften angehören. Aber dieser Zeitgewinn im Kommunikationsprozeß kann auf Kosten einer beratschlagenden Geltungsprüfung gehen, die für eine demokratische Ordnung der Weltbürgergesellschaft unverzichtbar ist.

Im Prozeß der Globalisierung der Welt als kommunikatives System kristallisieren sich diese drei Entwicklungstendenzen – Medienkonzentration, Segmentierung und Visualisierung – immer deutlicher heraus. Dabei konfrontiert uns die Gleichzeitigkeit von Zentralisierung und Differenzierung im globalen Geflecht von Kommunikation mit einer weiteren Paradoxie: Medienkonzentration scheint die konflikthafte Dimension eines publizistischen Machtbildungsprozesses dann zu verlieren, wenn die Angebotsvielfalt insgesamt multikulturell orientierter, plural gestalteter Medien auf ein individualisiertes Nutzungsverhalten reagiert, so daß jedes kulturelle Segment auf seine Kosten kommt.

## Eine neue Internationale?

Ein solcher Partikularismus birgt dennoch zwei Gefahrenmomente in sich. Erstens kann trotz kultureller Heterogenität der massenmedialen Bilder und Themen das Leitbild einer verbindlich gemachten Philosophie 'richtigen Lebens' zum Tragen kommen. Das wäre eine kulturelle Kolonialisierung auf Katzenpfoten (J. Weiß). Zweitens besteht die Gefahr, daß der Multikulturalismus im kommunikativen System dieses System in Richtung eines zentrifugalen Drifts sprengt: Am Ende einer Entgrenzung der Kommunikation stünden sich atomisierte kommunikative Teilkulturen verständnislos gegenüber, deren ausdifferenzierte kommunikative Nachfrage von spezialisierten Experten dieser Kulturen bedient werden müßte: ein globales Dorf, in dem „Milieuethnozentrismus" (Gerhard Schulze) herrscht, weil jeder in seiner medientechnologisch perfekt ausgestatteten Hütte bliebe und deshalb der eine dem anderen mehr oder weniger fremd gegenüberstünde.

Der ersten Schreckensvision einer kulturellen Hegemonie durch das globale Mediensystem läßt sich entgegenhalten: Daß die geschichtlich gewachsene Realität kultureller Differenzen ein Reservoir von Verschiedenheiten ist, das weder durch die Homogenisierungstendenzen einer globalen Medienkultur, noch durch die Strategien ihrer marktbezogenen Nachfrageorientierung an kleinen und kleinsten Zielgruppen ausgetrocknet werden kann. Die zweite Schreckensvision sich gegenseitig abschottender Kommunikationskulturen wird durch eine Gegentendenz abgemildert. Sie besteht in der Möglichkeit, daß in Kenntnis der Globalität der Kommunikation und als geschickte Reaktion auf die Medienmonopole eine öffentliche Symbolpolitik von unten durch einen Druck zivilgesellschaftlicher Assoziationen entfaltet wird.

Erstmals war eine solche symbolpolitische Gegenströmung zu erkennen, als die Protestbewegung gegen den Golfkrieg eine Ikonographie der stummen Zeichen des Todes inszenierte: weiße Grabkreuze an Verkehrsknotenpunkten, die Blutspur von der iranischen zur amerikanischen Botschaft etc. Aktueller sind die jüngsten Aktionen von „Non gouvernmental organisations" wie Greenpeace, Amnesty International, Terre des Hommes. So konnte Greenpeace in der Auseinandersetzung über die Versenkung der Ölplattform Brent-Spar gegen den Großkonzern Shell mit ihrer Symbolpolitik von dem weltweiten Mediensystem Besitz ergreifen, ohne selbst Besitzer zu sein.

Greenpeace, von der 'Zeit' als Organisation der „Neuen Internationale" ausgemacht (Die Zeit, 25. 8. 1995), hat die Multimedienkonzerne nicht bekämpft oder unterlaufen, sondern sich ihrer mit deren eigenen Mitteln bedient. Diese Mittel bestehen aus Symbolen; sie bringen in verdichteter Anschaulichkeit ökonomische, ökologische, politische und kulturelle Überlebensinteressen der Weltbürgergesellschaft zum Ausdruck, um durch diese Eindringlichkeit Öffentlichkeit herzustellen und Diskursivität zu provozieren, denen sich das globale Mediensystem nur um den Preis entziehen kann, mit seiner eigenen objektiven Zweckbestimmung in Widerspruch zu geraten.

**Stefan Müller-Doohm**

**Anmerkungen:**

1) In Europa rangiert die Unternehmensgruppe Bertelsmann neben Fineinvest von Silvio Berlusconi, News Coperation von Rupert Murdoch und der Leo Kirch-Gruppe mit Abstand an erster Stelle. Mit knapp 14 Milliarden Dollar Jahresumsatz zählt sie zwar zu den umsatzstärksten Medienkonzernen, muß sich aber auf dem Weltmarkt gegenüber der um Vormacht bemühten Phalanx amerikanischer Giganten behaupten.

2) Es sei dann sekundär, so wird von interessierter Seite behauptet, welcher Medienkonzern das spezielle Medienprodukt erzeugt hat und vertreibt: jede Nachfrage, mag sie noch so partiell sein, werde bedient. Sie muß freilich zahlungsfähig oder für die sekundäre Verwertung als Werbeeinheit von Interesse sein.

3) Es wäre reizvoll, empirisch zu überprüfen, ob mit dieser „Delokalisierung" (Paul Virilio) von Bedeutungsgehalten und Sinnbezügen sich die emphatischen Zugehörigkeitsgefühle zu autonom gedachten Kulturen tendenziell auflösen, wenn ihre symbolische Vergegenständlichung sich in der abstrakten Zeichensprache von medialen Bildern vollzieht.

**Kleines Literaturverzeichnis:**

**Adorno**, Theodor, Ohne Leitbild Parva Aestetica, Frankfurt/M. 1967
**Bolz**, Norbert, Für eine posthumane Kultur, in: Andreas Kuhlmann (hg.): Philosophische Ansichten der Kultur der Moderne, Frankfurt/M. 1994
**Dahrendorf**, Ralf, Der moderne soziale Konflikt, München 1994
**Flusser**, Vilém, Ins Universum der technischen Bilder, Göttingen 1992
**Giddens**, Anthony, Konsequenzen der Moderne, Frankfurt/M. 1995
**McLuhan**, Marshall/Powers, Bruce R., The Global Village. Der Weg der Mediengesellschaft in das 21. Jahrhundert, Paderborn 1993
**Müller-Doohm**, Stefan/**Neumann-Braun**, Klaus (Hrg.), Kulturinszenierungen, Frankfurt/M. 1995
**Peters**, Bernhard, Der Sinn von Öffentlichkeit, in: KZfSS, Sonderheft 34, Friedhelm **Neidhardt** (Hrg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen 1994
**Sobchak**, Vivian, The Scene of the Screen. Beiträge zu einer Phänomenologie der 'Gegenwärtigkeit' im Film und in den elektronischen Medien, in: H.U. **Gumbrecht**/K. L. **Pfeiffer** (Hg.): Materialität der Kommunikation, Frankfurt/M. 1988
**Virilio**, Paul, Rasender Stillstand, München 1992
**Weiß**, Johannes, Vernunft und Vernichtung. Zur Philosophie und Soziologie der Moderne, Opladen 1993

**Stefan Müller-Doohm** ist Professor am Institut für Soziologie der Universität Oldenburg. Zusammen mit Klaus Neumann-Braun hat er zuletzt herausgegeben: **Kulturinszenierungen**, Frankfurt/M., 1995.



# Vernetzt und verstrickt

## Konferenz über die Zukunft der NGOs im „global village"

Welche Bedeutung haben NGO-Netzwerke für die gesellschaftspolitische Verknüpfung von lokalen und internationalen Handlungsräumen? Inwiefern erhöhen sie die politische Einflußnahme und Gestaltungsmacht der einzelnen Akteure? Welche Rolle spielen NGO-Netzwerke bei der Demokratisierung internationaler Beziehungen? Welche Kommunikationsbrüche und Fallstricke der Netzwerkbildung treten dabei auf? Diese Fragestellungen standen im Mittelpunkt der internationalen Fachkonferenz **„Networking – Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftpolitische Produktivkraft"**, die am 16. und 17. Februar 1996 in der Freien Universität Berlin von *Heike Walk, Achim Brunnengräber* und *Elmar Altvater* veranstaltet wurde.

In den Diskussionen wurde deutlich, daß sowohl innerhalb der Sozialwissenschaften als auch in der Praxis noch erhebliche Wissenslücken bzw. mangelnde empirische Erkenntnisse über die neue Dynamik des „global networking" vorhanden sind, zumal es sich bei der Netzwerkbildung und dem intensiven Engagement der NGOs gerade bei den internationalen UN-Konferenzen um ein relativ neues Phänomen handelt. Um dieses analytisch zu fassen, müßten auch die Kontextbedingungen berücksichtigt werden.

*Michael Zürn* (Universität Bremen) konstatierte einen anhaltenden Globalisierungsschub, der von einer Doppelbewegung von politischer Fragmentierung und politischer Integration begleitet sei. Durch diesen Doppelprozeß würde der Nationalstaat in die Krise geraten und für viele aktuelle Problemlagen ineffektiv, da er seine Steuerungsfähigkeit verliere. Zürn plädierte deshalb für die Bildung von Gegenpolen der gesellschaftliche Akteure als Reaktion auf den wachsenden internationalen Institutionalisierungsprozeß. Als glaubhafte Informationslieferanten, als Initiatoren transnationaler Boykotte oder als demokratische Komponente internationaler Abkommen komme den NGOs dabei gleich in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Bedeutung zu. Sie hätten die Funktion, die Gesellschaft wieder in den Globalisierungsprozeß einzubetten, d.h. die NGOs müßten Mittel und Wege finden, sich innerhalb des „komplexen Weltregierens" ihre politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten zu sichern. Damit sei auch die Frage nach neuen Steuerungskonzepten aufgeworfen. Jedenfalls könnten auch NGOs keine transnationalen Vorgaben am Staat vorbei realisieren.

Dazu müßte nicht zuletzt auch von verengten Raum-Zeit-Vorstellungen Abschied genommen werden. Denn, so argumentierte *Elmar Altvater* (Freie Universität Berlin) in seinem Referat, es gäbe keinen Weg zurück zur Nichtglobalisierung: die ganze Welt folge nunmehr einem Wirtschaftsmodell. Andererseits sei zwischen Globalisierung als Prozeß und Globalität als Zustand zu unterscheiden. Globalität sei aufgrund der Begrenztheit des Planeten und der „Nichtverallgemeinerbarkeit" des westlichen Industrialisierungsmodells nicht möglich. Unter den TeilnehmerInnen entwickelte sich im Anschluß an die beiden Referate eine spannende Diskussion um Fragen der Funktionalität von NGOs auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene oder, wie *Peter Wahl* (WEED, Bonn) es formulierte, über die selektive Indienstnahme der komparativen Vorteile der NGOs.

Die VeranstalterInnen *Achim Brunnengräber* und *Heike Walk* (Freie Universität Berlin) analysierten in ihrem Impulsreferat das „Netzwerk Klimagipfel", das sich vor dem Hintergrund der ersten Klimakonferenz in Berlin herausbildete und ausschließlich auf der lokalen Ebene aktiv war. Darauf aufbauend wurden aus der Konferenzbeobachtung auch erste Schlußfolgerungen über die „globale NGO-Community" gezogen. Im Rahmen des Forschungsprojektes „Die internationalen Nord-Süd-Beziehungen als lokale Politikarena – Nicht-Regierungsorganisationen, ihre Vernetzungen und die Formen ihrer Interaktion mit dem politisch- administrativen System – untersucht am Beispiel der Vertagsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention 1995 in Berlin" sei deutlich geworden, daß es zu erheblichen Kommunikationsbrüchen unter den Akteuren auf der lokalen sowie der nationalen und internationalen Ebene gekommen sei. Eine inhaltliche Verknüpfung von Lokalität und Globalität als spezifischer Handlungsebene – entsprechend der Leitidee „Global denken – lokal handeln" – sei nicht geleistet worden.

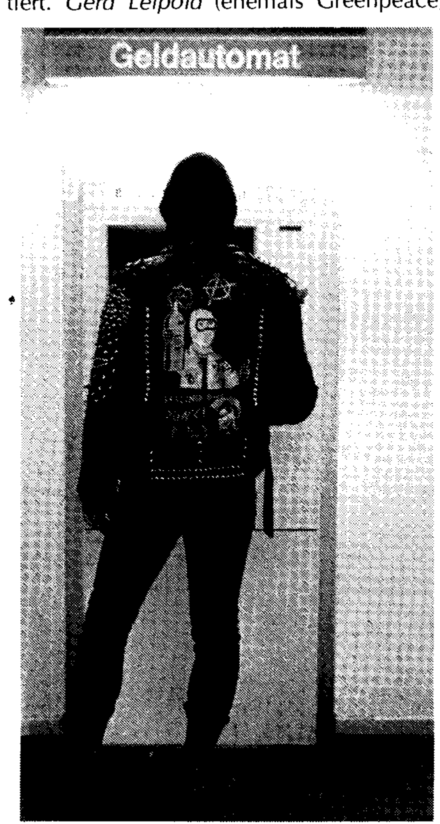
Aus diesen Erkenntnissen wurde ein NGO-Klassifikationsschema entwickelt, demzufolge NGOs als neue soziale Bewegungen, Mittler- bzw. intermediäre Organisationen oder Stellvertreter-Organisationen eingestuft werden. Diese Gruppen ließen sich hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Verankerung, ihrer politischen Handlungsebene, ihren Themenfeldern, ihren Aktionsformen und ihres Politikstil unterscheiden. Die Stellvertreter-Organisationen stellten ein neues gesellschaftpolitisches Phänomen. Diese NGOs hätten kaum noch eine Basisverankerung und ihre Aktivitäten würden sich vorwiegend an der internationalen Handlungsebene ausrichten. Damit wurde die Frage aufgeworfen, welche Einflüsse das Agenda-Setting in der internationalen Politikarena auf die lokalen Akteure hat, bzw. welche Einflußmöglichkeiten die lokalen Akteure umgekehrt auf die internationalen Politikprozesse besitzen.

In seiner kritischen Würdigung der Projektergebnisse setzte *Robert Kappel* (Universität Bremen) an dem Klassifizierungsversuch an und forderte eine genauere gesellschaftspolitische Verortung der NGOs. Er bezeichnete die NGOs als mittelstandsorientierte Vereinigungen, wie das Beispiel des „Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nicht- Regierungsorganisationen" (VENRO) zeige. Dort herrsche eine entpolitisierte Stimmung. Die Macht der NGOs speise sich aus der Nähe zum Staat; die NGOs (und ihre Netzwerke noch mehr) würden zur Anpassung neigen und scheuten die Evaluierung. Ein kritischer Diskurs müsse unter den NGOs erst wieder angekurbelt werden.

Kurzberichte aus der Praxis, die sich mit jeweils spezifischen Vernetzungsprozessen im Rahmen der Klimakonferenz in Berlin beschäftigten, folgten diesen theoretischen Ausführungen. Nach einer kurzen Einführung in die Klimaproblematik skizzierte *Dirk Hofmann* (Ökologische Stadtwelten, Berlin) die Zusammenarbeit zwischen dem „Climate Action Network" (CAN), der AG-Klima des nationalen „Forum Umwelt und Entwicklung" aus Bonn und dem „Klimaforum `95" aus Berlin. Das größte Problem sei gewesen, daß die jeweiligen Akteure der drei Ebenen lokal, national und international die Konferenz jeweils für sich beansprucht hätten, so daß die Netzwerkstrukturen letztlich nicht „nachhaltig" gewesen seien. Nach „außen" sei allerdings der Eindruck vermittelt worden, die NGOs seien eine gut organisierte Kraft.

*Ann Stafford* stellte ein international operierendes Jugendnetzwerk (Jugend-Projekt-Werkstatt Umwelt und Entwicklung, Berlin) vor, dem es gelang, die lokalen, basisnahen Aktionen und das Lobbying zu verbinden. Den Abschluß des Berliner Praxisteils bildete *Robert Große* (FDCL, Berlin) mit seiner Einschätzung der gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen für die Berliner NGOs. Ihm zufolge müsse eine systematische und innovative Auseinandersetzung zwischen umwelt- und entwicklungspolitischen Themen auf lokaler Ebene in Berlin den erfolgversprechenden Vernetzungsprozessen auf der internationalen Ebene vorausgehen.

Erfahrungen aus der internationalen Praxis wurden von vier ReferentInnen präsentiert. *Gerd Leipold* (ehemals Greenpeace) begann mit der Darstellung der Bedeutung von Netzwerkstrukturen für öffentlichkeitswirksame Kampagnen am Beispiel von Greenpeace. Bei Kampagnen sei die Entscheidungsstruktur von dezentralen Netzwerken – so seine These – eher negativ einzuschätzen. Denn hierarchische Strukturen im Hintergrund der vernetzten Aktivitäten seien bei den Greenpeace-Aktionen oft sehr hilfreich gewesen. *Nikola Zeuner* (Arizona Toxics Information, Bisbee) stellte zwei Netzwerke aus der Grenzregion Mexiko/USA vor. Der Partizipationsprozeß in Form der Politik des Runden Tisches sei dort sehr viel weiter vorangeschritten als in der BRD und würde von den NGOs nicht mehr in Frage gestellt. Durch die besondere Situation in der Grenzregion verschwimme die legale und regionale mit der internationalen Ebene. Die unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Kulturen Mexikos und der USA würden in die Politikprozesse mit einfließen und prägten ein beständiges Nebeneinander und die Wechselwirkungen zwischen den Akteuren. Allerdings erwähnte sie auch die finanziell dominante Rolle der US-amerikanischen Akteure in diesem Prozeß.




**Auch Nicht-Regierende heben ab (Foto R. Maro)**

Einen kritischen Blick warf *Francisco de Assis Costa* aus Brasilien (Nucleo de Altos Estudos Amazonicos, Belém) auf die unterschiedlichen NGO-Netzwerkbildungen im brasilianischen Amazonasgebiet. Die zunehmende Teilnahme von NGOs an gemeinsamen Diskussionen mit staatlichen Institutionen und die eingeschränkte Einflußnahme könne zu einer Wiederbelebung der alten Eliten führen, so seine Vermutung. Mit der Konzentration auf Umweltthemen würde gleichzeitig die Marginalisierung der entwicklungspolitischen Themen einhergehen. In den 80er Jahren hätten sich verstärkt neue spezialisierte NGOs organisiert, die vom Norden finanziell unterstützt und strategisch geleitet würden. Daran knüpfte das Referat von *Clarita Müller-Plantenberg* (Fachhochschule Kassel) an, in dem sie mit der Darstellung des Klimabündnisses der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder die Frage aufwarf, wie die internationale Zivilgesellschaft gestärkt werden könnte. Eine von NGOs dominierte Zivilgesellschaft, so wurde später bemerkt, sei jedoch eine Scheinalternative.

In seinem Schlußreferat und seiner Konferenzzusammenfassung präsentierte *Peter Wahl* die NGO-Kriterien der Weltbank „voluntary, independent, not for profit, not self-serving" als kleinen Fortschritt dieser internationalen Institution, ehe er vor den verschiedenen Fallen, die die NGOs auf ihrem beschwerlichen Konstituierungsweg zu überwinden hätten, warnte. NGO-Netzwerke müßten sich als Projekte mit begrenzter Reichweite begreifen, um der Omnipotenzfalle zu entgehen. Die Einordung in ein umfassendes Transformationsprojekt sei deshalb notwendig, um daraus eine gewisse Existenzberechtigung abzuleiten. Die Stärke der NGOs resultiere aus einer geliehenen Macht durch die Offenheit der Eliten, woraus sich die Kooperationsfalle und die Absorptionsfalle ergeben würden. Und NGOs würden sich möglicherweise selbst in die Irrelevanzfalle durch die Orientierung auf die UN-Konferenzen hineinmanövrieren. Und schließlich seien sie durch Arbeitsplatzinteressen, der Heterogenität der Akteure und den informellen Dominanzstrukturen innerhalb der Vernetzungsprozesse der Strukturfalle ausgesetzt.

Weitere Informationen bei:

**Projektstelle „NGO-Vernetzung"**
**der FU Berlin**
**Heike Walk, Achim Brunnengräber**
**Malteserstr. 74–100**
**12 249 Berlin**
**Tel. 0 30-7 79 28 41**

**ak** analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis

**In der Märzausgabe Analysen, Berichte & Diskussionen u.a. zu:**

- ***Ende des Waffenstillstandes in Nordirland***
- ***Vorwahlkampf in den USA***
- ***Die unendliche Geschichte des faschistischen und staatlichen Terrors in Italien***
- ***Abschiebungen in den Sudan***
- ***Sozialistische Christen***

***und ak-SoZ-extra zum 8. März zu:***

- ***Handelsware Fötus***
- ***Feminisierung der Migration***
- ***Weiber-Wirtschaft***
- ***Die Armut ist weiblich***

**Kostenloses Probeexemplar anfordern (Kennwort: Freiburg) bei:**
**analyse & kritik,**
**Rombergstr. 10**
**20255 Hamburg**
**Tel.: 040/40170174**
**Fax: 040/40170175**
**e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de**
**ak erscheint vierwöchentlich**
**mit 36 Seiten Umfang, DM 7,50**

# Omelette oder Spiegelei?

## Anmerkungen zum Weltmodell Samuel Huntingtons

**Nach dem Ende des Kalten Krieges entwarf Samuel Huntington, einer der führenden US-amerikanischen Politstrategen, ein neues Weltmodell nach altem Muster. Der Kampf um die globale Vorherrschaft finde nunmehr auf der Grundlage von Weltkulturen statt. Obwohl Huntingtons Thesen (s. Kasten) meist heftig kritisiert wurden, ist die Diskussion seither nicht abgebrochen.**

Überheblichkeit intellektueller Art ist kein guter Ratgeber, und ich will mich deshalb nicht mit der Frage auseinandersetzen, weshalb wir uns mit den Thesen und Einschätzungen von Samuel Huntington auseinandersetzen müssen, die wie ein ferner Nachhall der einseitigen und zumindest implizit rassistischen Zivilisationsvergleiche wirken, die Ende des 19. Jahrhunderts in Mode waren. Ich möchte auch die besondere Frage, inwiefern die islamische Welt zu einer stärkeren ideologischen und politischen Kohäsion gelangen und eine verstärkte rhetorische, kulturelle oder gar politische Konfrontation mit dem Westen herbeiführen kann, als bedenkenswert anerkennen.[1]

Woran ich im folgenden Anstoß nehme, ist die grundlegende Annahme des Huntingtonschen Modells, daß sich Zivilisationen als eindeutig bestimmbare objektive Einheiten beschreiben ließen. Historiker und Anthropologen, Politikwissenschaftler und Soziologen, die sich mit den Ursachen und Formen, mit der Unvorhersehbarkeit und der Vielfalt von ethnischen, nationalen, sozialen und politischen Gruppenbildungsprozessen befaßt haben, müssen nach der Lektüre des Huntingtonschen Essays an sich selbst zweifeln. Wie konnten sie die so fundamentalen wie einfachen Einsichten Huntingtons so lange übersehen? Diese Einsichten sind, faßt man Huntingtons Prämissen zusammen, die folgenden:

1. Gott, Natur oder die historische Entwicklung haben die Menschheit einer eindeutigen Einteilung und Ordnung unterworfen, derjenigen der Zivilisationen.

2. Auf dem Wege der historischen Entwicklung mögen einige Zivilisationen vorangeschritten und viele verschwunden sein, das Ordnungsschema als solches bleibt erhalten: Die menschliche Entwicklungsgeschichte manifestiert sich damit in einer selbstverständlichen und eindeutigen Form, nämlich der der Zivilisation.

3. Die derzeitigen Zivilisationen haben deshalb die moralische Verpflichtung und sie verfügen auch über die ungebrochene Kraft, ihre kulturelle und historische Eigenart nicht nur zu verteidigen, sondern zu steigern. Sie überwölben und überformen in immer stärkerem Maße die bislang noch bedeutsamen, konzentrischen Identitätskreise der Familie, der Nachbarschaft, der ethnischen Gruppe, der Nation und des Staates.

4. Da die Welt derzeit endgültig jene Epoche verläßt, die von der Vorrangstellung von Staaten und von der Konfrontation von Ideologien bestimmt war, so werden in Zukunft die Konflikte zwischen Zivilisationen an die Stelle von Konflikten zwischen Ideologien, Staaten und Völkern treten.

### Herder und andere Hypotheken

Huntington ist selbstverständlich zu umsichtig, als daß er diese Prämissen in aller Deutlichkeit offenlegt. Dennoch zeigen sie sich ständig, wenn auch indirekt, in seinen Perspektiven, in seinen Bewertungen und Formulierungen. Wie Huntington aber von Zivilisation spricht, erinnert in erstaunlichem Maße daran, wie Gottfried Herder und die Romantiker von Völkern, wie ethnische Ideologen von ethnischen Gruppen und wie nationalistische Historiker von Nationen sprechen. Der einzige Unterschied, der sich zwischen Huntington und diesen ethnischen Ideologen und nationalistischen Wissenschaftlern zeigt, besteht in einer Interessenverlagerung. Ethnische Unternehmer und nationalistische Ideologen sprechen in erster Linie von ihrer ethnischen Gruppe und ihrer Nation. Erst in zweiter Linie machen sie sich einen universalhistorischen Erklärungsentwurf bezüglich einer natürlichen Ordnung der Menschheit zu eigen.

Betrachtet man im Lichte dieser Erfahrung die Prämissen Huntingtons, so beruht die Originalität seiner Ausführungen allein auf dem Tatbestand, daß er eine historische Vorrangstellung, einen absolutistischen Geltungsanspruch und eine das Gesamtverhalten determinierende Wirkung nun nicht dem Volk, der Ethnie oder der Nation, sondern einer über- und vorgeordneten Struktur, nämlich der Zivilisation, zuschreibt. Das Zivilisationsbild Huntingtons wird damit durch eine von ihm selbst nicht offengelegte ideologische Hypothek belastet, die sich indirekt in seinen Thesen zeigt. Sie zeigt sich in all jenen Erklärungslücken und Argumentationsdefiziten – also in einseitigen Bewertungen, unverständlichen Auslassungen, Willkürlichkeiten der Auswahl und einem selektiven Umgang mit Beweismitteln – die die Überzeugungskraft seiner Thesen untergraben. Um uns von der Existenz eindeutig bestimmbarer Zivilisationen und der Wahrscheinlichkeit ihres Zusammenstoßes zu überzeugen, nimmt Huntington insbesondere vier Argumentationsschwächen in Kauf:

Zunächst macht er sich eine einseitige und gewissermaßen misanthropische Einschätzung des Modernisierungsprozesses zu eigen. Zweitens verschweigt er die Existenz individueller, also funktionaler und erworbener Identitätsmuster. Damit läßt er Identitätsmuster verschwinden, die jene primordialen, also zivilisationsbedingten Identitätsmuster, die er in den Vordergrund stellt, ersetzen oder modifizieren könnten. Drittens dekretiert Huntington dann die Existenz von sieben bis acht Zivilisationen, leitet sie aber nicht von den von ihm selbst genannten vorgeblich objektiven und eindeutigen Bestimmungskriterien ab. Schließlich kann er viertens die Existenz und die Zunahme von Konflikten, die aus einem „Zusammenstoß von Zivilisationen" herrühren, nur durch Auslassung und durch Umdeutung von Beweismaterial demonstrieren. Mit diesen vier Schwächen seines Argumentationsganges will ich mich im folgenden auseinandersetzen.


Foto: R. Maro

**Auf geht's, Resi, zum Kulturkampf**

Es entspricht nicht Huntingtons Erklärungsinteresse, den Modernisierungsprozeß als einen inzwischen globalen, weitgehend verselbständigten und potentiell universalisierenden Prozeß zu schildern. Modernisierung gilt ihm stattdessen als ein von seinen europäischen Ursprüngen fortlaufend geprägter und bis vor kurzem weitgehend westlicher Entwicklungsprozeß. Modernisierung wird damit zu einem konstitutiven Merkmal der westlichen Zivilisation, ihrer Kultur und Entwicklung. Global zeigt sich damit Modernisierung als Westernisierung. Da diese Westernisierung aber auf kompakte, eigenständige und wachsende selbstbewußte fremde Zivilisationen trifft, kann sie von diesen nur als Bedrohung empfunden werden und eine, dank der Huntingtonschen Zivilisationsauffassung vorhersehbare, eindeutige Reaktion auslösen: Nicht-westliche Zivilisationen reagieren auf die Herausforderung der Westernisierung mit jeweils eigenen, also jeweils spezifischen nicht-westlichen Modernisierungsprozessen.

## Modernisierung als Westernisierung

Diese Modernisierungsprozesse verstärken damit sowohl die Stärke als auch die Eigenart einer jeweiligen nicht-westlichen Zivilisation. Sie nivellieren vielleicht das Machtgefälle zwischen den Zivilisationen, aber nicht deren Unterschiede. Nicht-westliche Modernisierungsprozesse erhöhen damit die Wahrscheinlichkeit und die Intensität künftiger Zusammenstöße zwischen westlichen und nicht-westlichen Zivilisationen. Die Prognose dieser scheinbar schlüssigen und gefährlichen Entwicklung ruht aber in letzter Hinsicht auf der Überzeugung Huntingtons, der Modernisierungsprozeß lasse sich in seine westlichen und nicht-westlichen Entwicklungsstränge zerlegen, und diese ließen sich problemlos der jeweiligen Trägerzivilisation zuordnen.

Indem Huntington an der Vorrangstellung von „Zivilisation" gegenüber Entwicklungs- und Modernisierungsprozessen festhält, braucht er auch eine wesentliche Konsequenz des Modernisierungsprozesses, die Entstehung weitgehend individueller, also selbstbestimmter, funktionaler und erworbener Identitätsmuster nicht zur Kenntnis zu nehmen. Die Anerkennung solcher neuer Identitätsmuster, könnte eine für seinen Argumentationsgang wichtige und fast organische Abfolge von Identitätsstufen gefährden. Huntingtons Argumentation liegt neben einem unausgesprochenen Bild der historischen Evolution auch eines der Sozialisation zugrunde. So wie die Menschheit im Rahmen ihrer historischen Entwicklung, so scheint der Einzelne auch im Rahmen seiner individuellen Entwicklung, seiner Sozialisation, bestimmte Stufen der Identifizierung zu durchlaufen. Auf das ursprüngliche Identitätsmuster der Familie folgt dasjenige der Region, der ethnischen Gruppe, der Nation und des Staates, schließlich der Zivilisation. Die jeweilige Sozialisation eines Einzelnen wiederholt damit und reflektiert den menschlichen Fortschritt.

## Identitätsmuster: Zivilisation und Individualität

Auf dieser höchsten und letzten Ebene der Identität, derjenigen der Zivilisation, angekommen, können wir künftig keinen weiteren historischen und individuellen Fortschritt erhoffen. Jenseits des Identitätsmusters der Zivilisation, welches künftig diejenigen der Familie, der Region, der Ethnie und des Staates weitgehend verdrängen wird, kann es keine weiteren Fixpunkte, keine Ideale und keine Visionen mehr geben. Jenseits der Zivilisation, so Huntington, existieren keine identitätsstiftenden Ideale und Gemeinsamkeiten.

Dies ist Huntingtons Version eines Endes der Geschichte, Ausdruck eines misanthropischen Temperaments und vor allem unausweichliche Konsequenz eines absolut gesetzten Zivilisationsbegriffes. In dieser Auffassung kann es neben, über oder in Zivilisationen keine Entwicklungen geben, die den Menschen von der ausschließlichen Identitätsausprägung seitens seiner Zivilisation freisetzen und ihm die Kompetenz zu einer eigenen Identitäts- und Interessenbestimmung geben können.

Huntingtons organisch wirkendes, konzentrisch angelegtes Modell „primordialer",



**Mir machen a mit** **Foto: R. Maro**

# Vom Krieg der Kulturen: Huntingtons Thesen

Huntington präsentiert in seinem Aufsatz1 ein neues Weltmodell und leitet aus diesem Modell eine düstere Zukunftsvision ab. Er stellt die Hypothese auf, daß nach Ende des Kalten Krieges das internationale System in Zukunft vor allem durch Konflikte zwischen „Zivilisationen" geprägt sein wird. Nicht politische Ideologien oder ökonomische Interessen, sondern kulturelle Identitäten seien nunmehr die treibenden Kräfte (S. 22). Als „Zivilisationen" bezeichnet Huntington „die umfassendste Ebene kultureller Identität unterhalb der Unterscheidung der Menschheit von anderen Arten" (S. 24). Diese Zivilisationen lassen sich seiner Meinung nach durch Unterschiede in Kultur und Religion, den Werthaltungen und den historischen und sozialen Idealen deutlich voneinander abgrenzen. Huntington unterscheidet dabei sieben bis acht Weltkulturen, die trotz aller westlichen ökonomischen und politischen Einflüsse nebeneinander existierten. Zum ersten Mal in der Geschichte hätten sie zudem die politische, ökonomische und militärische Macht, ihre eigenen Interessen aktiv in der Weltpolitik zu vertreten. Huntington erwartet dabei in erster Linie einen Zusammenstoß der nicht-westlichen Zivilisationen – hauptsächlich der islamischen und der konfuzianischen – mit der westlichen, da diese dem westlichen Anspruch auf kulturelle und politische Hegemonie entgegentreten würden. Er hebt zwar hervor, daß kulturelle Differenzen nicht notwendig zu Konflikten führen und entstehende Konflikte nicht notwendig gewaltsam ausgetragen werden müssen – führt aber an, daß kulturelle Konflikte in der Geschichte zu den längsten und blutigsten zählten.

Drei Hauptfaktoren macht Huntington für eine wachsende Bedeutung von Zivilisationen für zukünftige Konflikte im internationalen System aus. Erstens führe die ökonomische und technische Globalisierung zu erhöhtem Druck: Der zunehmende Kontakt zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Zivilisationen fördere das Bewußtsein für Differenzen; außerdem führe die ökonomische Modernisierung zu einem sozialem Wandel, der sowohl lokale Identitäten als auch die Bindung an den Nationalstaat schwäche; auf der anderen Seite stärke die Bildung von Wirtschaftsblöcken auf der Grundlage gemeinsamer Zivilisation deren kulturelle Identität (S. 25ff).

Zweitens nutze der Westen seine militärische Macht, sein ökonomisches Potential und seine Hegemonie in internationalen Institutionen zum Erhalt seiner Vorherrschaft, zum Schutz seiner Interessen und zur Durchsetzung westlicher politischer und ökonomischer Werte (S.40). Etwa wenn über den IWF anderen Ländern ökonomische und politische Strategien diktiert würden, oder wenn der Westen seine Vorherrschaft im UN-Sicherheitsrat nutze, um den Krieg gegen den Irak zu legitimieren. Diese ausschließlich eigenen Interessen folgende Weltordnungspolitik werde dann als im Interesse der „Weltgemeinschaft" liegend und die eigenen Werte als universale dargestellt (S.29).

Als dritten Antriebsfaktor für zunehmende Konflikte auf der Grundlage von „Zivilisationen" nennt Huntington die neue internationale Situation nach dem Ende des Kalten Krieges. So könnten nicht-westliche Länder ökonomische, politische und militärische Unterstützung nicht mehr auf der Basis von Ideologien mobilisieren. Vielmehr werde nun vielen die jahrelang gewährte Unterstützung unter Hinweis auf die Menschenrechte o.ä. entzogen (S.29).

## Gegen den Westen

In dieser Situation, folgert Huntington, gebe es für nicht-westliche Länder nur wenige Möglichkeiten: Sie können sich dem westlichen Einfluß entziehen, indem sie sich von der internationalen Gemeinschaft abkoppeln (Burma, Nordkorea) oder sie könnten auf der anderen Seite versuchen, sich der westlichen Gemeinschaft anzuschließen. Beide Wege seien jedoch mit hohen Kosten verbunden und zudem an eine Reihe von Voraussetzungen gekoppelt. Diese Voraussetzungen, etwa die Bereitschaft des Westens ein Land in seinen Kreis aufzunehmen, seien in den allermeisten Fällen jedoch nicht erfüllt.

In solchen Fällen bleibe diesen Ländern unter Umständen nichts anderes übrig, als sich mit anderen Staaten zu einem Machtblock gegen den Westen zusammenzuschließen. Angesichts der Schwäche der Nationalstaaten könnten viele Länder dabei oft nur an die ihnen gemeinsame religiöse und kulturelle Identität appellieren, um Unterstützung zu mobilisieren (S. 29). Der Konflikt zwischen einzelnen Zivilisationen äußere sich dann auf der Mikroebene an ihren Grenzen. An diesen Zivilisationsgrenzen werde, wie im ehemaligen Jugoslawien, um die Kontrolle über Territorium und Bevölkerung gestritten, während auf der Makroebene die jeweiligen kulturellen und religiösen Werte in der Konkurrenz um militärische und ökonomische Macht und im Kampf um die Kontrolle internationaler Institutionen eingesetzt würden (S. 29). Ein Beispiel für diese Entwicklung auf der Makroebene sieht Huntington in der Kooperation zwischen konfuzianischen und islamischen Staaten, die im Rahmen internationaler Institutionen aktiv für ihr Recht auf konventionelle und nukleare Aufrüstung einträten (S.41ff).

## Der Westen gegen den Rest

Huntington geht es nicht um eine Bewertung der einzelnen Zivilisationen. Die Schlußfolgerungen seiner Analyse der weltweiten Machtkonstellationen sind vor allem strategischer Natur. Kurzfristig, meint er, sei es für den Westen notwendig, die Kooperation innerhalb des eigenen Lagers zu stärken, kulturell nahestehende Staaten in Osteuropa und Lateinamerika einzubeziehen, die Kooperation mit Rußland und Japan zu fördern, die Eskalation von lokalen Konflikten zwischen Zivilisationen zu verhindern, die militärische Expansion konfuzianischer und islamischer Staaten zu unterbinden und die militärische Überlegenheit des Westens vor allem in Ost- und Südwestasien zu erhalten. Desweiteren sollten Differenzen zwischen konfuzianischen und islamischen Staaten ausgenutzt und verstärkt, sowie den westlichen Werten nahestehende Gruppen in anderen Zivilisationen unterstützt werden. Zudem müßten nach Huntingtons strategischen Überlegungen die westliche Werte und Interessen vertretenden internationalen Institutionen gestärkt und nicht-westliche Länder in diese Institutionen eingebunden werden (S. 48f).

**Beate Jahn**

**Anmerkung:**

1) Unter dem Titel 'The Clash of Civilization' erschien Huntingtons Aufsatz in Foreign Affairs (1993/3), S. 22–49. Die im weiteren notierten Seitenangaben beziehen sich auf diesen Text.

also zugeschriebener, ererbter und gewissermaßen schicksalhafter Identitätsmuster verfügt damit über einen großen „Vorteil": Das Modell verdrängt alle Erinnerungen an jene selbstbestimmten und selbsterworbenen, kontext- und interessengebundenen Identitätsmuster, über die sich Menschen seit jeher und gegenwärtig in immer stärkerem Maße definieren. Es verdrängt also Identitätsmuster, die in Komplementarität und Konkurrenz zu zivilisationsgebundenen Identitätsmustern diese in immer stärkerem Maße relativieren oder ersetzen können.

Nach der Herausforderung der Modernisierung hat Huntington damit auch die Herausforderung der Individualisierung gebannt. Beide Male, indem er auf dem Primat der Zivilisation gegenüber denjenigen der Entwicklung und der Emanzipation beharrt. Huntington hat damit seinen Zentralbegriff, die Zivilisation, und eine von ihr durchgesetzte, vorrangig verpflichtende und prägende Identität vor den Gefahren der Auflösung und Relativierung, der potentiellen Verschmelzung und Bedeutungslosigkeit geschützt. Jetzt, in dem eher empirischen und tagespolitischen Teil seiner Argumentation, geht es darum, die gegenwärtig existierenden Zivilisationen zu benennen und ihren Zusammenstoß zu demonstrieren.

## Omelett der Weltkulturen ...

Seinen volkstümelnden oder nationalistischen Vorgängern und Konkurrenten vergleichbar, meint auch Huntington jene Gemeinsamkeiten zu kennen, über die sich „objektiv-determinierte" Gruppen konstituieren und mit deren Hilfe deshalb diese Gruppen auch problemlos empirisch bestimmt werden können. Es sind dies Religion, Sprache, Kultur und Geschichte. Mit ihrer Hilfe will Huntington allerdings nicht ethnische Gruppen und Nationen, sondern Zivilisationen bestimmen. Anstelle jedoch die von ihm aufgelisteten Zivilisationen mit Hilfe dieser Kriterien gegeneinander abzugrenzen und zu bestimmen, entschließt sich Huntington, um nicht eingestehen zu müssen, daß dies unmöglich ist, zu einer nicht begründeten, letztendlich willkürlichen Wahl: Das Omelett der Weltkulturen wird also durch eine einfache Auflistung in seine ursprünglichen Eier zurücksortiert.

Ohne Angaben von Gründen unterscheidet Huntington sieben bis acht Zivilisationen: die „westliche", die „lateinamerikanische", die „slawisch-orthodoxe", die „islamische", die „hinduistische", die „konfuzianische", die „japanische" und – mit einem Fragezeichen versehen – die „afrikanische" Zivilisation. Es läßt sich nur darüber spekulieren, welche einzelnen Kriterien oder welche Kombination von Kriterien ihn zur Aufstellung dieser Liste bewogen haben.

Die Privilegierung eines Merkmals, eine bemerkenswerte Auslassung und ein unausgesprochener Kunstgriff fallen allerdings auf: Drei, eventuell vier der Zivilisationen werden über eine gemeinsame Religion und ein quasi-religiöses Weltbild bestimmt – die slawisch-orthodoxe, die islamische, die hinduistische und die konfuzianische Zivilisation. Im Zuge dieser Privilegierung einer religiösen Gemeinsamkeit – die Huntington auch an anderer Stelle hervorhebt – fällt allerdings auf, daß dem Buddhismus der Rang einer Zivilisation versagt bleibt: Vielleicht weil im Falle der Existenz einer buddhistischen Zivilisation die vorgeblich so klaren Unterschiede zwischen einer hinduistischen, konfuzianischen und japanischen Zivilisation unklar zu werden drohen?

Von noch stärkerer Aussagekraft aber ist die Tatsache, daß immerhin drei der sieben bis acht Zivilisationen de facto deckungsgleich mit politischen oder wirtschaftlichen Großmächten sind: China, Japan, Indien. Huntington, der uns davor warnt, weiterhin der naiven Annahme anzuhängen, Staaten seien die entscheidenden Akteure in den internationalen Beziehungen, rehabilitiert also drei Großmächte als „Zivilisationen" und präsentiert uns deren konventionelle, also politische und wirtschaftliche Interessenkonflikte als einen „Zusammenstoß von Zivilisationen". Es ist aber der Zusammenstoß der sieben bis acht Zivilisationen, insbesondere der Zusammenstoß der nichtwestlichen Zivilisationen mit dem Westen, den Huntington uns nun demonstrieren muß, soll die These von der Existenz, der Eigenständigkeit und der wachsenden Divergenz dieser Zivilisationen unter Beweis gestellt werden.

## ... oder Zusammenstoß der Spiegeleier?

Nicht-westliche, also von eigenen Modernisierungsprozessen vorangetriebene, zunehmend selbstbewußte, gleich starke und divergierende Zivilisationen drohen gegenwärtig mit dem Westen zusammenzustoßen. Diese Konfrontationen müssen aber so unübersehbar und so eindeutig sein, daß sie Huntingtons Grundannahme von der Einzigartigkeit und der wachsenden Unvereinbarkeit der Zivilisationen unter Beweis stellen. Der Nachweis wachsender, eindeutiger und heftiger Zusammenstöße wird damit zum entscheidenden Nachweis des Huntingtonschen Weltmodells und des aus ihm abgeleiteten Entwicklungstrends.

Huntington gelingt aber ein solcher Nachweis nur auf der Grundlage einer dreifach fragwürdigen Erklärungsstrategie: Er konzentriert sich vorrangig auf all jene kulturellen, ökonomischen, sozialen, politischen und militärischen Konflikte und Konfrontationen, die zwischen den von ihm genannten Zivilisationen und den von ihm gezeichneten Zivilisationsgrenzen stattfinden. Er verschweigt dabei alle spezifischen regionalen Kontexte und zeitgenössischen politischen oder ideologischen Faktoren, die zu diesen Konflikten beigetragen haben, um durch Auslassung, also durch ein selbstgeschaffenes Erklärungsdefizit, diesen Konflikten den Anschein eines Zivilisationszusammenstoßes zu geben. Schließlich läßt er alle innerhalb einer jeweiligen Zivilisation, in deren Hinterhöfen oder deren Zentren ablaufenden ethnischen und kulturellen, wirtschaftlichen und politischen, innerstaatlichen wie zwischenstaatlichen Konflikte unerwähnt, so daß am Ende lediglich die ihrer lokalen Kontexte und aktueller Ursachen beraubten Konflikte zwischen den Zivilisationen zurückbleiben.

Bei dieser Ausklammerung der Binnenkonflikte macht Huntington allerdings eine Ausnahme: Sorgfältig listet er alle jene Konfrontation auf, bei denen im Binnenraum einer Zivilisation die in seinen Augen stets schwachen „westlich orientierten" Modernisierer einer in seinen Augen künftig siegreichen „fundamentalistischen" Reaktion gegenüberstehen. Auf diese Weise glaubt er den Zusammenstoß der Zivilisationen, insbesondere den Zusammenstoß mit dem Westen, nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Zivilisationen unter Beweis stellen zu können.

Damit verlangt die Annahme von einem „Zusammenstoß der Zivilisationen" dem Leser eine vierfache Kapitulation des Intellekts vor dem Glauben an die Geschlossenheit, Einzigartigkeit und Unvereinbarkeit von Zivilisationen ab: Er muß an die Stelle eines umfassenden Begriffs der Modernisierung den einseitigen der Westernisierung setzen, er muß an die Vorrangstellung einer ererbten und zivilisationsbedingten Identität vor einer erworbenen und individuellen glauben, er muß sich ohne Angabe von Gründen von der Existenz von sieben bis acht Zivilisationen überzeugen lassen, und bei der Demonstration der zwischen ihnen bestehenden Konflikte muß er die überwältigende Masse der derzeit existierenden innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikte vergessen. Dies ist den meisten zu viel.

**Jakob Rösel**

**Jakob Rösel** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arnold Bergstraesser Institut (ABI) in Freiburg.

**Anmerkung:**

1) In der „islamischen Zivilisation" sieht Huntington die Haupttriebfeder der postulierten Konfrontation mit dem Westen. Dem Westen gegenüber sei die „islamische Zivilisation" aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte und ihres religiösen Erbes feindlich eingestellt. Ihr Gefahrenpotential für den Westen wachse noch seitdem sich die Bildung einer „konfuzianisch-islamischen Achse", also eine wachsende Interessengemeinschaft zwischen der islamischen und der konfuzianischen Zivilisation (resp. zwischen China und der „islamischen Welt") zeige.

## Grautöne

Kritik an der 'Entwicklungshilfe' ist nicht erst seit Brigitte Erlers umstrittenen Thesen über die „Tödliche Hilfe" weit verbreitet. Selten griffen jedoch bisher aktive 'Entwicklungshelfer' in die Debatte ein – vielmehr meldeten sich Wissenschaftler, Dritte-Welt-Bewegte und Politiker zu Wort.

Um herauszufinden, was 'Entwicklungshelfer' bewegt, wie sie ihre Arbeit bewerten und wie sie die Wiedereingliederung nach den Auslandsaufenthalten bewältigen, befragte der Soziologe Fritz Hemedinger 200 „Dritte-Welt-Rückkehrer" aus den zwei großen österreichischen Entwicklungsagenturen (Österreichischer Entwicklungsdienst/ ÖED und IIZ/Institut für Internationale Zusammenarbeit). Die so entstandene Studie **'Idealisten – Abenteurer – Weltverbesserer?'** zeichnet ein detailliertes Bild von der Selbsteinschätzung ehemaliger Entwicklungshelfer, das sich auch auf deutsche oder schweizerische Verhältnisse übertragen läßt.

Wenig überraschend sind die Ergebnisse bezüglich der Einsatzmotivation. Idealistische und altruistische Einstellungen (Erfahrungsgewinn, Helfermotiv) dominieren klar über selbstbezogene Motive wie Sinnsuche oder Verbesserung der beruflichen Situation. Der Einsatzvorbereitung durch die jeweiligen Entsendeorganisationen werden ziemlich schlechte Zensuren erteilt. Vor allem kämen projektbezogene Kenntnisse wie z. B. die Sprache der Projektregion zu kurz. Sehr widersprüchliche Aussagen fördert Hemedinger bezüglich der Einschätzung von Entwicklungshilfe zutage. Die konkrete Projektarbeit wird von 87 % der Befragten positiv eingeschätzt, weil die Projektziele meist erreicht worden seien. Andererseits brach ein Drittel der Befragten den Einsatz vorzeitig ab und das Verhältnis zur Entsendeorganisation verschlechterte sich in vielen Fällen auch bei denen, die bis zum vorgesehenen Einsatzende durchhielten. Die in den Hochglanzbroschüren der Entwicklungsinstitutionen vielbeschworene „Partizipation" der einheimischen Bevölkerung z. B. bei der Projektzieldefinition wird von den Befragten als eher gering angesehen. Noch deutlicher wird diese negative Einschätzung der 'Entwicklungshilfe' durch die nur von 11 % (!) der ehemaligen Entwicklungshelfer verneinte Aussage, daß „Entwicklungshilfe in erster Linie den Industrieländern selbst, nicht aber den Entwicklungsländern" nütze.

Leider bleibt die Studie bei der Darstellung dieser doch allerhand Zündstoff bietenden Ergebnisse stehen. Offensichtlich will Hemedinger, der sich selbst zu den „Reformisten" zählt, die der Entwicklungshilfe positiv gegenüberstehen, diese nicht allzusehr durch derart vernichtende Kritik delegitimieren. Ärgerlich ist auch, daß seine Datengrundlage nicht gerade taufrisch ist, sondern aus den 80er Jahren stammt. An den Verlag sei noch die Bitte gerichtet, nächstens die Grautöne der Grafiken so zu wählen, daß diese lesbar sind, und den Papierhersteller zu wechseln – das Rezensionsexemplar stank nämlich nach altem Käse. Das hat das Buch denn doch nicht verdient!

**Christian Stock**



**Idealisten, Abenteurer, Weltverbesserer** **Foto: R. Maro**

**Fritz Hemedinger, Idealisten – Abenteurer – Weltverbesserer? Einsatzmotive, -vorbereitung und -probleme österreichischer EntwicklungshelferInnen, Brandes & Apsel/ Südwind, Frankfurt a. M. 1995, 157 S., DM 28,–**

## Flucht zur Arbeit



Flüchtlinge aus Lateinamerika, Afrika und Asien werden gerne mit dem Verweis auf die jahrhundertealte Unterdrückung und Ausbeutung verteidigt. Schwerer tun sich viele bei polnischen Bauarbeitern und rumänischen Hausmädchen. Wen wundert's. Osteuropa ist ein blinder Fleck auf der westdeutschen Solidaritätslandkarte. Und Flüchtlinge, die fliehen müssen und dann hier arbeiten, scheinen sowieso bessere Karten zu haben als die, die fliehen, um hier zu arbeiten. MigrantInnen können in den untersten Segmenten des deutschen Arbeitsmarktes (z.B. als Werkvertrags- und SaisonarbeiterInnen, GrenzgängerInnen, „Illegale") bei beschissenen Arbeitsbedingungen und trotz mieser Bezahlung noch so viel verdienen, daß sie aufgrund des riesigen wirtschaftlichen West-Ost/Nord-Süd-Gefälles mit ihren Einkünften nach ihrer geplanten Rückkehr etwas anfangen können. Dies sind koloniale Strukturen, die wir vor der eigenen Haustür nur zögernd zu Kenntnis nehmen.

Drei aktuelle Publikationen beleuchten auf verschiedene Weise den Zusammenhang zwischen Flucht, Ökonomie und Arbeitsmarkt. Der Sammelband **„Zwischen Flucht und Arbeit – Neue Migration und Legalisierungsdebatte"**, herausgegeben vom BUKO-Arbeitsschwerpunkt 'Rassismus und Flüchtlingspolitik' enthält Reportagen, analytische Texte und Diskussionsbeiträge. Der Schwerpunkt liegt besonders im ersten Teil bei der Ost-West-Migration. Der Wandel der Migrationsformen wird vor allem in Norbert Cyrus' Bericht über polnische WanderarbeiterInnen und in Andrea Krügers Beitrag über osteuropäische Sex-ArbeiterInnen deutlich. Um ihre Existenzbedingungen zuhause zu verbessern, arbeiten sie vorübergehend im reicheren Westen wie zum Beispiel der aufstrebende polnische Geschäftsmann, der sich im bayerischen Forst als Saisonarbeiter verdingt, um mit dem Lohn in das eigene Unternehmen investitieren zu können.

In den Reportagen werden die Hoffungen und Wünsche der MigrantInnen genauso sichtbar wie ihre Ängste vor Abschiebung und ihre Konfrontation mit der rassistischen BRD-Wirklichkeit. Der Sammelband zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß die analytischen Beiträge die subjektiven Schilderungen in einen größeren Rahmen stellen.

Der abschließende Debattenteil des Buches dokumentiert vor allem die kontroverse Diskussion um die Legalisierungskampagne. Katina Schubert fordert bilanzierend „soziale Mindeststandards für alle", ohne zu verschweigen, daß die Umsetzung dieser Forderung zum Ausschluß vieler „irregulärer" MigrantInnen aus dem Arbeitsmarkt beitragen kann. „Ist es möglich, daß eine objektiv richtige Forderung subjektiven Interessen derjenigen zuwiderläuft, für die >wir< uns mit der Forderung einsetzen?"

Diese Auseinandersetzung wird in der Broschüre **„Rechtlos auf Arbeit"** des Tübinger ZAK (Zentralamerikakomitee) fortgeführt. Im Zusammenhang von Deregulierung und Migration werden die Widersprüche zwischen der Forderung nach offenen Grenzen und dem Kampf gegen die Aushöhlung kollektiv erkämpfter Lebens- und Arbeitsstandards thematisiert. Im Mittelpunkt dieser Broschüre stehen jedoch die

Flüchtlinge selbst. Sie berichten über ihre Erfahrungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Je unsicherer ihr Aufenthaltsstatus, desto schonungsloser sind sie der Willkür ihrer „Arbeitgeber" ausgeliefert. Die Gewerkschaften – so das Fazit des ZAK – täten im eigenen Interesse gut daran, hier eine Rechtsberatung anzubieten und die Interessen von ArbeiterInnen (auch illegalisierten) in diesem Segment des Arbeitsmarktes zu unterstützen.

Wie richtig sie mit dieser Forderung liegen, zeigt die Nachfrage nach dem Infoheft **„Arbeitsrecht (nicht nur) für Flüchtlinge – Keine Angst vor Chefs, Arbeitsämtern und Arbeitsgerichten!"** der Kölner Gruppe 'abc', das in kürzester Zeit vergriffen war. Die leicht überarbeitete Neuauflage wird auch der Broschüre des Tübinger ZAK beigelegt. In verständlicher (wahlweise auch englischer oder französischer) Sprache wird über die für Flüchtlinge wesentlichen Aspekte des Arbeitsrechtes informiert.

**Andreas Foitzik**

**Zwischen Flucht und Arbeit – Neue Migration und Legalisierungsdebatte, BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hg.), Verlag Libertäre Assoziation Hamburg, 1995, 250 S., 24,– DM**
**Rechtlos auf Arbeit, Bestelladresse: ZAK Tübingen, Belthlestr. 40, 72070 Tübingen (erscheint im März '96, ca. 60 S., 4,– DM)**
**Arbeitsrecht (nicht nur) für Flüchtlinge – Keine Angst vor Chefs, Arbeitsämtern und Arbeitsgerichten!, Bestelladresse: Gruppe abc, c/o Jugendclub Courage, Bismarckstr. 40, 50672 Köln, Staffelpreis, z. B. 20 Broschüren für 10,– DM**

## Joghurt statt Zeitschriften!



Eine systematische und kommentierte **Bibliographie** aller **entwicklungspolitischen Zeitschriften in der BRD** – darauf haben viele schon lange gewartet. Als Nebenprodukt einer Dissertation zur Analyse des Dritte-Welt-Bildes in diesen Publikationen haben Norbert Minhorst und Rainer Feulner jetzt diese Fleißarbeit geleistet. Die rein bibliographische Dokumentation ist den Autoren gut gelungen. Wo sonst finden sich die Redaktionsanschriften, Auflagezahlen usw. aller 140 thematisch der Entwicklungs- und Nord-Südpolitik zuordnenbaren Zeitungen derart übersichtlich?

Im ausführlichen Einführungskapitel aber beten die Autoren nur die bekannten Thesen ihres Doktorvaters Ulrich Menzel nach. Dieser hat in letzter Zeit vor allem die Dritte-Welt-Bewegung und ihre politischen Ansätze im Visier seiner polemischen Attacken gehabt. Pauschale Vorwürfe wie „Neue Erkenntnisse der Wissenschaft dringen (...) kaum auf die Ebene der Solidaritätsbewegung vor" (S. 28) dominieren denn auch die Ausführungen von Minhorst/Feulner. In den 'blättern des iz3w' scheinen die Autoren ein besonders abschreckendes Beispiel der „weltrevolutionären", ewiggestrigen und unkritisch die Befreiungsbewegungen unterstützenden Soli- Zeitschriften zu erblicken. Jedenfalls werden die 'blätter' als einzige Zeitschrift deutlich negativ bewertet. Merkwürdig – waren es doch gerade die 'blätter', in denen schon sehr früh die großen Theorien und der Glaube an Befreiungsbewegungen hinterfragt wurden.

Große Heiterkeit in der iz3w-Redaktion rief jedenfalls die nun in der Bibliographie nachzulesende wörtliche Übernahme einer Selbstdarstellung hervor, die vom Lehrstuhl Menzel bereits 1991 bei uns angefordert worden war. „Unverbesserlich antiimperialistisch, antirassistisch, antisexistisch und antimenzelianisch" hatte man sich damals ironisch selbst beschrieben. Leider haben Minhorst/ Feulner das „antimenzelianisch" unterschlagen und nur den Rest für bare Münze genommen.

Überschwengliche Prädikate und freundliche Aufmerksamkeit gibt's hingegen für alle Publikationen des Deutschen Übersee-Institutes, in dessen Schriftenreihe die Bibliographie erschienen ist. Zum Beispiel werden die bibliographischen Dokumentationsdienste des Institutes zu Afrika, Asien und Lateinamerika, von denen gerade 110 Exemplare gedruckt werden, auf jeweils anderthalb Seiten abgefeiert. Andere wie „die zeitung" von terre des hommes (mit einer Auflage von 46.000) müssen sich mit einigen Zeilen begnügen.

Abgesehen von ihrer wohl auf reine Gefälligkeit zurückgehenden Gewichtung sind Minhorst/Feulners Kommentare auch schlecht geschrieben und strotzen vor logischen Kapriolen. Einer der beiden Autoren arbeitet nun laut Klappentext in der „qualitativen Marktforschung". Vielleicht kann er ja die Chancen neuer Joghurtmarken besser beurteilen als entwicklungspolitische Zeitschriften ...

**Christian Stock**

**Norbert Minhorst/Rainer Feulner, Die entwicklungspolitischen Zeitschriften in der Bundesrepublik Deutschland, Eine annotierte Bibliographie, Schriften des Deutschen Übersee-Institutes Nr. 34, Hamburg 1996, 162 Seiten, 28,– DM**

## Intergalaktisches Treffen

Im Januar '96 rief die Zapatistische Befreiungsarmee EZLN in Mexiko zu einem „Intergalaktischen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus" vom 27. 7. – 3. 8. '96 in Chiapas auf. Als Vorbereitung sollen Kongresse in Asien (Tokyo), Afrika (Ort ungewiß), Amerika (La Realidad, Chiapas), Ozeanien (Sidney) und Europa (Berlin) abgehalten werden, um über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen des Neoliberalismus zu diskutieren. Der Verlauf des geplanten europäischen Kongresses soll wesentlich von der Beteiligung der in- und ausländischen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen abhängen. Diese können während der Vorbereitungszeit und im Verlauf des Kongresses die thematischen Schwerpunkte bestimmen. Gedacht ist an dezentrale Diskussionsrunden zu verschiedenen Aspekten des europäischen Alltags wie z.B. Ausgrenzung von Minderheiten, Abschaffung des Asylrechts, Sozialabbau, Gentechnologie, Utopien einer gerechteren Welt. ... Ein „Europäisches Treffen gegen den Neoliberalismus" ist in Berlin für Ende Mai '96 geplant.

Kontakt: **Solidaridad Directa und**
**Mexiko-Gruppe im FDCL**
**Mehringhof**
**Gneisenaustr. 2a**
**10969 Berlin**
**Tel. 6 93 40 29 Fax 6 92 65 90**

## 50 Jahre sind genug

Dreht der Weltbank den Geldhahn zu! Die aktuelle Weltbank-Kampagne der US-Solidaritätsbewegung hat sich zum Ziel gesetzt, institutionelle Investoren (Universitäten, Pensionsfonds, Kirchen, Gewerkschaften,...) davon abzuhalten, Weltbank-Papiere zu er-

## In eigener Sache – iz3w-Dokumentationsdienst

Wer die „blätter" schon länger liest, weiß, daß das „informationszentrum dritte welt" über ein umfangreiches öffentliches Archiv verfügt. Über 130 Periodika – zum Teil verschlagwortet –, jede Menge „graue Literatur" und ein länder- bzw. themenspezifisch sortiertes Presseausschnitt-Archiv bilden die Grundlage für unseren Recherchedienst.

Aus diesem Bestand haben wir bisher unregelmäßig Pressedokumentationen zu ausgewählten Themen zusammengestellt und gegen einen Unkostenbeitrag abgegeben. In Zukunft wird dieser Service in modifizierter Form angeboten: In zunächst unregelmäßiger Folge werden wir zu jeweils aktuellen Themen Informationsmappen zusammenstellen. Darin werden wir ausgewählte Artikel aus Zeitschriften dokumentieren, einen Pressespiegel zusammenstellen, auf weiterführende Literatur hinweisen und gegebenfalls Terminankündigungen veröffentlichen.

Die erste Dokumentation bereiten wir zur Zeit zum Thema **„Sozialklauseln im Welthandel"** vor. Sie wird ab Ende März erhältlich sein und kann gegen einen Unkostenbeitrag (von voraussichtlich **DM 10,–**) bei uns bestellt werden.

Selbstverständlich bearbeiten wir auch weiterhin Rechercheanfragen und stellen Themen- und Ländermappen auf individuelle Bestellung zusammen.

**Das iz3w-Archiv**

werben. Mehr als 170 Organisationen, die sich in der „50 years is enough coalition" zusammengeschlossen haben, wollen Druck auf die Weltbank ausüben, um ihre antidemokratische und destruktive Politik zu stoppen und Reformen einzuleiten. Zwar erhält die Bank Gelder von den Mitgliedsregierungen, weitaus größere Finanzspritzen bekommt sie aber durch den Verkauf von Wertpapieren an wohlhabende Investoren. Vergleichbar der Anti-Apartheid-Kampagne sollen letztere und Investmentfirmen, die Weltbank-Papiere anbieten, öffentlich unter Druck gesetzt werden.

'Global Exchange', die sich um internationale Kontakte zwischen entwicklungspolitisch tätigen Organisationen bemüht, setzt auf entsprechende Aktionen in der BRD. Weitere Informationen bei:

**Global Exchange**
**2017 Mission St., #303**
**San Francisco, CA 94110**
**Tel. (415) 2 55-72 96 Fax (415) 2 55-74 98**

## Gesetz gegen höhere Bildung

Mehr als 250 Festnahmen, zahlreiche Verwundete, Schüsse auf Kameraleute und eine verletzte Sprecherin der Madres de la Plaza de Mayo sind die vorläufige Bilanz des Polizeieinsatzes bei StudentInnenprotesten in Argentinien. Die StudentInnen hatten in La Plata, Hauptstadt der Provinz Buenos Aires, gegen das neue Hochschulgesetz demonstriert.

Die mögliche Einführung von Studiengebühren und weniger Mitwirkungschancen in den Gremien der Universität und den höheren Schulen hatten Proteste bei StudentInnen, ProfessorInnen und zahlreichen BildungsexpertInnen in Argentinien ausgelöst. In der Provinzhauptstadt La Plata war die Veränderung der Unistatuten Mitte Februar durch eine Blockade des Sitzungsgebäudes verhindert worden. Am 20. 2. 1996 hatten sich die StudentInnen in La Plata erneut versammelt, um gegen das „Gesetz für die höhere Bildung" zu protestieren. Bereits am Morgen wurden auf der Straße 237 StudentInnen verhaftet und in ein Gebäude verfrachtet, das während der Militärdiktatur als Folterzentrum gedient hatte. Mehrere hundert Menschen versammelten sich daraufhin, um die Freilassung der Gefangenen zu fordern. Gegen zehn Uhr morgens begann der Einsatz: Polizisten in Uniform und Zivil, Polizeifahrzeuge ohne Nummernschild und gepanzerte Fahrzeuge, ausgestattet mit automatischen Gewehren und schweren Waffen gingen in einer Weise gegen die Menge vor, die an die brutale Repression in der Zeit der Militärdiktatur (bis 1983) erinnerte.

24 Stunden nach dem Polizeieinsatz gab ein Gericht in Buenos Aires einer Klage gegen das „Gesetz für die höhere Bildung" recht und erklärte einige seiner Artikel als verfassungswidrig. Während der zuständige Provinzgouverneur Duhalde den Polizeieinsatz rechtfertigte, haben die Oppositionsparteien, StudentInnenorganisationen und weite Teile der argentinischen Gesellschaft das gewalttätige Vorgehen der Polizei verurteilt. Mehrere Journalisten, die über die Niederschlagung der Proteste in La Plata berichteten, erhielten massive Drohungen von der Regierung.

Das Verhalten der argentinischen Sicherheitskräfte im Falle der StudentInnenproteste ist nicht als isoliertes Ereignis zu betrachten. Zwei Tage später wurde in Buenos Aires ein Mann von der Polizei erschossen, als er seine zweijährige Tochter im Taxi zur Notaufnahme ins Krankenhaus bringen wollte. Der Wagen wurde – wahrscheinlich wegen überhöhter Geschwindigkeit – von einer Funkstreife verfolgt und beschossen. Ähnliche Fälle kommen in Argentinien immer häufiger vor. Meistens richtet sich die selektive Repression vor allem gegen Jugendliche und die sogenannten Minderheiten und Randgruppen in der Gesellschaft: Bettler, Obdachlose, AusländerInnen, Drogenabhängige – Menschen, die kaum die Möglichkeit haben, sich öffentlich Gehör zu verschaffen. Untersuchungen verlaufen darum auch in der Regel im Sande oder enden bestenfalls mit harmlosen Abmahnungen der Polizisten.

Dem argentinischen Präsidenten Menem kann der Presserummel über die Repression in der Provinz seines Parteifreundes Duhalde nicht sehr recht sein. Er bereitet gerade einen offiziellen Staatsbesuch in Frankreich vor und mußte bereits Alfredo Astiz, einen ranghohen Militär der argentinischen Marine, beurlauben. Dieser wird von der französischen Regierung beschuldigt, für den Mord an zwei französischen Nonnen verantwortlich zu sein. Astiz („der Todesengel") war während der Militärdiktatur Mitglied der Aktionsgruppe 322 des berüchtigten Folterzentrums in der Mechanikerschule der Marine (ESMA). Er ist in Frankreich in Abwesenheit wegen Entführung und Folter verurteilt worden. Die französische Regierung hatte zur Auflage von Menems Staatsbesuch gemacht, daß der berüchtigte Militär aus seinen Ämtern entfernt wird.

**Jürgen Moritz, COMCOSUR**

## Infostelle Peru

Die Informationsstelle Peru e.V., 1989 von einem Großteil der Peru-Solidaritätsgruppen als Koordinationsstelle gegründet, hat ihre Geschäftsstelle Anfang Februar nach Freiburg (in die Räume des iz3w) verlegt. Ziel der Informationsstelle Peru ist es, Öffentlichkeit für die sozialen und politischen Menschenrechte in Peru zu schaffen und auf die Verantwortung der Bundesrepublik für den Prozeß der Unterentwicklung Perus hinzuweisen. Schwerpunkte sind z.Zt. die Menschenrechtsarbeit, die Coca- und die Entschuldungskampagne. Von der Informationsstelle Peru wurden dabei in den letzten Jah-





**Alternative Kommunal Politik**



Diese neue Abonnentin der AKP (oder ist es ein Abonnent?) ist offensichtlich glücklich, denn sie hat gerade **die grün-alternative Fachzeitschrift AKP – Alternative Kommunalpolitik** gelesen. Dort fand sie die Informationen und Anregungen, die ihr die kommunalpolitische Arbeit vor Ort erleichtern, ja zur Freude werden lassen. Jede Ausgabe enthält auf 68 Seiten einen Schwerpunkt, viele Fachbeiträge, einen Magazin- und Nachrichtenteil, eine Fundgrube und Börse ... und noch vieles mehr. Die AKP erscheint 6 x pro Jahr, das Abo kostet 54 DM. Möchtest auch Du glücklich werden?! Dann solltest Du einen Gesamtkatalog und ein kostenloses Probeheft der AKP anfordern, — oder sofort abonnieren.

* * *

Wenn mensch zusätzlich eine grundlegende und kompetente Einführung oder mit Stichworten schnell auffindbare Informationen über alle Gebiete der Kommunalpolitik sucht, dann empfehlen wir unser

**Handbuch für alternative Kommunalpolitik**

Über 40 AutorInnen haben darin auf 415 Seiten ihr Wissen in konzentrierter verständlicher Form zur Verfügung gestellt. Trotzdem kostet das Buch nur 45,- DM plus 4,- DM Versandkosten. Wer nicht bestellt, ist selber schuld.

**AKP — Redaktion und Vertrieb**
**Luisenstr. 40**
**33602 Bielefeld**
**Tel.: 0521-177517, Fax: -177568**

**Fachzeitschrift für alternative Kommunalpolitik**

ren vielfältige Aktivitäten der Peru-Gruppen koordiniert bzw. selbst initiiert: Rundreisen von VertreterInnen verschiedener peruanischer (Menschenrechts-, Bauern-, Gewerkschafts-) Organisationen, Herausgabe von Publikationen, Veranstaltung von Seminaren und Gruppentreffen, Initiierung von Unterschriftensammlungen und Briefaktionen sowie Gespräche mit Politikern und Abgeordneten.

Trotz stark geschrumpfter Zuschüsse und der Krise der Solidaritätsbewegung soll in den nächsten Jahren versucht werden, die Arbeit in den genannten Schwerpunkten weiterzuführen. Durch Öffentlichkeitsarbeit, politischen Druck und gezielten Einfluß auf bestimmte politische Entscheidungen (z.B. in der Entschuldungsfrage) sollen die Beziehungen der Bundesrepublik zu Peru und auch die Situation in Peru verändert werden.

**Informationsstelle Peru e.V.**
**Kronenstraße 16 HH**
**Postfach 1014**
**79010 Freiburg**
**Tel. 07 61-7 07 08 40, Fax 70 98 66**

## Seid fair zu Bananen

Das diesjährige FORUM der Bananen-Kampagne stand im Zusammenhang mit einer europäischen Öffentlichkeitsaktion. „Gebt fair gehandelten Bananen eine faire Chance"! Unter diesem Motto fordern engagierte europäische VerbraucherInnen Agrarkommissar Fischler auf, sich für den fairen Bananenhandel einzusetzen. Die bis Mitte März laufende europäische Postkartenaktion begleitete die Verhandlungsrunde über mögliche Veränderungen der „Gemeinsamen Marktordnung für Bananen in Europa" (GMO) in Brüssel. Die EU soll auch an ihre Verpflichtung erinnert werden, Ansätze sozial- und umweltverträglicherer Entwicklung zu fördern.

Die an der Unterschriftenaktion beteiligten Organisationen arbeiten im „European Banana Action Network" (Europäisches Bananenaktionsnetzwerk, kurz EUROBAN) für eine sozial und umweltverträgliche Bananenproduktion und fairen Handel. Ergebnis: ein Positionspapier (Yellow Fever), das detaillierte Forderungen an die Europäische Kommission für die Errichtung einer Fair Trade-Quote innerhalb der GMO enthält. Bananen, die unter Wahrung sozialer und ökologischer Mindeststandards produziert und fair gehandelt werden, sollen einen bevorzugten Marktzugang erhalten. Bereits vier nationale Parlamente in der EU und das europäische Parlament haben die Forderungen nach Einführung einer Fair Trade-Quote verabschiedet.

Jede EUROBAN-Organisation besitzt jedoch auch eine eigene Tradition der Bananenarbeit und Vorstellungen über fairen Handel. Bereits seit zehn Jahren betreibt z.B. BanaFair als Importorganisation alternativen Bananenhandel in Deutschland. Von den Nicaragua-Bananen bis zu den zur Zeit vermarkteten Pablitos aus Costa Rica waren und sind Strukturveränderungen und Stärkung der ArbeiterInnenorganisationen Ziele einer alternativen Bananenarbeit. Der mit VerterterInnen der Naturkostbranche begonnene Dialog soll fortgeführt und im ersten Halbjahr 1996 auf den gesamten Fruchthandel als spezifische Zielgruppe der Kampagne ausgeweitet werden.

**Bettina Burkert**

**Weitere Informationen bei:**
**BanaFair e.V.**
**Langgasse 41**
**63571 Gelnhausen**
**Tel. 0 60 51/1 63 50 Fax 0 60 51/1 62 60**

**Liebe LeserInnen,**

schon lange beschäftigt uns die Frage, ob unter Euch/Ihnen möglicherweise **Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie derzeitige oder zukünftige Angeklagte** zu finden sind. Diese möchten wir nämlich darauf hinweisen, daß die 'Aktion Dritte Welt e.V.' (Herausgeberin der 'blätter') gemeinnützig ist. Damit können Bußgeldauflagen in Strafsachen zu unseren Gunsten geleistet werden. Ab Frühjahr diesen Jahres werden wir bundesweit in fast allen Oberlandesgerichtsbezirken in die offizielle Liste der Bußgeldempfänger aufgenommen werden. Grundsätzlich ist es aber auch möglich, Bußgelder an einen nicht in besagter Liste eingetragenen gemeinnützigen Verein zu zahlen. Die RichterInnen müssen dazu lediglich von der Wichtigkeit des Vereins überzeugt werden... Informationsmaterial und Überweisungsvordrucke können bei uns angefordert werden. Mit Bußgeldzahlungen wäre uns in unserer schwierigen Finanzlage langfristig geholfen. Wir bitten Euch/ Sie daher um Unterstützung.
**Unsere Kontoverbindung:**
**Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75,**
**Nr. 1482 39-755**

## Damaskus ist nicht Rom, aber...

Im Gegensatz zum alten Rom werden in Damaskus keine Christen den Löwen zum Fraß vorgeworfen; eine 'Christenverfolgung' findet nicht statt. Zu diesem Ergebnis ist eine Delegation des nordrhein-westfälischen Landtages nach einer Informationstour in Syrien und Libanon gekommen. Unter Bezug auf Gespräche mit Repräsentanten der verschiedenen christlichen Gemeinschaften in Syrien stellt ihr Bericht fest, daß es „...eine generelle staatliche Verfolgung der Christen in Syrien nicht gibt". „Das jetzige Regime" biete den Christen „die wohl größten Entfaltungsmöglichkeiten im arabischen Raum." Die vierköpfige Delegation bereiste Syrien und Libanon vom 23. bis 29. September 1995, um sich über die Rückkehrbedingungen für die in Deutschland lebenden Libanesen und Syrer, die in ihre Heimat abgeschoben werden sollen, zu informieren.

Die Erkenntnis, daß es in Syrien keine religiös motivierte Verfolgung von Christen gibt, hätte auch eine oberflächliche Lektüre der reichlich vorhandenen Berichte zahlreicher Menschenrechtsorganisationen zutage fördern können. Letztere informieren indes über die tatsächlichen Gründe, warum Menschen in Syrien verfolgt, eingesperrt, gefoltert und manchmal auch getötet werden und weshalb nicht wenige Syrer aus ihrem Heimatland fliehen. Nicht in erster Linie weil sie der christlichen, kurdischen oder sonstigen Minderheit angehören, sondern weil sie es wagen, ihre nicht regimekonforme Meinung auch öffentlich zu äußern. Oder weil sie, obwohl politisch nicht aktiv, Opfer staatlicher Willkür sind.

Der Schwerpunkt des Berichts auf Christen und Kurden offenbart die Ignoranz der Delegation. Sie scheint nicht wahrnehmen zu wollen, daß es unter den in Deutschland lebenden syrischen Flüchtlingen Menschen mit sehr unterschiedlichen Verfolgungsschicksalen gibt, darunter Angehörige aller Religionsgemeinschaften und Ethnien. Mit dem stellvertretenden Außenminister über Menschenrechtsfragen zu sprechen und seine Aussagen im Bericht noch nicht einmal zu kommentieren, läßt daran zweifeln, ob hier die richtigen Gesprächspartner ausgesucht wurden. Hingegen ist versäumt worden, Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Middle East Watch oder die in Paris vertretene syrische Menschenrechtsorganisation CDF zu kontaktieren.

Kein Wort verliert der Bericht darüber, daß immer noch ins Gefängnis wandert, wer sich gegen das herrschende Regime äußert; daß nach wie vor, trotz der Freilassung von tausenden politischen Gefangenen in den vergangenen Jahren, immer noch zahlreiche unter ihnen seit nunmehr über 15 Jahren ohne Anklage und Gerichtsverfahren inhaftiert sind. Man hätte von Menschenrechtsorganisationen erfahren können, daß in den Gefängnissen und Haftzentren menschenunwürdige Zustände herrschen und gefoltert wird. Oder daß das syrische Regime zahlreiche Massaker an der eigenen Bevölkerung zu verantworten hat, wie z.B. im Juni 1980, als hunderte Gefangene im Gefängnis von Palmyra umgebracht wurden. Insgesamt legt die Lektüre des Berichts nahe, daß die Delegation tatsächlich vorhandene Abschiebungshindernisse nicht oder nur unzureichend zur Kenntnis genommen und sich mit der Menschenrechtssituation in Syrien nur im Abschiebeinteresse auseinandergesetzt hat.

**Dr. Sultan Abazied**
**15 rue Robert de Fleurs**
**75015 Paris**
**Kontakt in Berlin:**
**fax: 030-446 22 93**

## Zeitschriftenschau:

**ila 192**
Die Februar-Ausgabe der ila widmet sich der Kulturgeschichte des Karnevals von Rio bis zum Rhein: ein buntes Panorama von Feiern und Vergessen, Verspotten und Auflehnen. Beispiele aus Mexiko, Haiti, Trinidad und Tobago, Kolumbien, Brasilien, Bolivien, Peru, Uruguay, aus London und Köln/Bonn. Weitere Themen: Wahlausgang in Haiti * 2. Jahrestag des Zapatistenaufstands in Chiapas * Jahresbilanz der Präsidentschaft Cardosos in Brasilien * Perus Expräsident García auf der Flucht vor der Justiz. 8.– DM. Bezug: Informationsstelle Lateinamerika, Heerstr. 205, 53111 Bonn.

**Kritische Ökologie 1/96**
Tisma – ein gefährdetes Feuchtgebiet in Nicaragua. Der Stellenwert der Sümpfe im natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhang. Ein Beispiel für weitverbreitete Probleme „nachhaltiger Entwicklung" tropischer Feuchtgebiete, auf die eine verarmte Bevölkerung existenziell angewiesen ist. 7.– DM. Bezug: Verein für Landwirtschaft und Umweltschutz in der Dritten Welt, VFLU, Langgasse 24; 65183 Wiesbaden.

**grashüpfer 1/96**
In der neuen Ausgabe des 'grashüpfer' geht es um Weltbank und IWF. Neben den von Jugendlichen verfaßten einführenden Artikeln werden anschauliche Beispiele für die Folgen von Weltbankprojekten in der „Dritten Welt" beschrieben. Darüber hinaus enthält das Heft Berichte über die Yanomami in Brasilien und den europäischen Weltladenkongreß. Es werden noch Leute gesucht, die Artikel schreiben. 'grashüpfer' gibt es gegen Rückporto bei: Kai Surendorf, Unterstr. 12, 48455 Bad Bentheim.

## Bücher und Broschüren

R. Maro und R. Ofteringer, **Kurdistan-Fotobuch.** Herausgegeben von Medico International, Edition ID-Archiv, Berlin 1996, 128 S., 120 z.T. ganzseitige Fotos, DM 36

IPPNW, Ärztekammer Berlin, Genocide Watch (Hrsg.), **Kurdistan-Türkei – Medizin unter Kriegsbedingungen.** Verlag der Buchläden Schwarze Risse – Rote Straße, Berlin/Göttingen 1991, 176 S., DM 12

Manfred Loimeier, **Ken Saro-Wiwa.** Süd-Nord / Lamuv, Göttingen 1996, 111 S.

Misereor (Hrsg.), **Wasser – eine globale Herausforderung.** Horlemann, Bad Honnef 1996, 206 S., DM 19.80

Markus Kampkötter, **Emiliano Zapata** – vom Bauernführer zur Legende. Anares Nord, Sehnde 1996, ca. 180 S., DM 28

Manfred Holz, **Ausreise ins Heimatland:** Zurück aus dem Entwicklungsdienst – Erfahrungen in der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit. AGEH, Köln 1995, 127 S., Bezug: Misereor, PF 14 50, 52015 Aachen

Institut für Afrikakunde (Hrsg.), **afrika spectrum 95/3**, zu Niger, Zimbabwe, Somalia u. Ghana. Hamburg 1995, DM 30, Bezug: Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

## Tagungshinweise

**„New Migration in Europe: Social Constructions and Social Reality".** Das European Research /Documentation Center on Migration & Ethnic Relations veranstaltet vom 18. – 20. April 1996 eine internationale Konferenz in Utrecht (NL). An diesem Wochenende sollen u.a. MigrantInnennetzwerke, die Situation von Flüchtlingen und nichtregistrierten MigrantInnen, das Thema 'Migration und neue Identität' im Zentrum der Diskussionen stehen. Kontakt: ERCOMER, Postbus 80140, NL-3508 TC Utrecht, Tel.: +31-30-53 92 20, Fax: +31- 30-53 92 08

---

Vom 16. bis zum 19. Mai 1996 findet der **22. Kongreß von Frauen in Naturwissenschaft und Technik** in Braunschweig statt. Der Kongreß befaßt sich jedes Jahr mit aktuellen politischen Themen wie Rassismus, Energiepolitik oder Gentechnologie. In den beiden inhaltlichen Schwerpunkten der diesjährigen Veranstaltung geht es zum einen um frauenspezische Aspekte der neuen Medientechnologien und eine Auseinandersetzung mit den Perspektiven der **Kommunikations- und Informationsgesellschaft**. Zum anderen sollen die Auswirkungen der **Atompolitik** auf die Region Braunschweig bzw. das Land Niedersachsen erörtert werden. Dazu sind in Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Fraueninitiativen Veranstaltungen und Aktionen geplant. Info: c/o AStA der TU Braunschweig, Katharinenstr. 1, 38106 Braunschweig, Bürozeit: Di: 18–20 Uhr, Tel.: 05 31/3 91 45 48, 05 31/3 91 81 71. Spendenkonto: NuTanten e.V., CTB Braunschweig, Kto: 281.4295021, BLZ: 270 102 00, Stichwort : „22. Kongress FiNuZT 1996"

---

Vom 3. 4. – 8. 4. 1996 veranstaltet das 'Eine Welt Jugend Netzwerk' gemeinsam mit weiteren Verbänden einen internationalen Jugendkongreß zum Thema **„Norden und Süden gemeinsam entwickeln"**. 350 TeilnehmerInnen, davon etwa hundert aus dem weltweiten Ausland, diskutieren über die Ausbeutung der sogenannten „Dritten Welt". Mit in Deutschland lebenden jugendlichen AusländerInnen, Sinti und Roma geht es in einer großen Zukunftswerkstatt darum, wie dem Rassimus in Deutschland begegnet werden kann; Vorträge, Live-Musik, Theater, freie AKs, Kreativworkshops im Oberstufenkolleg Bielefeld. Infos: EWJN, Goebenstr. 3a, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/3 94 04 15.


# Impressum

**Hrsg.:** Aktion Dritte Welt e.V. – Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/ 74003, Bürozeiten: Mo.–Fr. 10–16 Uhr, Fax: 0761/709866
**Zusammengestellt von:** Monika Bierwirth, Barbara Driesen, Karin Griese, Stephan Günther, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Jochen Müller, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Hassan Sadek, Ute Sikora, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Udo Wolter, Eva Zányi.
**Druck und Satz:**
Druckhaus Dresden. Tel.: 0351/3361114

**Copyright** bei der Redaktion und den AutorInnen.

**Vertrieb für Buchhandel:**
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 43071
**Anzeigenschluß für Nr. 213:**
(Druckfertige Vorlagen) 18. 5. 1996
**Jahresabonnement** (8 Ausgaben) im Inland:
DM 60,– (für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende 50,– DM) Förderabonnement: DM 100,–. Im Ausland: Europa + 10,– DM, Welt + 30,– DM Porto/Jahr), Kündigung bis zum Erhalt des letzten Heftes möglich. Ansonsten autom. Verlängerung.
**Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):**
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10157108110
***Eigentumsvorbehalt:***
*Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*
**Spenden:**
Steuerliche abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 1249606 Volksbank Freiburg (BLZ 68090000).
Achtung: Kto.-Inhaber: Stadtsparkasse, Verw.-zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt.
Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!


Interesse an einem **Praktikum in der sog. „Dritten Welt"?** Vom 10. – 12. Mai führt die **AG SPAK** (Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise) ein Wochenendseminar in Nürnberg durch. Das Seminar richtet sich insbesondere an Studierende der Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Pädagogik, die ein Praktikum in einem Trikontland machen wollen. Potentielle PraktikantInnen anderer Fachbereiche, ehemalige PraktikantInnen, die ihre Erfahrungen austauschen wollen und in diesem Bereich engagierte DozentInnen und MitarbeiterInnen der Praktikantenämter aus den Fach- bzw. Gesamthochschulen sind ebenfalls eingeladen. Eine verbindliche Anmeldung ist bis zum 15. 4. 1996 erforderlich. Info: AG Spak, Adlzreiterstr. 23, 80337 München, Tel.: 0 89/77 40 78, Fax: 0 89/77 40 77

7/ 83/ 1/212/56412

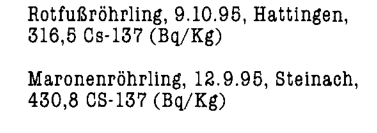
Archiv für Soz.Beweg.
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

79098 Freiburg

# Pilze haben ein längeres Gedächtnis...

# ... 10 Jahre Tschernobyl

## Stoppt alle AKW's !



Rotfußröhrling, 9.10.95, Hattingen,
316,5 Cs-137 (Bq/Kg)

Maronenröhrling, 12.9.95, Steinach,
430,8 CS-137 (Bq/Kg)

Birkenpilz, 17.9.95, Elzach,
433,1 CS-137 (Bq/Kg)

Trompetenpfifferling,
17.9.95, Elzach,
315,8 CS-137 (Bq/Kg)

(Messungen: CLUA, Freiburg, 1995)



**Die Grünen im Europaparlament**
**Wilfried Telkämper · Europabüro Dreyeckland**